

Landesarchiv Berlin

B Rep. 057-01

Nr.: 3966

17s 1/65 (RSHA)

LEITZ

Leitz-Ordner R 80

Referatsakten IX

offene Generalia

1941 (bis 999)

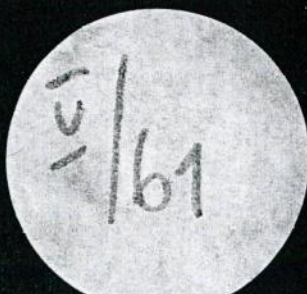
(grün)

83

Landesarchiv Berlin

B Rep. 057-01

Nr.: 1569



83

a

$$\underline{228 \mid 41}$$

Nachrichten-Übermittlung

Aufgenommen			Befördert				Raum für Eingangsstempel
Monat	Jahr	Zeit	Tag	Monat	Jahr	Zeit	
durch			an				durch
			Verzögerungsvermerk				
Nr.							
Telegramm - Funkpruch - Fernschreiben - Fernspruch							

Az.: L Hö./Schr.

Posen, den 18. Januar 1941

I/5

An den
Chef der Sicherheitspolizei und des SD
Umwandererzentralstelle - Dienststelle Litzmannstadt
z.Hd. ~~W~~-Ostuf. K r u m e y
L i t z m a n n s t a d t.

Ich habe ~~W~~-Hauptsturmführer G ü n t h e r die Liste der 11 beim Ergänzungsamt in Posen angeforderten ~~W~~-Angehörigen sowie der 6 neu Anzufordernden übergeben. H' Stuf. Günther hat mir zugesichert, am 17.1. persönlich beim Ergänzungsamt in Berlin vorzusprechen. Bitte bei telefonischer Rücksprache in Berlin erinnern. Ich habe große Personalsorgen, da die Arbeitsstäbe anscheinend in allen Kreisen gleichzeitig kleinere Aktionen durchführen, die nicht geplant sind.

Die Zahlen für die Restansiedlungen, die am 23.1. beginnen, sind außerordentlich gering. Bilharz hat Kenntnis und wird Sie rechtzeitig unterrichten. Falls Lager gesperrt sind, sofort telefonische Meldung.

I.V.

~~W~~-Hauptsturmführer.

Hilfsamt

Polen
UWZ Posen
1054z/ oł/t.40

1/5

Vd 3

Az.: L Hö./Schr.

Posen, den 18. Januar 1941

An den
Chef der Sicherheitspolizei und des SD
Umwandererzentralstelle - Dienststelle Litzmannstadt
z.Hd. W-Ostuf. K r u m e y
L i t z m a n n s t a d t.

Ich habe W-Hauptsturmführer G ü n t h e r die Liste der 11
beim Ergänzungsamt in Posen angeforderten W-Angehörigen sowie
der 6 neu Anzufordernden übergeben. H'Stuf. Günther hat mir
 zugesichert, am 17.1. persönlich beim Ergänzungsamt in Berlin
 vorzusprechen. Bitte bei telefonischer Rücksprache in Berlin
 erinnern. Ich habe große Personalsorgen, da die Arbeitsstäbe
 anscheinend in allen Kreisen gleichzeitig kleinere Aktionen
 durchführen, die nicht geplant sind.

Die Zahlen für die Restansiedlungen, die am 23.1. beginnen,
 sind außerordentlich gering. Bilharz hat Kenntnis und wird Sie
 rechtzeitig unterrichten. Falls Lager gesperrt sind, sofort
 telefonische Meldung.

I.V.

Altegen

W-Hauptsturmführer.

Polen
UWZ Posen
1054z/ oł/t.40

83

**Chef der Sicherheitspolizei und des SD
Umwandererzentralstelle Posen
Dienststelle Litmannstadt**

En. Tgb. Nr. 893/41

Platz vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Litmannstadt, den 20. Februar 1941

(179)

8

An den
Chef der Sicherheitspolizei und des SD
Umwandererzentralstelle
z. Hd. SS-Sturmabführer Höppner
P o s e n

Eingang am	
Vgl. Nr. 3335	
Ausgang am	
Vgl. Nr.	
M	

Betr.: Kommandierung von SS-Angehörigen

Vorg.: Schreiben v. Reichssicherheitshauptamt IV D 4 v. 29.1.41
und Schreiben v. SS-Führungshauptamt Berlin, v. 15.2.41.

Anl.: 2.

Obige Vorgänge werden mit der Bitte um Kenntnisnahme
überreicht.

[Signature]
SS-Obersturmbannführer

*Ich bitte in Berlin nachgefragt werden zu lassen.
Es müssten in Berlin in der Angelegenheit abgeklärt werden.*

Polen
UWZ Posen
1054z/ ~~o~~z/t.40

Abschrift.

(176)

Verwaltungshauptamt
Kommandant der Waffen-SS
(2) Az.: 18e

226~
Berlin, den 15. Februar 1941
Kaiserallee 188

Betreff: Kommandierung von SS-Angehörigen.

Bezug: Dort.Schrb.I/5 Kr./Schi.Tgb.-Nr.492 v.1.2.41

Anlg.: -

An den

Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Umwandererzentralstelle Posen.

L i t z m a n n s t a d t

Dem dortigen Antrag auf Kommandierung von 15 bis 20 SS-Angehörigen für die Umwandererzentralstelle kann leider nicht entsprochen werden, da jeder Mann für die Erhaltung der Kampfkraft der Truppe und die der Waffen-SS gestellten Sonderaufgabendringend benötigt wird.

I.A.

gez. Unterschrift

SS-Oberführer

Polen
UWZ Posen
1054z/ oL/t.40

Sicherheitshauptamt
228/41

Berlin SW 11, den 29. Januar 1941

An den
Chef der Sicherheitspolizei und des SD
Umwandererzentralstelle Posen
z.Hd.v.SS-Hauptsturmführer H ö p p n e r
P o s e n

Betr.: Freistellung von SS-Angehörigen zur Dienstleistung
bei der UWZ Posen.

Bezug: Dort.Vermerke vom 7.und 15.1.1941.

Nach einer Mitteilung des SS-Ergänzungsamtes Berlin wurde der dortigen Dienststelle auf Anträge zur Freistellung von SS-Angehörigen zur Dienstleistung bei der UWZ Posen bereits geschrieben.

Für die Abkommandierung von Angehörigen der Waffen-SS ist, wie weiter mitgeteilt wurde, allein das Kommando der Waffen-SS zuständig, das in dringenden Fällen Angehörige der Waffen-SS freistellt.

Vom Kommando der Waffen-SS wurde im Hinblick auf die schwierige und langwierige Bearbeitung vorgeschlagen, nicht von verschiedenen Truppenteilen Männer anzufordern, zumal in einigen Fällen der Truppenteil nicht angegeben ist, sondern die erforderliche Anzahl von SS-Männern, SS-Unterführern bzw.SS-Führern unter Angabe der erwünschten Vorbildung und des vorgesehenen Verwendungszweckes zu beantragen und die Auswahl dem Kommando der Waffen-SS (Sachbearbeiter SS-Obersturmführer Hempel, Berlin, Kaiserallee 183) zu überlassen.

Im Auftrage:

gez.Eichmann

Beglaubigt:
gez.Unterschrift
Kanzleiangestellte

Polen
UWZ Posen
1054z/ oŁ/t.40

Posen,

7. März 1941.

7/5

XXXXXXXXXXXXXX

H8/Schr.

Posen, den 20. April 1941.

As.: L H8/Schr.

An das

Reichssicherheitshauptamt IV D 4

B e r l i n .

Betr.: Kommandierung von W-Angehörigen

Vorg.: Dext. Schr. Nr. 228/41 v. 29.1.41.

Anlg.: - 1 -

In der Anlage übersende ich Abschrift eines Schreibens des W-Führungshauptamtes vom 15.2.41.

Ich bitte nochmals persönlich mit dem Führungshauptamt Verbindung wegen der Abstellung von Männern aufzunehmen und darf dabei darauf hinweisen, daß ja auch felddienstuntaugliche abgestellt werden können.

I.V.

W-Sturmabführer.

Polen
UWZ Posen
1054z/oL/t.40

~~XXXXXXXXXXXXXX~~

1/16

1. L H8/Sehr.

UW 3

An das

Reichssicherheitshauptamt IV D 4

z.Hd. W-Sturmabteilerführer E i c h m a n n

B e r l i n.

Betr.: Abstellung von Männern der Waffen-W
an die UWZ.

Vorg.: Bekannt.

Anlg.: Ohne.

Den Staatspolizeistellen des Warthegaues sind in der letzten Zeit laufend Männer der Waffen-W zur Dienstleistung zur Verfügung gestellt worden. So hat angeblich die Stapoleitstelle Posen 20, die Stapostelle Litzmannstadt 30 Männer bekommen. Ist es nicht möglich, vom Reichssicherheitshauptamt aus an die UWZ. derartige Zuweisungen zu geben. Unsere Außenstellenleiter bearbeiten s.Zt. 3, 4 und mehr Kreise. Der Arbeitsanfall ist viel stärker als in Danzig-Westpreußen und Kattowitz, weil die Organisation der W-Ansiedlungsstäbe und Arbeitstäbe im Warthegau ganz anders fortgeschritten ist, als in den beiden anderen Gauen. Es sind deshalb auch außerhalb der großen Aktion laufende Arbeiten der UWZ. in den einzelnen Kreisen zu erledigen.

Wenn der UWZ. 15 Männer der Waffen-W zugewiesen würden, wäre der Personalbestand völlig ausreichend.

Polen
UWZ Posen
1054z/ oŁ/t.40

Das W-Führungshauptamt in Berlin, Kaiserallee 188, hat wegen der Kommandierung von W-Angehörigen geschrieben, daß dem Antrag auf Kommandierung von 15 bis 20 W-Angehörigen für die UWZ. nicht stattgegeben werden könnte, da jeder Mann für die Erhaltung der Kampfkraft der Truppe und die der Waffen-W gestellten Sonderaufgaben dringend benötigt wird.

Wenn aber für die übrigen Stapostellen solche Männer zur Verfügung stehen, muß auch die UWZ. mit bedacht werden. Unsere Männer arbeiten bestimmt nicht weniger als die Männer der Stapostellen, sie haben zwar in den letzten zwei Monaten etwas Ruhe gehabt, sind aber ab Mitte Februar bis zum Ende der Aktion so eingespannt, daß die Aufgaben kaum zu bewältigen sind.

I.V.

W-Sturmabführer.

Polen
UWZ Posen
1054z/ oŁ/t.40

83 6

296 / 41

Abgeordnete Abschrift:
Geheime Staatspolizei
 Staatspolizeistelle Potsdam
 Nachrichten-Übermittlung

Aufgenommen n. 1.1.1941 durch: 11...	IPol.g. 502 Raum für Eingangsempfang 5/12	Befördert an am durch
U.-Ü. Nr. 104	Fernschreiben	Abtlg.: 11. 6

an Berlin 25.6.8.13.2.41 1210 = Neu. =
 an alle Stl. und Poststellen mit Ausnahme Stl. Wien.
 = dringend - sofort vorlegen. =

Vertraulich:
 Betr.: Evakuierung der Juden aus Wien in das Generalgouvernement
 Bezug: ohne.

In Anbetracht der besonders gelagerten Verhältnisse
 in Wien hat der Führer die Evakuierung der in Wien ansässigen
 Juden angeordnet.

Die Stl. Wien hat am 1.2.1941 eine Verfügung erlassen,
 nach der Juden, die in Wien ihren ständigen Wohnsitz haben, das
 Gausgebiet Wien ohne Zustimmung der Zentralstelle für jüdische
 Auswanderung in Wien nicht verlassen dürfen. Liegt eine Zustimmung
 dieser Dienststelle vor, wird den Juden eine Bescheinigung aus-
 gestellt.

Juden, die nach dem 1.2.1941 ohne diese Bescheini-
 gung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien das Gaus-
 gebiet Wien verlassen, sind daher festzunehmen, in Schubwege nach

811/4
 460/61 JA

den zu stellen und in das Sammlager in Wien 2, Castell-
zu einliefern.

1. B. - 1. B. 4 - 295/41

i. A.

gez. Eichmann

Stabschef.



beglaubigt:

Vobrep.

Stabsstellenangehörige.

Rottam, den 1.3.41

Gemeine Staatspolizei
Stabsstellenstelle Rottam
B. B. 305/41 II B.

Abschrift übersende ich im Nachgang zu meinem
Rundschreiben vom 15.2.1941 betreffend Festnahme von Juden aus
dem Gausgebiet Wien zur dortigen gefl. Kenntnis.

An den

Herrn Regierungspräsidenten

z. Hd. von Herrn Reg. Vizepräsidenten Honig

in Rottam

[Handwritten signature]

83 C

299/41

HSA Stgt /LR Rastatt

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Karlsruhe

Karlsruhe, den 6. März 1941.

Nr. II B 4 - 151⁰⁰/41.

Landespolizei
- 9. März 1941

An die Herren Landräte, Polizeipräsidenten und Polizeidirektoren in Baden,
sowie an die Aussendienststellen und Grenzpolizeikommissariate der Geheimen Staatspolizei

in Baden

nachrichtlich an den Herrn Minister des Innern in
Karlsruhe und die Herren Landeskommissäre.

Betrifft: Ausstellung und Übersendung von Auswandererpapieren an evakuierte Juden in das unbesetzte Gebiet von Frankreich.

Vorgang: Ohne.

Anlagen: Ohne.

Das Reichssicherheitshauptamt hat mit Erlaß vom 28.2. 1941 - IV D 4 -2- (Rz) 299/41 folgendes mitgeteilt:

"Nach lückenloser Vorbereitung wird die Weiterwanderung von Juden aus dem unbesetzten Frankreich genehmigt.

Notwendige Auswandererpapiere sind von den evakuierten Juden über die Deutsche Vertretung in Paris anzufordern und auch über diese zuzuleiten.

Besondere Unterstützung ist jedoch nicht angebracht."

Ich gebe hiervon Kenntnis.

Druckf. 12. 3. 41

Im Auftrage
gez: D e n e c k e .

h.
Jhr
Kunstst. 11
12/11
B



Beglaubigt:
Küngling
Kanzleiangestellte.

83 d

312141

Geheime Staatspolizei — Staatspolizeistelle Posen

Nachrichten-Übermittlung

Aufgenommen				Raum für Eingangsstempel		Verfübert			
Zeit	Tag	Monat	Jahr			Zeit	Tag	Monat	Jahr
15. Feb. 1941				16. FEB 1941					
von						an			
durch						durch			
						Verögerungsbericht			
n.-n. nr. 2230				Fernschreiben — Fernspruch		1468/4 11/19/01			

RFRLIN NUE 25 406 15.2.41 1415 = KR. =

AN: A.) DEN INSP. DER SIPO UND DES SD. Z.HD. V. SS.

O.'STUF. DR. S C H L E G E L, KOENIGSBERG. -

B.) DIE STAPOSTELLE KATTOWITZ, Z.HD.V. SS.H.'STUF.

K. KRIM. KOM. D R E I E R KATTOWITZ. -

C.) DEN CHEF DER SIPO UND DES SD. UWZ. DANZIG, Z.HD.

SS.H.'STUF. A B R O M E I T GOTENHAFEN. =

D.) AN DEN CHEF DER SIPO UND DES SD. UWZ. POSEN -

Z.HD. SS. H.'STUF. H O E P P N E R POSEN. -

E.) AN DEN CHEF DER SIPO UND DES SD. UWZ. POSEN.

DIENSTSTELLE LITZMANNSTADT, Z.HD. SS. O.'STUBAF.

STRIIMFY. LITZMANNSTADT. -

F.) AN DEN INSP. DER SIPO UND DES SD. WIEN -

ZENTRALSTELLE FUER JUEDISCHE AUSWANDERUNG - Z.HD. SS.

O.'STUF. BRIINFR WIFN. -

BETR.: 3. NAHPLAN. -

BEZ.: BEKANNT. - -

DAS AMT DES GENERALGOUVERNEURS HAT WIEDERHOLT AUF DIE

BEDEUTUNG DES RECHTZEITIGEN EINTREFFENS DER

MITTEILUNG UEBER DIE ABFAHRT DER EINZELNEN

EVAKUIERUNGSZUEGE HINGEWIESEN. -

- ICH BITTE DAHER UNTER BEZUGNAHME AUF DIE BEKANNTEN

DURCHFUEHRUNGSBESTIMMUNGEN BESONDERES AUGENMERK AUF

DIE TERMINGEMAESSE DURCHGABE DER ABFAHRSMELDUNGEN ZU

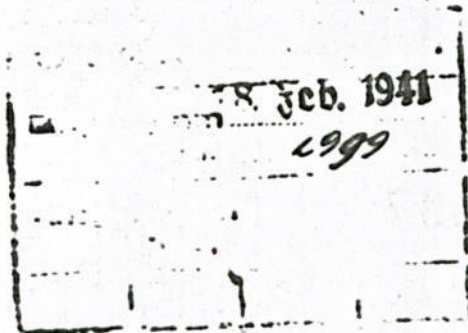
LEGEN UND DAFUER ZU SORGEN, DASS DIE MELDUNGEN SO

RECHTZEITIG UND MIT SOLCHEN VORHANDENEN

J(UNSG) T 1408
1462

- NACHRICHTENMITTELN DURCHGEGEBEN WERDEN. DIE EINE RECHTZEITIGE VERSTAENDIGUNG DER EMPFANGER GEWAHRLEISTEN.
- FALLS EIN SOFORTIGER ANSCHLUSS AN DAS KS-NETZ OERTLICH NICHT MOEGlich IST, SIND DIE MITTEILUNGEN ZUNAECHST TELEFONISCH UND NACHTRAEGlich MIT FS. ODER TELEGRAMM IM U VORGESCHRIEBENEN WORTLAUT DURCHZUGEBEN. BEI ETWAIG ETWAIG NOTWENDIG WERDENDEN TELEGRAMMEN (UNTERSTRICHEN) SIND NACHSTEHENDE TELEGRAMADRESSEN ZU BENUETZEN.:
REGIERUNG DES GENERALGOUVERNEMENTS. Z.HD. GRUPPENLEITER DR. F O E H L, KRAKAU, PILSUDSKISTR. 13. -
REICHSSICHERHEITSHAUPTAMT, BERLIN, KURFUERSTENSTRASSE 116. - BEFEHLSHABER DER SIPO UND DES SD. ABTLG.
- UMSIEDLUNG, KRAKAU GROTTERU 1. -

RSMA 4 D 4 NR. 312/41 I.A. GEZ. EICHMANN SS. STUBAF.



83 e

379141

IV/116

(146)

Geheime Staatspolizei — Staatspolizeistelle Berlin

Nachrichtendienst

Aufgenommen
am 28. Feb. 1941Datum der Eingangsbescheinigung
27. FEB. 1941

2831

Schriftverkehr — Schriftverkehr

BERLIN NUE 31 752 26.2.41 2015 -RI-

AN DEN CHEF DER SIPO UND DES SD, UMWANDERERZENTRALSTELLE
POSEN Z. HD. SS- STUBAF. HOEPPNER OVIA. POSEN.

B. AN DEN CHEF DER SIPO UND DES SD,

UMWANDERERZENTRALSTELLE POSEN DIENSTSTELLE

LITZMANNSTADT, Z. HD. SS- O^o STUBAF. KRUMEY OVIA. - - -

- BEIR.: 3. NAHPLAN- 1 TEILPROGRAMM.-

BEZUG.: BEKANNT.- -

IM EINVERNEHMEN MIT DER REICHSBAHN,

GENERALBETRIEBSLEITUNG OST, BERLIN, WURDEN FUER DIE
WOCHE VOM 2.3. BIS 8.3.41 FOLGENDE EVAKUIERUNGSZUEGE

FESTGELEGT.: ZUG - NR. 221 AM 4.3.41 VON KAROLEW

NACH ZWIERZYNIEC (FUER BILGORAY)-

ZUG NR. 223 AM 6.3.41 VONSKAROLEW NACH WOLBROM.-

ZUG. NR. 225 A . 7.3.41 VON KAROLEW NACH SKAWINA.-

ZUG NR. 205 AM 8.3.41 VONN KAROLEW NACH NALECZOW.-

ICH BITTE UM KENNTNISNAHME UND ENTSPRECHENDE WEITERE
VERANLASSUNG.- -

RSHA ROEM. 4 D 4 I. A. GEZ. EICHMANN SS, STUBAF.

G. DI. 27. 130

368/n

40/6/21

72 23 42



Geheime Staatspolizei — Staatspolizeistelle Posen
Nachrichten-Übermittlung

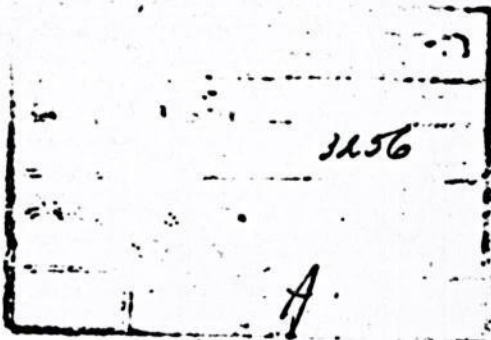
Seit 27. Feb. 1941 von durch	Raum für Eingangsstempel 28. FEB. 1941	Befördert	
		Seit Tag Monat Jahr	Sahr
L E <i>Bitte nicht wären</i>		Verfügungsberechtigt	
		an durch	
H.-H. Nr. 2894		Fernschreiben — Fernspruch	

+ BERLIN NUE 33 054 27/2 41 -MA- = *Frei*
= 1) AN DEN C.D.S. UND DES SD, UWZ POSEN, Z.HD. *SS*
SS-STUBAF. HOEPPNER, P O S E N -
2) AN SS-O'STUF. DR. SCHLEGEL, K O E N I G S B E R G
- 3) AN DEN C.D.S. UND DES SD, UWZ POSEN, DIENSTSTELLE
LITZMANNSTADT, Z.HD. SS-O'STUBAF. KRUMREY,
L I T Z M A N N S T A D T -
4) AN DEN C.D.S. UND DES SD, UWZ DANZIG, Z.HD.
SS-H'STUF. ABROMEIT, G O T E N H A F E N. ==
D R I N G E N D - V E R T R A U L I C H ==
= BETR.: 3. NAHPLAN - 1. TEILPROGRAMM. ==
= BEZUG: SCHNELLBRIEF V. 21.2.41 - ROEM 4 D 4 -
198/41 KLEIN G (18). ==

DA DIE REICHSBAHN FUER DIE WOCHE V. 2. BIS 8.3.41 FUER
DIE GESAMTEVAKUIERUNG 2 TRANSPORTZUEGE TAEGLICH ZUR
VERFUEGUNG STELLT, UND TROTZ DER BEKANNTEN
SCHWIERIGKEITEN BESTREBT IST, DEN DRINGENDSTEN BEDARF-
AN ZUEGEN FUER EVAKUIERUNGSZWECKE ZUNAECHST WEITERHIN-
ZU STELLEN, IST NUNMEHR AUCH DIE FREIMACHUNG DER
TRUPPENUEBUNGSPLAETZE MIT ZU BERUECKSICHTIGEN. - DIE
IM SCHNELLBRIEF V. 21.2.41 ENTHALTENE WEISUNG, WONACH
MASSNAHMEN ZUR FREIMACHUNG VON TRUPPENUEBUNGSPLAETZEN
NOCH NICHT ZU TREFFEN SIND, GILT DAHER ALS AUFGEHOBEN.
- ICH BITTE, IM EINVERNEHMEN MIT DEN CERTLICHEN

DIENTSTSTELLEN DER REICHSUMSIEDLUNGSGESELLSCHAFT MIT
DER RAEUMUNG. TERMINGEMAESS ZU BEGINNEN. ==

· RSHA - ROEM 4 D 4 - 379/41 -
I.A. GEZ.: E I C H M A N N, SS-STUBAF. +



83 f

431141

384/1

40/61 21

III/12

940

Geheime Staatspolizei — Staatspolizeistelle Posen

Nachrichtendienstleitung

Aufgenommen Geg. Mündl. Satz 15. MAZ 1941 durch <i>f</i>	Platz für Eingangskontrolle 15. MAZ 1941 durch <i>f</i>	Gegeben Satz Geg. Mündl. Satz an <i>f</i> durch <i>f</i>
Nr. 3838		Gegeben durch <i>f</i>

DR BERLIN NUE 41 792 15/3 41 -MA- =
 A) AN DEN INSP. DER SIPO UND DES SD
 K O F N I G S B E R G ==
 B) AN DEN C.D.S. UND DES SD - UWZ DANZIG IN *Pos*
 G O T E N H A F E N ==
 C) AN DEN C.D.S. UND DES SD - UWZ K A T T O W I T Z =
 D) AN DEN INSP. DER SIPO UND DES SD - UWZ P O S E N ,
 E) AN DEN INSP. DER SIPO UND DES SD - UWZ POSEN
 I N T L I T Z M A N N S T A D T ==
 F) AN DEN INSP. DER SIPO UND DES SD - ZENTRALSTELLE
 FÜR JUEDISCHE AUSWANDERUNG IN W I E N ==
 G) NACHRICHTLICH AN DEN B.D.S. UND DES SD IM GEN.
 GOUVERNEMENT IN K R A K A U ==
 D R I N G E N D - SOFORT VORLEGEN ==
 BETR.: 3. NAHPLAN - 1. TEILPROGRAMM. ==
 BEZUG: BEKANNT. ==

AUS DEN BEREITS BEKANNTEN GRUENDEN IST ES NICHT
 MOEGLICH, AB 16.3.41 BIS AUF WEITERES
 EVAKUIERUNGSTRANSPORTE AUS DEN EINGEGLIEDERTEN
 DEUTSCHEN OSTGEBIETEN BEZW. WIEN IN DAS
 GENERALGOUVERNEMENT DURCHZUFUEHREN. -
 ICH ERSUCHE DAHER, VON DIESEM GENANNTEN ZEITPUNKT AN
 KEINEN EVAKUIERUNGSTRANSPORT MEHR ABZUWICKELN. -
 NAEHERE ANGABEN UEBER DIE VORAUSSICHTLICHE ZEITGRENZE
 DIESER VORUEBERGEHENDEN EINSTELLUNG DER
 EVAKUIERUNGSTRANSPORTE KOENNEN ZUR ZEIT NICHT GEMACHT

RSHA - ROEM 4 B 4 (NEU) 431/41 - I.V.

GEZ.: M U E L L E R, SS-BRIGAF. UND GENERALMAJOR

83 g

442/41

AA Mel. II A 4572

Deutsche Gesandtschaft

Belgrad, den 31. Februar 1941.

Ko R 5 c/Emigranten

Bei Rückantwort bitte Aktennummer
und -Zeichen angeben

Betrifft: Italienische Sichtvermerke
für reichsangehörige Juden.

ohne Vorgang.

Bei der Gesandtschaft mehren sich die Fälle, in denen reichsangehörige -oder protektoratsangehörige- Juden um Vermittlung bitten, daß ihnen das zur Auswanderung nach den Vereinigten Staaten benötigte italienische Durchreisevisum erteilt werde. Die hiesige italienische Gesandtschaft versagt Durchreisesichtvermerke grundsätzlich Inhabern deutscher mit dem "J" gekennzeichneteter Pässe. Da mir das Verbleiben dieser jüdischen Emigranten in Jugoslawien nicht in deutschen Interesse zu liegen scheint, darf ich anregen, von dort aus auf die zuständigen italienischen Stellen dahin einzuwirken, daß jene Sichtvermerke in Zukunft in Fällen, in denen sie für Erreichung des Zieles der endgültigen Auswanderung unbedingt notwendig sind, erteilt werden.



das Auswärtige Amt

B e r l i n

AA Mel 4 A 4572

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

IV D 4 - 2 (Rz) - 442 /41

Berlin SW 11, den 12. März 1941
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher 12 00 40

Bleibe in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum
angabegeben.

An das

Auswärtige Amt
z.Hd. Herrn Legationsrat Radenacher

Berlin W 35

Rauchstrasse 11

Betrifft: Italienische Sichtvermerke für reichs-
angehörige Juden in Jugoslawien.

Bezug: Dort. Schreiben vom 6.3.1941
- D III 1024 -

Unter Bezugnahme auf das dortige
Schreiben vom 6.3.1941 teile ich mit, dass im
Hinblick auf die kommende Endlösung der Juden-
frage derzeit an einer Weiterwanderung von Juden
reichsdeutscher Staatsangehörigkeit, die sich in
Jugoslawien befinden, kein Interesse besteht.

Die Auswanderung von Juden aus dem
Reichsgebiet über Lissabon nach USA hat in den
letzten Wochen durch Lockerung der Bestimmungen
für die Erteilung von USA-Visa erheblich zugenom-
men. Die Einschaltung der in Jugoslawien befind-
lichen Juden würde die Ausreisemöglichkeiten für
Juden aus dem Reichsgebiet erheblich schmälern.
Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches
wünscht jedoch auch während des Krieges im Rahmen
der bestehenden Möglichkeiten eine verstärkte
Judenabwanderung.

Im Auftrage:

Ernst Ramm

83 h

513 141

HA Pragburg 332/2

17. März 1941

Pa/41 Bericht Nr. 6745/41

2 Durchschläge
1 Anlage

Betrifft: Judenauswanderung nach
den USA.

Konzept

Bitt!

Die Gesandtschaft beehrt sich in der Anlage Abschrift
eines Schreibens des Beraters für Judenfragen bei der Slo-
wakischen Regierung, des SS-Hauptsturmführers Wisliceny,
betreffend Judenauswanderung nach den Vereinigten Staaten von
Amerika, zur gefälligen Kenntnissnahme vorzulegen mit der
Bitte, baldmöglichst Weisung erteilen zu wollen.

Im Auftrag

res. Geschäftst.

An
das Auswärtige Amt

B e r l i n

Nv1. 10.4.

6.
10.4.
27.4.

6.
1.5.
10.4.

...
- ...
...
...
...

33212

...
...
...

An die

Deutsche Gesellschaft, Konsulatsabteilung,
zu Ad. von H. ... Dr. ...

Treßburg.

Betrifft: Judenauswanderung nach USA.

Die Judenzentrale in der Slowakei hat sich vor einiger Zeit an mich gewandt und mich um Vermittlung gebeten, um einer Anzahl von Juden, die nach den USA auswandern wollen, die Durchreise durch das Reichsgebiet und das besetzte Frankreich zu verschaffen. Es handelt sich dabei um Juden, die entweder amerikanische Staatsangehörige oder ihre Visaverhandlungen beim amerikanischen Generalkonsulat in Budapest zum Teil abgeschlossen haben. Ich habe daraufhin Rücksprache mit dem Leiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung beim RSHA - 4-Sturmabteiler Eichmann - genommen. Das RSHA verlangte als Vorbedingung den Nachweis von Passagemöglichkeiten über Lissabon. Die Judenzentrale hat mir daraufhin Telegramme des Joint Distribution Committee vorgelegt, nach denen Schiffsraum für Juden nicht zur Verfügung steht. Daraufhin hat die Zentralstelle für jüdische Auswanderung mir am 12. III. fernschriftlich mitgeteilt, daß die Juden in einem geschlossenen Transport durch Deutschland reisen können, vorausgesetzt, daß alle Transit- und Endvisa und die Passage in Ordnung wären. Ausserdem müssen die auswandernden Juden ausserhalb des wehrpflichtigen Alters sein.

Die Judenzentrale benötigt nun zur Vorlage beim amerikanischen Generalkonsulat in Budapest und beim spanischen und portugiesischen Konsulat eine amtliche Mitteilung der Deutschen Gesellschaft, wonach ein Sammeldurchreisevisum erteilt wird, wenn Passagemöglichkeiten bestehen und die sonstigen Durchreise- und Endvisa in Ordnung sind. Über das Auswanderungsverbot für wehrfähige Juden wird die Judenzentrale von mir mündlich unterrichtet.

- 2 -

Ich bitte daher die Konsulatsabteilung, ein diesbezügliches Schreiben an die Judenzentrale für die Slowakei, zu Händen des Obmannes Schwarz, Preßburg, Venturgasse 3, zu richten. Gegebenenfalls bitte ich, dieses Schreiben an mich zu leiten, sodaß ich es der Judenzentrale übergeben kann.

Wislitzky
Hauptsturmführer .

AA Preßburg 332.12

Auswärtiges Amt

Berlin W 8, den 17. Mai 1941
Wilhelmstraße 74-76

Nr. D III 4015

Deutsche Gesandtschaft
Preßburg

Eing. 23. MAI 1941

Geb. Nr. 24 29
Feld 29 Anl.

In Abschrift

der Deutschen Gesandtschaft
in Preßburg

auf den Bericht vom 17. März 1941 - Pa/41- Bericht-Nr.
6745/41 - zur Kenntnis und mit der Bitte um weitere Ver-
anlassung übersandt.

Im Auftrag

Stabschef
Stabschef
Stabschef
Stabschef
Stabschef
Stabschef
Stabschef
Stabschef
Stabschef
Stabschef

6.
1. Wochenschrift
2. 1. 11.
14.5.

Abschrift D III 4915

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Berlin, den 9. April 1941

IV B 4b (Rz) (neu) 513 /41

An

das Auswärtige Amt Berlin.

Betrifft: Judenauswanderung aus der Slowakei nach U.S.A.

Bezug: Dort.Schnellbrief vom 26.3.1941 - D III 2608 -

Auf das dortige Schreiben vom 26.3.1941 teile ich mit, daß ich seiner Zeit dem Sonderbeauftragten des Reichsführers SS beim deutschen Gesandten in Preßburg gegenüber der Auswanderung von 105 Juden, größtenteils amerikanischer Staatsangehörigkeit, zugestimmt habe.

In dem vorliegenden Schreiben des Beraters für Judenfragen - SS-H'Stuf. Wisliceny, Preßburg, handelt es sich um die Ausreise dieser 105 Juden.

Im Hinblick auf die zweifellos kommende Endlösung der Judenfrage und die ohnedies geringen Ausreisemöglichkeiten für Juden aus dem Reichsgebiet ist jedoch eine allgemeine Judenauswanderung aus der Slowakei und eine Durchreise durch das Reichsgebiet nach Tunlichkeit zu verhindern.

Im Auftrage:

gez. E i c h m a n n

83

i

5 90141

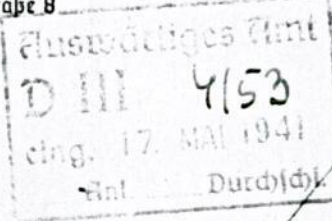
~~5 13144~~

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

IV B 4b (Rz) (neu) 590 /41

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 7. Mai 1941
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 120040



An das

Auswärtige Amt
z.Hd. Herrn Legationsrat Rademacher

Berlin W 35

Rauchstrasse 11

Betrifft: Empfehlungsschreiben für jüdische
Auswanderer über bzw. nach Fernost.

Bezug: Laufend.

Anlagen: 13

Als Anlage übersende ich

- 1 Antrag für die Erteilung des russischen
Durchreisevisums,
- 1 Antrag für die Erteilung des japanischen
Durchreisevisums

der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland,
sowie

8 Anträge der Israelitischen Kultusgemeinde
Wien.

Gegen die Ausstellung der Empfehlungs-
schreiben habe ich nach Überprüfung vom auswan-
derungstechnischen Standpunkt aus keine Bedenken.

Die Reichsvereinigung der Juden in
Deutschland hat am 29.4.1941 RM 2,-- und RM 2,--,
die Israelitische Kultusgemeinde Wien am 6.5.
1941 RM 30,-- als Unkostenbeitrag auf das dortige
Postscheckkonto eingezahlt.

Die Einzahlungsscheine wurden hier
zur Kontrolle vorgelegt.

Im Auftrage:

Wimmann

Prof: Dr. R. Rasmussen

11.2.41 53

u. u.
17 Profen aus,
Lorenson.

u. u. R. 15

" Kungl. 2

17 Fiden

1. L. Pol. 111 and Pol. 115
u. 2. g. R.

L. g. R.

den 20. Mai 1941

R

18.5.41

**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

AA Jnl IIA 54/1

Berlin SW 11, den 13. Mai 1941
Prinz-Albrecht-Straße 8
Telefon: 12 00 40

IV B 4b (Rz) (neu)

590/41

Bitte in der Antwort vorstehendes Geheftsschreiben u. Datum anzugeben

An das

Auswärtige Amt
z.Hd. Herrn Legationsrat Rademacher

Berlin W 35

Rauchstrasse 11

Betrifft: Empfehlungsschreiben für jüdische
Auswanderer über bzw. nach Fernost.

Bezug: Laufend.

Anlagen: 5

Als Anlage übersende ich 4 Anträge
der Israelitischen Kultusgemeinde Wien.

Gegen die Ausstellung der Empfehlungs-
schreiben habe ich nach Überprüfung vom auswan-
derungstechnischen Standpunkt aus keine Bedenken.

Die Israelitische Kultusgemeinde Wien
hat am 10.5.1941 RM 14,- als Unkostenbeitrag
auf das dortige Postscheckkonto eingezahlt.

Der Einzahlungsschein wurde hier zur
Kontrolle vorgelegt.

Im Auftrage:

Wimmann

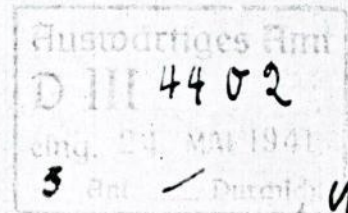
in Jsl

53-24 10.5.41

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Berlin SW 11, den 21. Mai 1941
Prinz-Albrecht-Straße 8
Telefonnummer: 120040

EV B 4b (Rz) (neu) 590/41
Bitte in der Antwort vollständiges Geschäftszeichen u. Datum anzugeben



An das
A u s w ä r t i g e A m t
z.Hd. Herrn Legationsrat Rademacher

B e r l i n W 35
Rauchstrasse 11

Betrifft: Empfehlungsschreiben für jüdische
Auswanderer über bzw. nach Fernost.

Bezug: Laufend.

Anlagen: 11

Als Anlage übersende ich

1 Antrag für die Erteilung des russischen
Durchreisevisums

der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland,
sowie

5 Anträge der Reichsstelle für das Auswan-
derungswesen.

Gegen die Ausstellung der Empfehlungs-
schreiben habe ich nach Überprüfung vom auswan-
derungstechnischen Standpunkt aus keine Bedenken.

Die Reichsvereinigung der Juden in
Deutschland hat am 17.5.1941 RM 4,-- als Unko-
stenbeitrag auf das dortige Postscheckkonto ein-
gezahlt.

Der Einzahlungsschein wurde hier zur
Kontrolle vorgelegt.

83-2 728 II 3 rosenber

Die Einzahlungsscheine für die Anträge der Reichsstelle für das Auswanderungswesen sind diesen beigelegt.

Im Auftrage:

W. W. W.

Prof. Dr. Jordan

2. III 4402

1. n. d. W. W. W. 11. Jordan

2. Familien auf Großbänken

1. n. d. W. W. W.

W. W. W. 2

1. n. d. W. W. W. 9

1. n. d. W. W. W. 11. Jordan
2. n. d. W. W. W. 11. Jordan
3. n. d. W. W. W. 11. Jordan
4. n. d. W. W. W. 11. Jordan
5. n. d. W. W. W. 11. Jordan
6. n. d. W. W. W. 11. Jordan
7. n. d. W. W. W. 11. Jordan
8. n. d. W. W. W. 11. Jordan
9. n. d. W. W. W. 11. Jordan
10. n. d. W. W. W. 11. Jordan
11. n. d. W. W. W. 11. Jordan
12. n. d. W. W. W. 11. Jordan
13. n. d. W. W. W. 11. Jordan
14. n. d. W. W. W. 11. Jordan
15. n. d. W. W. W. 11. Jordan
16. n. d. W. W. W. 11. Jordan
17. n. d. W. W. W. 11. Jordan
18. n. d. W. W. W. 11. Jordan
19. n. d. W. W. W. 11. Jordan
20. n. d. W. W. W. 11. Jordan
21. n. d. W. W. W. 11. Jordan
22. n. d. W. W. W. 11. Jordan
23. n. d. W. W. W. 11. Jordan
24. n. d. W. W. W. 11. Jordan
25. n. d. W. W. W. 11. Jordan
26. n. d. W. W. W. 11. Jordan
27. n. d. W. W. W. 11. Jordan
28. n. d. W. W. W. 11. Jordan
29. n. d. W. W. W. 11. Jordan
30. n. d. W. W. W. 11. Jordan
31. n. d. W. W. W. 11. Jordan
32. n. d. W. W. W. 11. Jordan
33. n. d. W. W. W. 11. Jordan
34. n. d. W. W. W. 11. Jordan
35. n. d. W. W. W. 11. Jordan
36. n. d. W. W. W. 11. Jordan
37. n. d. W. W. W. 11. Jordan
38. n. d. W. W. W. 11. Jordan
39. n. d. W. W. W. 11. Jordan
40. n. d. W. W. W. 11. Jordan
41. n. d. W. W. W. 11. Jordan
42. n. d. W. W. W. 11. Jordan
43. n. d. W. W. W. 11. Jordan
44. n. d. W. W. W. 11. Jordan
45. n. d. W. W. W. 11. Jordan
46. n. d. W. W. W. 11. Jordan
47. n. d. W. W. W. 11. Jordan
48. n. d. W. W. W. 11. Jordan
49. n. d. W. W. W. 11. Jordan
50. n. d. W. W. W. 11. Jordan
51. n. d. W. W. W. 11. Jordan
52. n. d. W. W. W. 11. Jordan
53. n. d. W. W. W. 11. Jordan
54. n. d. W. W. W. 11. Jordan
55. n. d. W. W. W. 11. Jordan
56. n. d. W. W. W. 11. Jordan
57. n. d. W. W. W. 11. Jordan
58. n. d. W. W. W. 11. Jordan
59. n. d. W. W. W. 11. Jordan
60. n. d. W. W. W. 11. Jordan
61. n. d. W. W. W. 11. Jordan
62. n. d. W. W. W. 11. Jordan
63. n. d. W. W. W. 11. Jordan
64. n. d. W. W. W. 11. Jordan
65. n. d. W. W. W. 11. Jordan
66. n. d. W. W. W. 11. Jordan
67. n. d. W. W. W. 11. Jordan
68. n. d. W. W. W. 11. Jordan
69. n. d. W. W. W. 11. Jordan
70. n. d. W. W. W. 11. Jordan
71. n. d. W. W. W. 11. Jordan
72. n. d. W. W. W. 11. Jordan
73. n. d. W. W. W. 11. Jordan
74. n. d. W. W. W. 11. Jordan
75. n. d. W. W. W. 11. Jordan
76. n. d. W. W. W. 11. Jordan
77. n. d. W. W. W. 11. Jordan
78. n. d. W. W. W. 11. Jordan
79. n. d. W. W. W. 11. Jordan
80. n. d. W. W. W. 11. Jordan
81. n. d. W. W. W. 11. Jordan
82. n. d. W. W. W. 11. Jordan
83. n. d. W. W. W. 11. Jordan
84. n. d. W. W. W. 11. Jordan
85. n. d. W. W. W. 11. Jordan
86. n. d. W. W. W. 11. Jordan
87. n. d. W. W. W. 11. Jordan
88. n. d. W. W. W. 11. Jordan
89. n. d. W. W. W. 11. Jordan
90. n. d. W. W. W. 11. Jordan
91. n. d. W. W. W. 11. Jordan
92. n. d. W. W. W. 11. Jordan
93. n. d. W. W. W. 11. Jordan
94. n. d. W. W. W. 11. Jordan
95. n. d. W. W. W. 11. Jordan
96. n. d. W. W. W. 11. Jordan
97. n. d. W. W. W. 11. Jordan
98. n. d. W. W. W. 11. Jordan
99. n. d. W. W. W. 11. Jordan
100. n. d. W. W. W. 11. Jordan

1. bei Pol. 11. Jordan

2. bei Pol. 11. Jordan

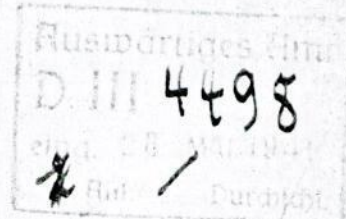
25. 5.

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Berlin SW 11, den 24. Mai 1941
Prinz-Albrecht-Straße 8
Telephon: 12 00 40

IV B 4b (Rz) (neu) 190/41

Bitte in der Antwort entsprechendes Befristungsdatum u. Datum anzugeben



An das

Auswärtige Amt
z.Hd. Herrn Legationsrat Rademacher

Berlin W 35,
Rauchstraße 11.

Betrifft: Empfehlungsschreiben für jüdische
Auswanderer über bzw. nach Fernost.

Bezug: Laufend.

Anlagen: 2.

Als Anlage übersende ich 1 Antrag der
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland um
Erteilung des russischen Durchreisevisums.

Gegen die Ausstellung des Empfehlungs-
schreibens habe ich nach Überprüfung vom auswan-
derungstechnischen Standpunkt aus keine Bedenken.

Die Reichsvereinigung der Juden in
Deutschland hat am 24.5.1941 RM 4,-- als Unko-
stenbeitrag auf das dortige Postscheckkonto ein-
gezahlt.

Der Einzahlungsschein wurde hier zur
Kontrolle vorgelegt.

Im Auftrage:

[Handwritten signature]

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

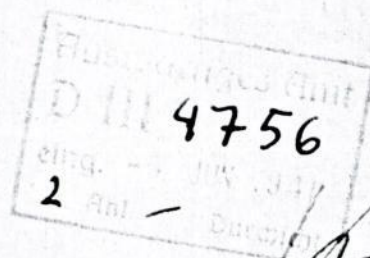
IV B 4b (Rz) (neu) 590/41

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

AA Jnl IIA 54/1

Berlin SW 11, den 31. Mai
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 12 00 40

1941



An das

Auswärtige Amt
z.Hd. Herrn Legationsrat Rademacher

Berlin W 35

Rauchstrasse 11

Betrifft: Empfehlungsschreiben für jüdische
Auswanderer über bzw. nach Fernost.

Bezug: Laufend.

Anlagen: 5

Als Anlage übersende ich 3 Anträge
der Reichsstelle für das Auswanderungswesen.

Gegen die Ausstellung der Empfehlungs-
schreiben habe ich nach Überprüfung vom auswan-
derungstechnischen Standpunkt aus keine Bedenken.

Die Einzahlungsscheine sind den An-
trägen beigelegt.

Im Auftrage:

Erman.

wenden!

83-24 Wf II 2

83

j

593141

593141

Geheime Staatspolizei — Staatspolizeistelle Graz

Nachrichten-Übermittlung

Aufgenommen Tag Monat Jahr Zeit	Raum für Eingangsstempel	Beantwortet Tag Monat Jahr Zeit
26. Apr. 1941 1515 durch H. A.	44 H. Mil. Grummel	durch
N.N. Nr. 4425	Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben Fernspruch	Verzögerungsvermerk

++ BLN NUE NR. 63 847 26.4.41 1510 — —PN. —

AN DEN BEAUFTRAGTEN D.CH.D.SP.U.D.SD. BEI DER
ZIVILVERWALTUNG IN DER UNTERSTEIEMARK. — Z.HD.SS.HOTUF.

H N I T S C H . — UEBER STAPOSTELLE G R A Z. —

BETRIFFT: PERSONAL FÜR DIE UMSIEDLUNG. —

BEZUG: DORT.FS. NR. 4270 V. 24.4.41 AN DAS R.S.H.A. —

BLN., Z.HD. SS. O.STUBAF. IDR. E H L I C H . — ~~SS. SCHARF.~~
 SS. SCHARF. U L R I C H VOM SD — LEIT — ABSCHN. POSEN
 IST UNABKOEMMLICH. ALS LAGERKOMMANDANT FÜR DAS IN RAHM
 A/S. ZU ERRICHTENDE LAGER MUSS EIN GEEIGNETER BEAMTETER DER
 STAPOSTELLE G R A Z, DER DEM REF. RCEN.3 DES
 UMSIEDLUNGSSTABES ZUGETEILT IST, ABGESTELLT WERDEN. —

RSNA BLN. — ROEN. 4 B 4 593/41 — GEZ. E I C H E N A . . .
 — SS. STUBAF. ++

Eingang: 28. 4. 41

Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei u.d.SD
in der Untersteiermark
-Umsiedlungsstab-

J(UNSG) T37(317)

18/4

1079

624

Marburg, den 7. Juni 1941.

FERNSCHREIBEN!

Dringend! Sofort vorlegen!

An das
Reichssicherheitshauptamt, Referat IV B 4
z.H. SS-Stubaf. Eichmann o.V.i.A.
Berlin.

Betr.: Umsiedlung in der Untersteiermark.
Vorg.: bekannt.

Am 7. Juni 1941, um 17.08 Uhr hat Transportzug Nr. 1 den Abgangsbahnhof Windisch-Feistritz in Richtung Arandjelovac verlassen. Fahrplanmäßige Ankunft in Arandjelovac am 9. Juni 1941 um 9.15 Uhr.

Transportstärke insgesamt 300 Slowenen.

Der Transport ist begleitet von SS-Stubaf. Schwarzhuber vom Umsiedlungsstab Untersteiermark.

Transportführer ist Oberwachtmeister Allerbeger Manfred, dem die namentliche Transportliste in einfacher Ausfertigung mitgegeben wurde.

Der Transport führt an Verpflegung mit:

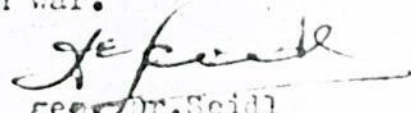
600 Stück a 1/4 kg Konservenfleisch
300 " Brote
2 Flaschen Slivovic/für Transportarzt/
600 Liter Tee.

Zusätzlich noch:

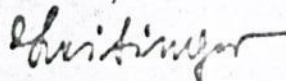
400 kg Brot
70 " Marmelade.

SS-Stubaf. Höppner ist gleichfalls mit dem Transportzug nach Zielstation unterwegs. Dienststelle SS-Staf. Dr. Fuchs Belgrad ist sofort mittels FT zu benachrichtigen, dass SS-Stubaf. Höppner mit dem 1. Transportzug in Zielstation eintrifft. Beim Funkspruch ist Bezug zu nehmen auf FT bezüglich Abstellung SS-Stubaf. Höppners und SS-Ostuf. Kroneys./Letzter Absatz gemäß Anweisung SS-Stubaf. Eichmann/.

Es wird gebeten, Dienststelle SS-Staf. Dr. Fuchs von Abgang des 1. Transportzuges zu unterrichten, da von hier aus Belgrad fernmündlich nicht zu erreichen war.


Georg Dr. Seidl
SS-Obersturmführer.

eingesendet: 8.6.1941, 8:25 h



Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark
-Umsiedlungstab-

Marburg, den 10. Juni 1941.

FERNSCHREIBEN!

Dringend! Sofort vorlegen!

An das
Reichssicherheitshauptamt, Referat IV B 4
z.H. SS-Stubaf. Eichmann o.V.i.A.
Berlin.

Betr.: Umsiedlung in der Untersteiermark.
Vorg.: laufend.

Am 10. Juni 1941 um 16.25 Uhr - Verspätung aus Verschulden der Reichsbahn - hat Transportzug Nr. 2 den Abgangsbahnhof Marburg-Hauptbahnhof in Richtung Arandjelovac verlassen. Fahrplanmäßige Ankunft in Arandjelovac am 12. Juni 1941 um 9.15 Uhr.

Transportstärke insgesamt 300, hievon 296 Slowenen, 3 Juden und 1 Zigeuner.

Der Transport ist begleitet von SS-Mascha Dr. Brückner von Kommandeur der Sipo u.d. SD in der Untersteiermark.

Transportführer ist Zugwachtmeister Braunh Gerhard, dem die namentliche Transportliste in einfacher Ausfertigung mitgegeben wurde.

Der Transport führt an Verpflegung mit:

700 kg Brot
600 Stück à 1/4 kg. Fleischkonserven
96 Dosen Kondensmilch
70 kg. Marmelade.

Es wird gebeten, Dienststelle SS-Staf. Dr. Fuhs, Belgrad vom Abgang des 2. Transportzuges zu unterrichten, da Belgrad bis nun noch nicht zu erreichen war.

Seidl
i. A. Dr. Seidl
SS-Obersturmführer.

*Abgegeben: 10.6.1941, 18.50.
Fernschreiber: Schüringer.*

Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei u.d. SD
in der Untersteiermark
-Umsiedlungsstat-

Marburg, den 13. Juni 1941.

Personenkreis !

Dritt. und! Dort verbleiben!

An das
Reichssicherheitshauptamt, Referat IV B 4
z.H. SS-Stubaf. E i c h m a n n o.V.i.A.
B e r l i n .

Betr.: Umsiedlung in der Untersteiermark
Vorg.: bekannt

Am 13. Juni 1941 um 17.20 Uhr hat Transportzug Nr. 3 den Abgangsbahnhof Marburg, Hauptbahnhof in Richtung Arandjelovac verlassen. Fehrlanmässige Ankunft in Arandjelovac am 15. Juni 1941 um 9.15 Uhr. Transportstärke insgesamt 300 Slovenen.

Transportführer ist Oberwachtmeister G r o i t l Kard, dem die namentliche Transportliste in einfacher Ausfertigung mitgegeben wurde.

Der Transport führt an Verpflegung mit:

600 kg Brot 50 kg Marmelade 50 Stück Kondenzmilch.

Die Evakuierten führen Dinar 70128.-- mit. Einzelne Reichsmarkbeträge konnten vom Reichskommissar nicht umgewechselt werden und gehen mit dem nächsten Transport unter Beifügung einer listenmässigen Erfassung an die aufnehmende Stelle in Serbien ab.

Für die ordnungsgemässe Durchschleussung kann von hier aus keine Gewähr übernommen werden, da einerseits Personalmangel herrscht, andererseits der Zoll trotz mehrfacher Anträge keine Beamten zur Durchsuchung abgestellt hat. Es kann mit grosser Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, dass Reichsmarkbeträge und Edelmetallgegenstände von den Evakuierten mitgeführt werden.

Seidl
gez. Dr. Seidl
SS - Obersturmführer.

Winkler
1941

J(UNSG) T37(317)
1079 J
Tx/4

Der Kommandeur der Sicherheitspolizei
und des SD in der Untersteiermark.

Umsiedlungsstab.

Marburg, den 17. Juni 1941.

Fernschreiben!

Dringend! Sofort vorlegen!

An das
Reichssicherheitshauptamt, Referat IV B 4
r. H. SS-Stubef. Eichmann o.V.i.A.

Berlin.

Betr.: Umsiedlung in der Untersteiermark.
Vorg.: bekannt.

Am 17. Juni 1941 um 16.25 Uhr hat Transportzug Nr. 4 den
Abgangsbahnhof Marburg in Richtung Arendjelovac verlassen. Fahr-
planmäßige Ankunft in Arendjelovac am 19. Juni 1941 um 9.15 Uhr.

Transportstärke insgesamt 300 Slovenen.

Transportführer ist Hauptwachtmeister Josef V a r p f ,
der die neuentliche Transportliste in einfacher Ausfertigung mit-
gegeben wurde.

Der Transport führt an Verpflegung mit:

600 kg Brot

80 " Marmelade

50 Dosen Kondensmilch

Es wird gebeten, Dienststelle SS-Staf. Br. Buchs vom Ab-
gang des 4. Transportzuges zu unterrichten.



[Signature]
gez. Fuhze

SS-Unterscharführer.

Fernschreiber

Marin 17.6.41.



Der Kommandeur der Sicherheitspolizei
und des Kripo in der Untersteiermark

Marburg, 19. Juni 1941

Fernschreiben!

An das
Reichssicherheitshauptamt IV B 4
z.Hd. SS-Stabf. Eichmann o.V.i.A.

Berlin

Betr.: Slowakenumsiedlung I. Welle

Vorg.: Fernmündliche Rücksprache zwischen SS-Sturmabführer
Günther und SS-Obersturmführer Dr. Seidl.

Die I. Welle wird sich wie folgt abwickeln:
Bis zum 1. Juli wöchentlich 2 Züge à 300, das
sind ^{noch} 3 Züge mit 900 Personen. Ab 1. Juli täglich 1 Zug mit
600 Personen, das sind 5 - 6 Züge mit 3000 - 3600 Personen.
Diese Züge werden ab Slawonisch-Brod in 2 Züge à 300 Personen
aufgeteilt. Demnach werden bis zum Ende der Welle I am
5. oder 6. Juli noch 8 - 9 Züge mit 3900 - 4500 Personen
abgeschoben.

Eine genauere Angabe über die mit Welle I
abzuschickende Personenanzahl kann zur Zeit nicht gegeben
werden. Im übrigen wird auf das Protokoll über die Besprechung
in Agram verwiesen.

gez. Lurker
SS-Standartenführer

P. d. R.

Dr. Seidl
SS-Obersturmführer

Abfertigung: 19.6.41., 17.31h.

Fernschreiber: *Marburger*

Der Kommandeur der Sicherheitspolizei
und des SD in der Untersteiermark.

Umsiedlungsestab.

Marburg, den 20. Juni 1941.

Fernschreiben!

Dringend! Sofort vorlegen!

An das
Reichssicherheitshauptamt, Referat IV B 4
a.H. SS-Stabsf. Eichmann o.V.d.L.

Berlin.

Betr.: Umsiedlung in der Untersteiermark.
Warc.: bekannt..

Am 20. Juni um 16.25 Uhr hat Transportzug Nr. 5 der
Abgangsbahnhof Marburg in Richtung Grandjevoce verlassen.
Bahnplankässige Ankunft in Grandjevoce am 22. Juni 1941
um 9.15 Uhr.

Transportstärke insgesamt 300 Personen; darunter
298 Slowenen, 1 Jude und 1 Zigeuner.

Transportführer ist Zugwachtmeister Christian Ro-
nacher, dem die namentliche Transportliste in einfa-
cher Ausfertigung mitgegeben wurde.

Der Transport führt an Verpflegung mit:

600 kg Brot

80 " Marmelade

50 Dosen Kondensmilch

Es wird gebeten, Dienststelle SS-Staf. Br. Fuchs
von Abgang des 5. Transportzuges zu unterrichten.

Nach Mitteilung des Reichsbahn-Betriebsamtes Marburg
geht ab nächsten Transport der Zug bereits um 15.32 Uhr ab.

Zur die Richtigkeit:

R. Reich
SS-Standartenführer.

gez. Lurker

SS-Standartenführer.

Ausgegeben: 12.01.1942
Fernschreiber Wabers

J C UNSG J Y I 8



Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark
- Umsiedlungstab -

Marburg, 23. Juni 1941

Fernschreiben!

Dringend! Sofort vorlegen!

An das

Reichssicherheitshauptamt IV B 4
z.H. SS-Stubaf. Eichmann o.V.i.A.

Berlin

Betr.: Evakuierung von Slowenen in der Untersteiermark
Vorg.: Zuletzt dortiges FS Nr. 95394 vom 18.6.41

Wie bereits fernmündlich mitgeteilt, wird
ab sofort die Untersuchung der Evakuierten unter Aufsicht
von Zollbeamten durchgeführt.

gez. Lurker

F. d. R.

SS-Obersturmführer



604/41 I. A. GEZ. GÜNTHER
SS-Stubaf.

J(UNSG) T 901

Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark
- Umsiedlungsstab -

Marburg, 23. Juni 1941

Fernschreiben!

nl. Rg. 23/6.41

Dringend! Sofort vorlegen!

An das

Reichssicherheitshauptamt IV B 4
z.H. SS-Stubaf. Eichmann o.V.i.

Berlin

Eing. 24. JUNI 1941

Erledigt

Betr.: Evakuierung von Slowenen in der Untersteiermark

Vorg.: Zuletzt dortiges FS Nr. 95394 vom 18.6.41

Wie bereits fernmündlich mitgeteilt, wird
ab sofort die Untersuchung der Evakuierten unter Aufsicht
von Zollbeamten durchgeführt.

gez. Lurker

F. d. R.

Seid
SS-Obersturmführer

Abb. v/1

901/1

11 40/6151

106
T 901

Der Kommandeur der Sicherheitspolizei
und des SD in der Untersteiermark

Umsiedlungstab.

Marburg, den 24. Juni 1941

Fernschreiben!

Dringend! Sofort vorlegen!

An das

Reichssicherheitshauptamt, Referat IV B 4
z.H. SS-Stabf. Eichmann o.V.i.A.

erl. Nr. 25/6.41

Berlin.

Petr.: Umsiedlung in der Untersteiermark.

Vorg.: bekannt

An 24. Juni um 16.07^h hat Transportzug Nr. 6 den
Abgangsbahnhof Marburg in Richtung Arandjelovac verlassen. Fahr-
planmäßige Ankunft in Arandjelovac am 26. Juni 41 um 9.15 Uhr.

Transportstärke insgesamt 300 Slowenen.

Transportführer ist Zugwachtmeister Ehrlich, ab
dem die namentliche Transportliste in einfacher Ausfertigung
mitgegeben wurde.

Der Transport führt an Verpflegung mit:

600 kg Brot

100 kg Bohnen.

Die Zuginsassen haben insgesamt Din. 100.000.-

mit.

Es wird gebeten, Dienststelle SS-Stabf. Dr.

Fuchs vom Abgang des 6. Transportzuges zu unterrichten.

~~XX~~

gez. Lurker

SS-Standartenführer

P. d. R.

SS-Obersturmführer

Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark

- Umsiedlungsstab -

Marburg, den 27. Juni 41

Fernschreiben!

pt. No. 27/6.41.

Dringend! Sofort vorlegen!

46

An das

Reichssicherheitshauptamt, Referat IV B 4
z.H. SS-Stubef. Eichmann o.V.i.A.

Berlin

Betr.: Umsiedlung in der Untersteiermark.

Vorg.: bekannt

Am 27. Juni 41, fahrplannässig um 15.32^h
hat Transportzug Nr.7 den Abgangsbahnhof Marburg in Richtung
Arandjelovac verlassen. Fahrplannässige Ankunft in Arandjelovac
am 29. Juni 41 um 9.15 Uhr.

Transportstärke 300 Slowenen. Den Transport
wurden ferner 37 Kroaten, für die eine gesonderte Transport-
liste aufgestellt wurde, beigegeben. Die Kroaten werden in
Agren ausgeladen.

Transportführer ist Hauptwachtmeister
S c h u s t a r, dem die namentlichen Transportlisten für
Slowenen und Kroaten in einfacher Ausfertigung mitgegeben wurden.

Der Transport führt an Verpflegung mit:

600 kg Brot

100 kg Bohnen.

Die Slowenen haben Dinar 97.233.-, die
Kroaten Dinar 13.978 mit.

Es wird gebeten, Dienststelle SS-Staf. Dr.
F u c h s vom Abgang des 7. Transportzuges zu unterrichten.

gez. L u r k e r
SS-Standartenführer

F. d. R.

gez. Führe

SS-Unterscharführer

1079

Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark

Umsiedlungsstab - Referat III

Marburg, 1. Juli 1941

Fernschreiben!nr. R. 79 - 107/44

Dringend! Sofort vorlegen!

An das

Reichssicherheitshauptamt, Referat IV B 4
z.H. SS-Stubaf. Eichmann o.V.i.A.

BerlinBetr.: Umsiedlung in der UntersteiermarkVorg.: bekannt

Am 1. Juli 1941 um 15.45^h hat Transportzug
Nr. 8 den Abgangsbahnhof Marburg in Richtung Užice und Požega
verlassen. Ankunft in Užice und Požega laut Fahrplan.

Transportstärke 588 Slowenen. Dem Transport
wurden ferner 20 Kroaten beigegeben, für die eine gesonderte
Transportliste ausgefertigt wurde.

Transportführer ist OW. H u b e r, dem die
namentlichen Transportlisten für Slowenen und Kroaten in ein-
facher Ausfertigung mitgegeben wurden.

Der Transport führt an Verpflegung mit:

1200 kg Brot

200 kg Bohnen.

Die Slowenen haben Dinar 201.201.50

" Kroaten " " 8.018.-- mit.

Es wird gebeten, die Dienststelle SS-Staf. Dr. F u c h s von
Abgang des 8. Transportzuges in Kenntnis zu setzen.



Geb. L u r k e r
Standartenführer.

P.A.R.

Geg. E. Fuhrer.

SS-Untersucherführer.

Der Transport
des Gefangenenstandes und des SS
in der Zeit...

Verordnungsbefehl - Befehl III

Karlsruhe, 2. Juli 1941

Fernschreiben!

Dringend! Sofort vorlegen!

An den

Reichsicherheitshauptamt, Befehl IV 2 4

S.H. SS-Stuf. Eichmann o.V. d. A.

Bezug:

Bezug: Umsiedlung in der Untersteiermark

Bezug: bekannt

Am 2. Juli 41 um 16.45 Uhr hat Transportzug
Nr. 9 den Abgangsbahnhof Karlsruhe in Richtung ~~Kaiserslautern~~ ^{Kaiserslautern}
verlassen. Ankunft in ~~Kaiserslautern~~ ^{Kaiserslautern} fahrplanmäßig.

Transportstärke 613 Slowenen. Der Transport
wurden ferner 14 Kroaten beigegeben, die in Agers ausgepackt
wurden und für die eine gesonderte Transportliste angefertigt
wurde.

Transportführer ist P a t z s c h k e, dem die
wesentliche Transportlisten für Slowenen und Kroaten in ein-
facher Ausfertigung mitgegeben wurden.

Der Transport führt an Verpflegung mit:

1200 kg Brot

200 kg Pohnen

Die Slowenen haben Diner 188.436,-

Die Kroaten " " 2.740,- mit.

Es wird gebeten, die Dienststelle SS-Staf. Dr. P a t z s c h k e von
Abgang des 9. Transportzuges zu unterrichten.

Gez. L u r b e r

SS-Standartenführer.

V.d.R.

Gez. E. Pulze

SS-Unterscharführer.

Handgepflegt: 2.7.1941, 20-00h
Fernschreiber Proj.

Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark

Umsiedlungstab - Referat III

Marburg, 3. Juli 1941

Fernschreiben!

Dringend! Sofort vorlegen!

An das

Reichssicherheitshauptamt, Referat IV B 4
z.H. SS-Stabf. Eichmann o.V.i.A.

Berlin

Kurfürstenstr. 116

Betr.: Umsiedlung in der Untersteiermark.

Vorg.: bekannt

Am 3. Juli 41 um 16.25 Uhr hat Transport-
zug Nr.10 den Abgangsbahnhof Marburg in Richtung Gruga
verlassen. Ankunft in Gruga fahrplannässig.

Transportstärke 476 Slowenen.

Transportführer ist Wachtmeister Gruber,
dem die namentliche Transportliste in einfacher Ausfertigung
mitgegeben wurde.

Der Transport führt an Verpflegung mit:

1200 kg Brot

200 kg Bohnen.

Die Slowenen haben Dinar 165.195.- mit.

Es wird gebeten, die Dienststelle SS-Staf. Dr. Fuchs
von Abgang des 10. Transportzuges zu unterrichten.

gez. Lurker
Standartenführer

P. d. R.

gez. E. Fehze

SS-Unterscharführer



Abgegeben am 3.7.41, 20.50 Uhr

Fernschreiber Link.

Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark

Verordnungsstab - Referat III

Marburg, 4. Juli 1941

Fernschreiben!

H. W. 4/2

Dringend! Sofort vorlegen!

An den

Reichssicherheitskommando, Referat IV B 4
v. H. SS-Stab. *Wichmann*

Befehl

Kunfurstenstr. 116

Text: Umsiedlung in der der Untersteiermark

Vorg: bekannt

Am 4. Juli 41 um 15.50 Uhr hat Transportzug
Nr. 11 den Abgangsbahnhof Marburg in Richtung Mladonovac
Kraljina verlassen. Ankunft in Kraljina und Mladonovac
geplanmäßig.

Transportstärke 570 Slowenen.

Transportführer Hauptwachmeister Patocka
den die wesentliche Transportliste in einfacher Ausfertigung
mitgegeben wurde.

Der Transport führt an Verpflegung mit:

1800 kg Brot

200 kg Bohren.

Die Slowenen haben Biron 121.335,- mit.
Es wird gebeten, die Dienststelle SS-Stab. Dr. *Wichmann*
vom Abgang des 11 Transportzuges zu unterrichten.



Gez. *Lurker*
Standartenführer

F. d. R.

Wichmann
SS-Unterscharführer

SS-Unterscharführer

Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark

Umsiedlungsamt - Referat III

Reichenburg, 5. Juli 41

P e r n s c h r e i b e n !

Dringend! Sofort vorlegen!

An den

Reichssicherheitshauptamt, Referat IV B 4
z.H. SS-Stabst. E i c h m a n n o.V.i.A.

B e r l i n

Kurfürstenstr. 116

Betr.: Umsiedlungen in der Untersteiermark.
Vorg.: bekannt

Am 5. Juli 41 um 21.35 Uhr hat Transportzug
Nr. 12 Reichenburg in Richtung Trotnjak verlassen.

Transportstärke 454 Slowenen, darunter
217 Weibliche, für die eine gesonderte Transportliste
ausgefertigt wurde.

Transportführer ist Oberwachmeister KÜhner.

Der Transport führt an Verpflegung mit:
350 kg Brot.

Die Slowenen haben 167.386.- Dinare mit.

Es wird gebeten, die Dienststelle SS-Stabst. Dr. F u c h s
von Abgang des 12. Transportzuges zu unterrichten.

gez. L u r k e r
SS-Standartenführer

F. d. R.

gez. L u k e

SS-Unterscharführer

Der Kommandeur der Sicherheitspolizei
und des SD in der Untersteiermark.

1079

Aufanglager- Referat III

in 154

11.7.41

20.45
gültig!

Marburg, am 11. Juli 1941.

Fernschreiben !

Dringend !

Sofort vorlegen !

An das
Reichssicherheitshauptamt, Referat IV B 4
z.H. SS-Stubaf. E i c h m a n n

B e r l i n

Kurfürstenstrasse 116

Btr.: Umsiedlung in der Untersteiermark.

Am 11. Juli 1941 um 16 Uhr hat Transportzug Nr. 13
den Abgangsbahnhof Marburg in Richtung Slavenska-Požega
verlassen. Ankunft in Sl.-Požega am 12. Juli um 6.21 Uhr.

Transportstärke 500 Personen darunter 16 Kroaten.
Dem Transportführer wurde die namentliche Transportliste
in zweifacher Ausfertigung mitgegeben.

Der Transport führt an Verpflegung 1000 kg Brot mit.

Die Slowenen haben Dinar 150.566.-

Die Kroaten haben " 3.540.- mit.

Es wird gebeten, die Dienststelle SS-Staf. Dr. F u c h s
vom Abgang des 13. Transportzuges zu unterrichten.

F.d. R.



Gez. L u r k e r
SS- Standartenführer.

Gez. E. Fuchs
SS-Unterscharführer.

Der Kommandeur der Sicherheitspolizei
und des SD in der Untersteiermark
-Umsiedlungsstab-
Ref.III.

Marburg, d. 12. Juli 1941

Fernschreiben!

Dringend! Sofort vorlegen!

An das

Reichssicherheitshauptamt, Referat IV B 4
z.H.SS-Stubef. Eichmann c.V.i.A.

Berlin.

Kurfürstenstr. 116.

Petr.: Umsiedlung in der Untersteiermark.

Am 12. Juli 1941 ~~xxx~~ um 16 Uhr hat Transportzug Nr. 14.
Marburg in Richtung Slavensko-Pozega verlassen.

Transportstärke 500 Slovenen.

Transportführer ist C.W. Strasser, dem die namentliche Transportliste
in zweifacher Ausfertigung mitgegeben wurde.

Der Transport führt an Verpflegung 1000 kg. Brot mit.

Die Slovenen haben Dinar 190.454.- mit.

Es wird gebeten, die Dienststelle SS-Staf. Dr. Fuchs vom Abgang des 14.
Transportzuges zu unterrichten.

gez. Lurker.
SS-Standartenführer.

F.d.R.

gez. E. Puhse.

SS-Unterscharführer.

Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark

Umsiedlungsgesch - Referat III

Marburg, 14. Juli 1941

Fernschreiben!

Dringend! Sofort vorlegen!

Mr. 182 Brh. 14.7.41

An den

Reichssicherheitshauptamt, Referat IV B 4
z.H. SS-Stubaf. E i c h m a n n o.V.i.A.

B e r l i n

Kurfürstenstr. 116

Betr.: Umsiedlung in der Untersteiermark.

Vorg.: bekannt

Am 14. Juli 1941 um 16.45 Uhr hat Transportzug Nr. 16 Marburg in Richtung Slavonske Bistrica verlassen. Transportstärke 420 Slowenen, darunter 26 Geistliche.

Dem Transportführer ist die notwendige Transportliste in zweifacher Ausfertigung mitgegeben worden.

Der Transport führt an Vorrat mit: 500 kg Brot.

Die Slowenen haben 125.100.-Dinar mit. Es wird gebeten, die Dienststelle SS-Stab. Dr. Fuchs von Abgang des 16. Transportzuges zu unterrichten.



gez. L u r k e r
SS-Standortsführer

B. A. B.

gez. Fuchs

SS-Untersuchungsführer

Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark

Untersiedlungstab - Referat III

Marburg, 15. Juli 41

Fernschreiben!

Dringend! Sofort vorlegen!

*Nr. 190 g.H. 15.7.41
Lutz.*

An das

Reichssicherheitshauptamt, Referat IV B 4
z.H. SS-Stubaf. Eichmann o.V.d.A.

Berlin.

Murfürstenstr. 116.

Betr.: Umsiedlung in der Untersteiermark.

Am 15. Juli 1941 um 16. Uhr hat Transportzug Nr. 17.
Marburg in Richtung Slavonsko-Požega verlassen.

Transportstärke 476 Slovenen.

Dem Transportführer wurde die namentliche Transportliste
in zweifacher Ausfertigung mitgegeben.

Der Transport führt an Verpflegung 500 kg. Brot mit.

Die Slovenen haben Binar 161.167.- mit.

Es wird gebeten, die Dienststelle SS-Staf. Dr. Fuchs vom
Abgang des 17. Transportzuges zu unterrichten.



Gen. Lurker.
SS-Standartenführer.

V.d.R.

Gen. F. Fuchs.

SS-Unterscharführer.

Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark
Umsiedlungsstab - Referat III

Marburg, 16. Juli 1941

Pernschreiben!

Nr. 198 d. 16. 7. 41

Dringend! Sofort vorlegen!

Lc

An das

Reichssicherheitshauptamt, Referat IV B 4
o.H. SS-Stabf. E i c h m a n n o.V.i.A.

B e r l i n

Kurfürstenstr. 116

Betr.: Umsiedlung in der Untersteiermark

An 16. Juli 1941 um 16 Uhr hat Transportzug
Nr. 18 mit 528 Slowenen Marburg in Richtung Slovenska
Poljca verlassen.

Dem Transportführer, Zugwachtmeister S c h u r t z
wurde die namentliche Transportliste in zweifacher
Ausfertigung mitgegeben.

An Verpflegung führt der Zug 1000 kg Brot mit.

Die Slowenen haben Dinar 186.456.- mit.

Es wird gebeten die Dienststelle SS-Stabf. Dr. Wachs
von Abgang des 18. Transportzuges zu unterrichten.

gez. L u x h e r
SS-Standartenführer

F. d. R.

gez. Fuße

SS-Unterscharführer



Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark

Umsiedlungsstab - Referat III

Marburg, 17. Juli 1941

Fernschreiben!

Dringend! Sofort vorlegen!

Nr. 212
Jrb. 17.7.41 Lmg.

An das

Reichssicherheitshauptamt, Referat IV B 4
z.H. SS-Stubaf. E i c h m a n n o.V.i.A.

B e r l i n

Kurfürstenstr. 116

Betr.: Umsiedlung in der Untersteiermark.

Am 17. Juli 1941 um 15.32 Uhr hat Transportzug Nr. 19 mit 541 Slowenen Marburg in Richtung Slavenska Požega verlassen.

Dem Transportführer wurde die namentliche Transportliste in zweifacher Ausfertigung mitgegeben.

An Verpflegung führt der Zug 1000 kg Brot mit.

Die Slowenen haben Dinar 198.494.- mit.
Es wird gebeten, die Dienststelle SS-Staf. Dr. Fuchs vom Abgang des 19. Transportzuges zu unterrichten.

gez. L u r k e r
SS-Standartenführer

P. d. R.

Gez. E. Fuhze
SS-Unterscharführer



Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei und d. 3. SD
in der Untersteiermark

Umsiedlungsstab - Referat III

Marburg, 13.7.1941

Fernschreiben. Nr. 221

Dringend! Sofort vorlegen!

fol. 18.7.41
Lutz

An das

Reichssicherheitshauptamt, Referat IV B 4
z.H. SS-Stubaf. Eichmann o.V.i.A.

Berlin
Kurfürstenstr. 116

Betr.: Umsiedlung in der Untersteiermark.

Am 18.7.1941 um 16.20 Uhr hat Transportzug Nr. 20
Marburg in Richtung Slavenska Požega verlassen.

Transportstärke 442 Slowenen, darunter 1 Geistlicher und 28 Karmeliterinnen.

Dem Transportführer wurde die namentliche
Transportliste in zweifacher Ausfertigung mitgegeben.

Der Transport führt an Verpflegung 1000 kg
Brot mit.

Die Slowenen haben Dinar 151.433.- mit.
Es wird gebeten, die Dienststelle SS-Staf.Dr. Fuchs vom
Abgang des 20. Transportzuges zu unterrichten.

gez. Lurker
SS-Standartenführer

P. d. R.

226
gez. E. Lutz
SS-Unterscharführer



Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark

Umsiedlungsstab - Referat III

Marburg, 19. Juli 1941

Fernschreiben!

Dringend! Sofort vorlegen!

Nr. 226. Grl.

19.7.41 Lr.

An das

Reichssicherheitshauptamt, Referat IV B 4
z.H. SS-Stubaf. E i c h m a n n o.V.i.A.

B e r l i n

Kurfürstenstr. 116

Am 19. Juli 1941 um 19.30 Uhr hat Transport-
zug Nr. 21 Marburg in Richtung Slavonska Požega verlassen.
Transportstärke 461 Slowenen, darunter
6 Pfarrer und 1 Nonne.

Dem Transportführer wurde die namentliche
Transportliste in zweifacher Ausfertigung mitgegeben.

Der Transport führt an Verpflegung 1000 kg
Brot mit.

Die Slowenen haben Dinar 170.397.- mit.
Es wird gebeten, die Dienststelle SS-Staf. Dr. Fuchs vom
Abgang des 21. Transportzuges zu unterrichten.

gez. L u r k e r
SS-Standartenführer

F. d. R.

gez. E. Kuhze
SS-Unterscharführer



J(21NSG) 737(317)

1079.

Der Kommandeur der Sicherheitspolizei
und des SD in der Untersteiermark

-Untersuchungsstab-
Ref.III.

Karburg, den 20. Juli 1941.

Fernschreiben!

Nr. 227 d. 20.7.41
d. 20.7.41

Dringend! Sofort vorlegen!

An das

Reichssicherheitshauptamt, Referat IV B 4
z.N.SS-Stubaf. E i c h m a n n o.V.i.A.

B e r l i n .

Kurfürstenstr. 116.

Am 20. Juli 1941 um 16.10 Uhr hat Transportzug
Nr. 22 Karburg in Richtung Slavonska Požega verlassen.

Transportstärke 498 Slowenen.

Dem Transportführer wurde die namentliche Transportliste
in zweifacher Ausfertigung mitgegeben.

Der Transport führt an Verpflegung 500 kg Brot
und 200 kg Bohnen mit.

Die Slowenen haben Dinar 155.500.- mit.

gez. L u r k e r .
SS-Standartenführer.

P.d.R.

gez. F. Kuhze.

SS-Unterscharführer.

J(21056) 137(317) 3
1079
Der Kommandeur der Sicherheitspolizei
und des SD in der Untersteiermark

-Umsiedlungsstab-
Ref.III.

Marburg, d. 21. Juli 1941.

Fernschreiben!

Dringend! Sofort vorlegen!

An das
Reichssicherheitshauptamt IV B 4
z.H. SS-Stubaf. E i c h m a n n o. V. i. A.
B e r l i n.
Kurfürstenstr. 116.

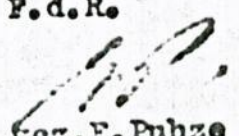
Betr.: Umsiedlung in der Untersteiermark.

An 21. Juli 1941 um 17 Uhr hat Transportzug
Nr. 23 mit 388 Slovenen Marburg in Richtung Slavenska
Požega verlassen.

Dem Transportführer wurde die namentliche
Transportliste in zweifacher Ausfertigung mitgegeben.
An Verpflegung führt der Zug 600 kg. Brot mit.
Die Slovenen haben Dinar 133.775.- mit.

gez. L u r k e r
SS-Standartenführer.

F. d. R.


gez. E. Fuhze

SS-Unterscharführer.

Der Kommandeur
der Sicherheitsabteilung und des SD
in der Untersteiermark

Umsiedlungsstab - Referat IV

Marburg, 23. Juli 1941

F o r s c h r e i b e n !

Dringend! Sofort vorlegen!

An das

Reichssicherheitshauptamt, Referat IV B 4
a.H. SS-Stabsf. Eichmann o.V.i.A.

B e r l i n

Kurfürstenstr. 116

Betr.: Umsiedlung in der Untersteiermark.

An 23. Juli 1941 um 16 Uhr hat Transportzug
Nr. 24 mit 471 Slowenen Marburg in Richtung Slavonaka
losgelassen.

Dem Transportführer wurde die namentliche
Transportliste in sechsfacher Ausfertigung mitgegeben.

An Verpflegung führt der Zug 1000 kg Brot mit.
Die Slowenen haben Bähr 156.367.- mit.

en. L u r k e r
SS-Standartenführer

F. d. R.

Dr. Seidl

SS-Obersturmführer

Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark

Umsiedlungstab - Referat III

Marburg, 26. Juli 1941

Fernschreiben! 283-26/7-41 wr. 117
Dringend! Sofort vorlegen!

An das

Reichssicherheitshauptamt, Referat IV B 4
z.H. SS-Stabaf. E i c h m a n n o.V.i.A.

B e r l i n S. 62
Kurfürstenstrasse 116

Betr.: Umsiedlung in der Untersteiermark.

Am 26. Juli um 16.25 Uhr hat Transportzug
Nr. 26 mit 329 Slowenen Marburg in Richtung Slav. Požega
verlassen.

Dem Transportführer wurde die namentliche
Transportliste in zweifacher Ausfertigung mitgegeben.

An Verpflegung führt der Zug 700 kg

Brot mit.

Die Slowenen haben Dinar 115.396.- mit.

gez. L u r k e r
SS-Standartenführer

F. d. R.

L. Seid
SS-Opersturnführer

Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark

Umsiedlungsstab - Referat III

Reichenburg, 6. 8. 1941

F e r n s c h r e i b e n !

Dringend ! Sofort vorlegen !

An das

Reichssicherheitshauptamt, Referat IV B 4
u. a. SS-Stabf. E i c h m a n n o. V. i. A.

B e r l i n

Kurfürstenstr. 116

Betr.: Umsiedlung in der Untersteiermark.

Am 6. August 41 um 21.30 Uhr hat Transportzug Nr. 27 mit 532 Slowenen Reichenburg in Richtung Slavenska Jogega verlassen.

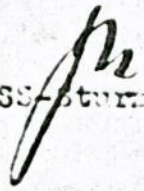
Dem Transportführer wurde die namentliche Transportliste in zweifacher Ausfertigung mitgegeben.

An Verpflegung führt der Zug 250 kg Brot mit.

Die Slowenen haben Dinar 193.732.- mit.

ges. L u r k e r
SS-Standartenführer

F. d. R.


SS-Sturmabführer

T

Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark
Umsiedlungstab - Referat III.

UNSG Y I 30
Marburg, den 13. August 1941.

71
Fernschreiben

An das
Reichssicherheitshauptamt IV B 4
S.E.SS-Stabf. Eichmann o.V.i.A.
Berlin.

Betr.: Verständigungsmöglichkeit mit Lager Reichenburg.
Vorg.: bekannt.

Lager Reichenburg ist nur fernmündlich unter "Reichenburg Nr. 3"
zu erreichen. PS- und PT-Verbindung unmöglich. PS wie bisher
über Marburg, von wo sie fernmündlich nach Reichenburg durch-
gegeben werden.

I.A.

8
gez. Dr. Spidl
SS-Obersturmführer.

Der Kommandeur der Sipo und des SD
in der Untersteiermark
Umsiedlungsstab. Referat III.

Reichenburg, d. 29.8.41.



Fernschreiben!

An das
Reichssicherheitshauptamt IV B 4
z. H. SS-Stubaf. Eichmann o. V. i. A.
Berlin.
Kurfürstenstr. 116.

Betr.: Evakuierung von Slovenen.
Vorg.: Dort. FS v. 27.8.41.

Für die beiden letzten Transporte wurden am 22.8.41
an Lebensmitteln 450 kg. Brot mitgegeben.

gez. L u r k e r .
SS-Standartenführer.

P. d. R.

gez. E. Puhze.
SS-Uscha.

Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark

Umsiedlungsstab - Referat III.

Reichenburg, 11.9.41.

Fernschreiben.

Dringend! Sofort vorlesen!

An das

Reichssicherheitshauptamt, Ref.IV B 4
Z.N. SS-Stubaf. Eichmann o.V.i.A.

Berlin.
Kurfürstenstr.116.

Betr.: Umsiedlung in der Untersteiermark.

Am 11.September 1941 um 20.00 Uhr hat Transportzug Nr.20
mit 500 Slowenen Reichenburg in Richtung Slavonska Požega
verlassen.

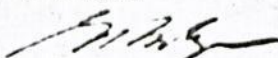
Dem Transportführer wurde die namentliche Transportliste in
zweifacher Ausfertigung mitgegeben.

An Verpflegung führt der Zug 500 kg.Brot mit.

Die Slowenen haben Kuna 190.684.- mit.

gez. L u r k e r
SS-Standartenführer.

F.d.R.


SS-Uscha-

Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark
Umsiedlungsstab - Referat III

Reichenburg, den 12. Sept. 1941.

Fernschreiben!

Dringend! Sofort vorlegen!

An das

Reichssicherheitshauptamt
Referat IV B 4
z.H. SS-Stubaf. Eichmann o.V.i.A.

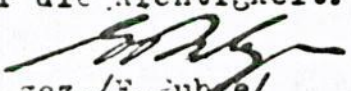
Extr. Berlin
Kurfürstenstrasse 116.

Betr.: Umsiedlung in der Untersteiermark.

Am 12.9.1941 um 20,15 Uhr hat Transportzug Nr.30
Reichenburg mit 621 Slovenen in Richtung Slav. Požega
verlassen. Dem Transportführer wurden die namentlichen
Transportlisten in zweifacher Ausführung mitgegeben.
An Verpflegung wurden 620 kg Brot mitgegeben.
Die Slovenen haben Kuna 221.794.-- mit.

gez. L u r k e r
SS-Standartenführer.

Für die Richtigkeit:


gez./E. Fuhze/
SS-Unterscharführer.

er Kommandeur der Sicherheitspolizei
in der Untersteiermark
Umsiedlungswesen - Referat III

J(UNSG) 737 (317)

1079

3

Reichenburg, d. 25.9.41.

B e r n s c h r e i b e n !

Dringend! Sofort vorlesen!

In das

Reichssicherheitshauptamt
Referat IV B 4

z.H.H.-Stubaf. Dickmann o.V.i.d.

B e r l i n .
Kurfürstenstr. 116.

Betr.: Umsiedlung in der Untersteiermark.

Am 25. Septbr. 1941 um 21.15 Uhr hat Transportzug Nr. 31
mit 500 Slowenen Reichenburg in Richtung Slavonska Ložega
verlassen.

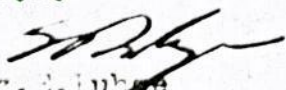
Dem Transportführer wurde die namentliche Transportliste
in zweifacher Ausfertigung mitgegeben.

Der Zug führt an Verpflegung ¹⁰⁰⁰ 550 kg. Brot mit.

Die Slowenen haben Kuna 175.832.- mit.

gez. L u r k e r
SS-Standartenführer.

F.d.R.


gez. E. Lühse

SS-Unterscharführer-

20 2

Landespolizei
und des SS

in der Untersteiermark
Stabsab - Referat III

Reichenburg, d. 27.9.41.

Sicherheitsbehörden!

Dringend! Sofort vorlegen!

An das
Reichssicherheitshauptamt
Referat IV B 4
a.H.SS-Stabab. Eichmann o.V.i.A.

Berlin.

Kurfürstendamm 116.

Betr.: Umsiedlung in der Untersteiermark.

Am 27. Septbr. 1941 um 20 Uhr hat Transportzug Nr. 33
mit 375 Slovenen Reichenburg in Richtung Slavonska Požega
verlassen.

Dem Transportführer wurde die namentliche Transportliste
in zweifacher Ausfertigung mitgegeben.

Der Zug führt an Verpflegung 400 kg. Brot mit.

Die Slovenen haben Kuna 86.065.- mit.

gez. Lurker
SS-Standartenführer.

P.d.B.

gez. F. Lühse

SS-Unterscharführer.

83

k

$$\underline{604 \mid 41}$$

Abschrift.

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

IV B 4

604/41

Berlin, den 20.VIII.1941

Vertraulich !

Betrifft: Übersiedlung von nach Kroatien ausgesiedelten
Slowenen nach Italien.

Nach einer hier vorliegenden Mitteilung mehrten sich die Fälle, in denen Italien die Übersiedlung von aus der Untersteiermark nach Kroatien umgesiedelten slowenischen Familien nach dem von Italien besetzten Gebiet fordert, mit der Begründung, dass sich die Familienoberhäupter in Italien befinden und dort heimatberechtigt seien. Es handelt sich bei diesen Familienoberhäuptern meist um vor der Umsiedlung aus der Untersteiermark nach dem von Italien besetzten Gebiet geflohenen Personen.

Wenn auch bisher die kroatischen Stellen solche Übersiedlungen nicht gestattet haben, so ist jedoch zu erwarten, dass sie auf die Dauer dem Druck der italienischen Behörden nachgeben werden.

In diesem Zusammenhang kann ich anführen, dass die zur Zeit in Südkärnten und Krain vorkommenden Sabotageversuche von Kommunisten ihren Ursprung in Laibach haben, und dass allein aus diesem Grunde eine Zuwanderung von ausgesiedelten Slowenen in das von Italien besetzte Gebiet unerwünscht ist.

Ich darf bitten, das nach dortigen Ermessen geeignet Erscheinende in dieser Angelegenheit zu veranlassen, und wäre für eine kurze Mitteilung dankbar.

Im Auftrag:

gez. Eichmann

An das Auswärtige Amt.

H296664

DV 5800-41

83 l

675 / 41

AA Jul. II A 26/4

Berlin, den 16. Juni 1941 (Fck)

zu D III 2491

1. An

das Reichssicherheits-
hauptamt

Ref.: Ges. Luther
LR Rademacher.

Das Auswärtige Amt steht auf dem
Standpunkt, daß Juden ausländischer
Staatsangehörigkeit wie inländische Ju-
den zu behandeln sind mit Ausnahme der
vermögensrechtlichen Angelegenheiten,
wo Repressalien zu erwarten sind.

Ich bitte jedoch, vor der Ergrei-
fung von irgendwelchen Maßnahmen gegen
Juden ausländischer Staatsangehörigkeit
in jedem Einzelfall vorher das Auswärtige
Amt zu unterrichten und dessen Stellung-
nahme einzuholen.

2. g. 16.....

K208095

23. 6. 41

17. 6.

**Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**Berlin SW 11, den
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 1200-40

2. Juli 1941

B 4 b 675/41 - 2 -

Vorwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

5698

An das

Auswärtige Amt

in Berlin W 8,
Wilhelm-Straße 74/76.

Betrifft: Den Juden und USA-Angehörigen
Friedrich H a r p m a n n ,
wohnhaft in Prag XII, Mährische Gasse 29.

Bezug: Dort. Schreiben vom 10.6.1941
- D III 2491 -

Es ist beabsichtigt, den Juden
H a r p m a n n , der die USA-Staatsangehö-
rigkeit besitzt, zum Arbeitseinsatz zu brin-
gen. Harpmann wendet sich hier gegen, indem
er sich auf sein Recht als Ausländer bezieht.

Unter Bezugnahme auf das dortige
Schreiben vom 11.6.1941 - (Z. VII-1933/41 -
gebe ich hiervon Kenntnis und bitte um Stel-
lungnahme.

Im Auftrage:

gez. E i c h m a n n

Beglaubigt:

W. Eichmann
Kanzleiangestellte

K208099



44 Mel u A 26/4

gn D III 3690

Berlin, den 1. Juli 1941

An

an Chef des Bürgeramts.

Polizei und das IV

Ordnung des Polizeibereichs

2. Juli 1941 - IV B

46 - 68 75, 41 - 2,

Lib. des auswärtigen

Staatsangehörigen, jüdischen

Einwanderungsgewandern

in Prag

K208100

38

Von hier hat keine
Bewertung dagegen zu
geben, daß der
jüdische Gewandern
zum Arbeitsersatz
gebraucht wird.

F. O.

Dr. J. P. Pratschke

Wohnort:

bei Pol. IX

Dr. J. P.

Dr. J. P.

Dr. A.

iden!

Tag 9.7

AA mel II A 26/4

Besten, den 19. Juli 1841. zu L III 5690
i. Am

T. Owen

den 1. d. des Monats
Zirkularisiert und ist der
Auftrag der Verwaltung vom
2. Juli 1941 - DB 46
Nr. 64541-2,
betreffend Veranlagung der
Juden gegenwärtig
zum Arbeitsdienst

Prof: F.B. Putnam
Nov 21/97:

bei Kal. IX 14/7

11 03/15

J. G. 14.

2. g. v. M.

Fall die Beförderung der
Massen in den
von Amerika von der
Verfassung der Verfa-
fassung der Verfassung
nicht aufzuheben, nicht
mit aufzuheben
Gegenmaßnahmen
in der Verfassung
Verfassung von Amerika
die Verfassung. Die Ver-
fassung auf Regierung

Steger

K208101

sitzen wir im
 Finckel auf die
 150 000 Reichth-
 um in U. P. K., die
 uns mit einer geringen
 Anzahl von Bürgern
 der Vereinigten Staaten
 von Amerika in
 Mithilfe zu gewähren
 ist, am besten zu
 geben.

Es ist uns von Ihnen
 die Führung des Lebens-
 Gangs zum
 Wohlstand ab-
 gegeben.

F. C.

K208102

13.

- 0 - 2 - 6550 -

BA Nr 19 del / 1524

Reichssicherheitshauptamt

IVB 4 b - 675/41

Berlin, den 4. August 1941

Der Höhere SS- und Polizeiführer		
15. AUG. 1941		
		939/41

In

alle Staatspolizei(leit)stellen
die Inspekture der Sicherheitspolizei und des SD
den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
in Prag

Nachrichtlich den Höheren SS- und Polizeiführern.

Betrifft: Behandlung der Juden ausländischer
Staatsangehörigkeit.

Bezug: Ohne.

Die Frage, wie die in Deutschland ansässigen Juden ausländischer Staatsangehörigkeit hinsichtlich der für die deutschen bzw. staatenlosen Juden erlassenen sicherheitspolizeilichen Bestimmungen zu behandeln sind, hat namentlich in letzter Zeit vielfach zu Rückfragen Anlass gegeben. Nach Auffassung des Auswärtigen Amtes bestehen in aussenpolitischer Hinsicht keine Bedenken, die Juden ausländischer Staatsangehörigkeit ~~hunmehr~~ wie die Juden mit deutscher Staatsangehörigkeit bzw. die staatenlosen Juden zu behandeln. Um jedoch Repressalien vorzubeugen, bittet das Auswärtige Amt, Fragen vermögensrechtlicher Art hiervon auszunehmen.

Unbeschadet dieses Grundsatzes sind jedoch Massnahmen gegen Juden von besonderer Bedeutung in jedem Falle von meiner vorherigen Zustimmung abhängig zu machen. Die mir hierzu vorzulegenden Berichte sind möglichst ausführlich zu gestalten.

./.

BA Ns 19 22/1524

Indem ich hiervon Kenntnis gebe, weise ich jedoch zur Behebung von Zweifeln darauf hin, dass sich diese Anordnung ausschliesslich auf die Durchführung sicherheitspolizeilicher Massnahmen beschränkt. Soweit für die Juden ausländischer Staatsangehörigkeit in Gesetzen, Verordnungen und sonstigen Bestimmungen eine unterschiedliche Behandlung vorgesehen ist, hat es zunächst dabei zu verbleiben.

In Vertretung:

gez.: M ü l l e r



Beglaubigt:

Kepfer

Kanzleiangestellte

Reichsvereinigung der Juden in Deutschland

Berlin-Charlottenburg 2, Kantstraße 158

Jüdische Kultusvereinigung
Synagogengemeinde Breslau E. V.

(Stempel der Verteilungsstelle)

9550

RUNDSCHREIBEN

an die

Jüdischen Kultusvereinigungen

Bezirksstellen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland

zur Weitergabe an den in Betracht kommenden Personenkreis.

(Siehe umseitig V)

Betrifft: Verfügungsbeschränkungen über das bewegliche Vermögen für Juden

Im Zusammenhang mit der Tatsache, daß in der letzten Zeit ohne allgemeine Veranlassung in beträchtlichem Umfang ein Besitzwechsel von Vermögenswerten, insbesondere auch von bewirtschafteten Gegenständen, die bisher Juden gehörten, festgestellt worden ist, wurde seitens der Aufsichtsbehörde zur Vermeidung von Störungen einer geordneten Marktregelung folgende Anordnung getroffen, die wir nachstehend bekannt zu geben haben.

I. Allgemeines Verfügungsverbot

1. Juden (vgl. II) ist es grundsätzlich verboten, über ihr bewegliches Vermögen zu verfügen.
2. Eine Verfügung über Vermögenswerte ist von einer behördlichen Erlaubnis abhängig, die nur in besonders begründeten Fällen erteilt wird.
3. Ohne behördliche Erlaubnis vorgenommene Verfügungen sind nichtig; ein gutgläubiger Erwerb ist in solchen Fällen ausgeschlossen.

II. Umfang des Verfügungsverbots

4. Verboten sind grundsätzlich sämtliche Verfügungen (vor allem Veräußerung, Verpfändung, Verschenkung, Verwahrung bei Dritten) über die im Eigentum oder im Besitz von Juden befindlichen beweglichen Vermögenswerte, wie z. B. über Möbel, sonstige Einrichtungsgegenstände und Hausgerät.
5. Dem Verbot unterliegen auch Verfügungen über sämtliche Forderungen und Rechte sowie über Wertpapiere (vgl. 7b), ferner über Konten (vgl. 7c) bei Banken, Sparkassen, anderen Kreditinstituten und Postscheckkassen, die mit Formblatt (vgl. 13) anzuzeigen sind.
6. Die von dem Verfügungsverbot betroffenen Gegenstände dürfen nicht in ihrem Wert vermindert und nicht aus der Wohnung verbracht werden; ihre Benutzung im Rahmen einer ordnungsmäßigen Haushaltsführung ist gestattet.

III. Ausnahmen

7. Von diesem Verfügungsverbot sind ausgenommen:
 - a) Vermögenswerte, die unter der Verwaltung von amtlich eingesetzten Treuhändern oder dergl. stehen bzw. von amtswegen beschlagnahmt sind.

b) Verfügungen über Wertpapiere,

sofern in dem Auftrag an die depotführende Bank die Anweisung enthalten ist, daß der Gegenwert auf ein Bankkonto überwiesen wird, oder

sofern es sich um die Anbieten von Aktien und Kuxen an die Preußische Staatsbank (Verfügung des Herrn Reichswirtschaftsministers III WOS 8/20348 41) bzw. den Umtausch in 3 1/2 % Deutsche Reichsschatzanweisungen handelt und wenn deren Gegenwert einer Bank überwiesen wird.

c) Verfügungen im Rahmen erteilter behördlicher Genehmigungen, insbesondere auch im Rahmen der monatlichen Freigrenzen bei beschränkt verfügbaren Sicherungskonten im Sinne des § 59 DevG.

d) Verfügungen

über in bar ausgezahltes Reineinkommen, sofern außerdem keine Verfügungen über nichtgesicherte Konten erfolgen,

über Konten, wenn kein Sicherungskonto (vgl. 7c) besteht, bis zur Höhe von monatlich insgesamt RM 150,—,

sodann zur Bezahlung oder Sicherstellung von Steuern, Gebühren und anderen Abgaben an öffentliche Kassen, ferner

von Beiträgen, Leistungsentgelten und Spenden an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, deren Bezirksstellen und an die Jüdischen Kultusvereinigungen, sowie

84-48

72

von Rechnungen zugelassener jüdischer Konsulenten, Kranken- und Zahnbehandler, sofern der Rechnungsbetrag in diesen Fällen auf ein Bankkonto überwiesen wird, weiterhin

von Rechnungen für ärztlich verschriebene Arzneimittel, außerdem von Versicherungsprämien,

- e) Die Mitnahme von zugelassenen Ausrüstungsgegenständen bei Evakuierungstransporten,
 - f) Spenden von Spinnstoffwaren und Schuhwerk an die Kleiderkammern der Reichsvereinigung, ihrer Bezirksstellen und der Jüdischen Kultusvereinigungen.
8. Die mit Rundschreiben vom 13. 11. 41 bekanntgegebene Erfassung von Schreibmaschinen, Fahrrädern, Fotoapparaten und Ferngläsern im Eigentum von Juden wird durch die Bestimmungen dieses Rundschreibens nicht berührt.

IV. Verfügungserlaubnis

9. Die Erlaubnis zur Verfügung über bewegliche Vermögenswerte wird in besonders begründeten Fällen durch die zuständige Staatspolizei(leit)stelle erteilt; sie ist auf einem Formblatt (Anlage 1) zu beantragen.
10. Der Antrag ist bei der für den Wohnort des Antragstellers zuständigen Jüdischen Kultusvereinigung oder Bezirksstelle der Reichsvereinigung einzureichen, die den Antrag mit ihrem Prüfungs- und Befürwortungsvermerk der zuständigen Staatspolizei(leit)stelle zur Entscheidung vorzulegen hat.

V. Personenkreis

11. Der Verfügungsbeschränkung unterliegen (staatsangehörige und staatenlose) Juden im Sinne des § 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. 11. 1935 (RGBl. I, S. 1333).
12. Die Verfügungsbeschränkung erstreckt sich nicht
- a) auf den in einer Mischehe lebenden jüdischen Ehegatten, sofern Abkömmlinge aus der Ehe vorhanden sind und diese nicht als Juden gelten, und zwar auch dann, wenn die Ehe nicht mehr besteht oder der einzige Sohn im gegenwärtigen Kriege gefallen ist,
 - b) auf die jüdische Ehefrau bei kinderloser Mischehe während der Dauer der Ehe,
 - c) auf Juden ausländischer Staatsangehörigkeit, es sei denn, daß sie Staatsangehörige eines besetzten und eingegliederten Gebiets sind (also belgische, französische, früher jugoslawische, früher luxemburgische, früher polnische, sowjetrussische Staatsangehörige sowie Protektoratsangehörige).

VI. Rückwirkende Meldung über bereits getroffene Verfügungen

13. Verfügungen, die Juden über Gegenstände oder über sonstige Werte ihres beweglichen Vermögens, auch in der Form der Abtretung von Rechten, nach dem 15. 10. 1941 getroffen haben, sind sofort unter Benutzung eines Formblatts

(Anlage 2) bei der Jüdischen Kultusvereinigung oder Bezirksstelle der Reichsvereinigung zu melden mit einem Verzeichnis der Gegenstände oder Werte, über die verfügt worden ist, im Falle von Verfügungen über Bankkonten, die einer Sicherungsanordnung gemäß § 59 DevG nicht unterliegen, wenn der Betrag, über den verfügt worden ist, insgesamt 300,— RM übersteigt.

mit entsprechenden Angaben über Art der Verfügung, Art und Höhe der Gegenleistung, Verwendung und Verbleib des Erlöses, Name und Anschrift des Empfängers, Anlaß der Verfügung (vgl. Anlage 2). Auf diesem Formblatt sind auch die bestehenden Konten (vgl. 5) anzuzeigen.

14. Die Jüdischen Kultusvereinigungen und Bezirksstellen der Reichsvereinigung haben die bei ihnen eingegangenen Meldungen über seit dem 15. 10. 1941 getroffene Verfügungen nachzuprüfen (hierzu ergehen noch besondere Anweisungen) und dann Listen in fünffacher Ausfertigung herzustellen, und zwar nach Wohnorten der Anmeldenden, innerhalb der Orte alphabetisch nach Namen, mit einem Prüfungsvermerk und der Unterschrift der Bezirksstelle bzw. Kultusvereinigung, unter Beifügung der eingegangenen Meldungen.

15. Von den fünf Listen verbleiben

zwei bei der Bezirksstelle bzw. Kultusvereinigung, eine ist der zuständigen Staatspolizei(leit)stelle mit den ungeschriebenen Listen einzureichen, zwei sind der Zentrale der Reichsvereinigung einzusenden.

VII. Vordrucke

16. Formblätter für Anträge auf Verfügungserlaubnis (vgl. 9) sowie für Meldungen über seit dem 15. 10. 1941 erfolgte Verfügungen (vgl. 13) sind von den Bezirksstellen bzw. Jüdischen Kultusvereinigungen auszuhändigen.

VIII. Inkrafttreten

17. Diese Verfügung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. Ein entsprechender Hinweis wird im „Jüdischen Nachrichtenblatt“ veröffentlicht.

IX. Uebergangsregelung

18. Soweit im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Anordnung Verfügungen ähnlicher Art von örtlichen Behörden (wie z. B. in Berlin durch den Herrn Oberbürgermeister der Reichshauptstadt) ergangen waren, hat es bei diesen Verfügungen sein Bewenden, jedoch mit der Maßgabe, daß auch die örtlich ergangenen Verfügungen der Gesamtregelung dieser Anordnung (mit ihren weitergehenden Bestimmungen, ihren Ausnahmen und ihrer Verfahrensregelung) unterliegen.

X. Strafbestimmungen

19. Zuwiderhandlungen gegen diese Regelung werden mit schärfsten staatspolizeilichen Maßnahmen geahndet.

Berlin, den 1. Dezember 1941.

Reichsvereinigung der Juden in Deutschland

Paul Israel Eppstein

Abteilung Wohnungs- und Versorgungswesen

Philipp Israel Kozower

Referat D III

zu D III 9550
✓Vermerk

Legationsrat S u h r rief an und teilte unter Bezugnahme auf das Ferngespräch Dr. Müllers mit einem seiner Mitarbeiter folgendes wegen der sowjetischen Juden mit:

In dem von der Schwedischen Gesandtschaft zur Sprache gebrachten Flugblatt ~~der~~ Reichsvereinigung der Juden in Deutschland stimme der Text in der fraglichen Klammer mit der Originalverordnung nicht überein. In der Originalverordnung wird von sowjetischen Juden im besetzten Gebiet gesprochen, nicht aber von denen in Deutschland. Die sowjetischen Juden in Deutschland werden als Feinde behandelt. Ihr Vermögen unterliege den Bestimmungen der Verordnung über das Feindvermögen und unterstehe dem für dieses Vermögen zuständigen Kommissar.

Auf diesen Tatbestand weise auch die von den Schweden erwähnte Verordnung selbst hin, da es dort heißt: "Die Beschlagnahme des Judenvermögens erfolge soweit hierfür nicht andere Verordnungen in Frage kommen, dazu gehören die Verordnungen über das Feindvermögen.

Berlin, den 18. Dezember 1941

43 53



Der schwedische Legationsrat DE LAVAL sprach heute vor und teilte mit, daß 10 Juden sowjetrussischer Staatsangehörigkeit (in der Mehrzahl Frauen) in der Schwedischen Gesandtschaft mit der sogenannten vorbereitenden Aufforderung erschienen seien, wonach sie aus Berlin evakuiert und nach dem Osten abgeschoben werden sollten. Es habe also den Anschein, als wenn die sowjetrussischen Juden von den innerdeutschen Stellen wie deutsche Juden behandelt werden sollten. Legationsrat de Laval wies darauf hin, daß sie, als Schutzmacht, sich auch für diese Personen einsetzen müßten und bat festzustellen, ob sowjetrussische Juden tatsächlich in die Ghettos nach dem Osten zusammen mit den deutschen Juden abgeschoben werden würden. Ich habe ihm Nachprüfung der Angelegenheit zugesagt.

Die Namen der vorerst Betroffenen gehen aus der anliegenden Liste hervor.

Strumbannführer GÜNTHER vom Reichssicherheitshauptamt, mit dem ich anschließend fernmündlich gesprochen habe, hielt es für möglich, daß die Gestapo-Leitstelle Berlin auch sowjetrussische Jüdinnen für den Transport, der am 3.1.1942 Berlin verlassen solle, mit vorsähe und bat um rechtzeitige Mitteilung, falls gegen diese Handhabung seitens des Auswärtigen Amtes Bedenken erhoben würden.

Hiermit

Abteilung Pol V

Abteilung R

mit der Bitte um Stellungnahme übersandt, ob gegen die Abschiebung der fraglichen Personen sowjetrussischer Staatsangehörigkeit Bedenken erhoben werden sollen, insbesondere ob russische Repressalien gegen reichsdeutsche Zivilinternierte in Betracht gezogen werden müßten.

and Riv
Hof

12 siehe Protokoll
12
Vf gefordert

Berlin, den 13. Januar 1942

2m X III 9550

Referat D III

AA Jnl IIA 324/2

1. Vermerk:

Obersturmbannführer Günther vom RSHA wurde fernmündlich von mir darüber unterrichtet, daß zur Vermeidung von sowjetischen Repressalien gegen Reichsdeutsche Zivilinternierte von einer Abschiebung sowjetrussischer Juden nach dem Osten abgesehen werden müßte. Ihm wurde die Übersendung der von der schwedischen Gesandtschaft überreichten Liste der in Berlin wohnhaften sowjetischen Juden und Jüdinnen zugesagt.

2. An

das Reichssicherheitshauptamt
z.Hd. von Herrn Obersturmbannführer Günther

20.1.42

Wie fernmündlich vereinbart, wird die von der Schwedischen Gesandtschaft überreichte Liste der ~~dort~~ vorstellig gewordenen, in Berlin wohnhaften Juden und Jüdinnen sowjetischer Staatsangehörigkeit zur dortigen Kenntnis übersandt.

Es bestand Einigkeit darüber, daß zur Vermeidung sowjetrussischer Repressalien gegen Reichsdeutsche Zivilinternierte von einer Abschiebung sowjetischer Juden in die Ghettos des Ostens ~~ausgenommen~~ werden müssen.

Im Auftrag

gez. Dr. Herbert Müller

Nach Abgang:

Pol V

R IV

mit der Bitte um Kenntnisnahme

- Herrn Hofrat Jüngling mit der Bitte zur weiteren Bearbeitung der von R übernommenen Einzelvorgänge.

g.m. /

Königl.

Schwedische Gesandtschaft

Abteilung B

F i n k , Emma und Seine (Jenny), Suarezstraße 11,
 S t u p e l , Maria und Alexandra, Emserstraße 18,
 G o r d o n , Jacob mit Ehefrau, Giesebeckstr. 22,
 G o r d o n , Sophie, Sybelstraße 18,
 K a l a b u s , Vera, Bln.Dahlem, Schorlemer Allee 5,
 F r i d l e n d e r , Rachel, Turmstraße 66,
 B e c k e l m a n n , Meyer, Fasanenstraße 16,
 E i s e n b e r g , Sifra, Regensburgerstraße 14 a ,
 B e r g m a n , Tatiana und Mathilde, ChlbG.,Bamberger-
 str. 58,

K r o l l , Herrmann mit Ehefrau, Bayreutherstr.21
 V i g d o r t c h i k , Dina, Gr.Hamburgerstr.33,
 L a z e r s o n , Lubov, Kurfürstendamm 136,
 L e v i n s o n s , Susanna, Lietzenburgerstr. 34,
 S c h a p i r o , Regina, Schöneberg, Luitpoldstr. 20,
 C h a n o c h , Polina, -"- -"
 G u s s i n o f f , Sara, Margareta und Eva,Berlin NW 21,
 Lübeckerstr. 28,
 O k m i a n s k i e , Sara,Berlin SW 11,Schönebergerstr.2
 Asarch, Sylvia, Berlin W 50,Scharperstr. 2.

AA Me. II 9 172
557.9.

Referat III

Betr.: Behandlung von Juden US-amerikanischer Staatsangehörigkeit in Deutschland.

Wiedervorgelegt am:
13. Jan. 1942

Die Rücksichten, die von uns bisher, i.e. solange noch kein Kriegszustand zwischen Deutschland und USA bestand, auf die vorbezeichneten Juden genommen worden sind, waren z.T. durch den deutsch-amerikanischen Vertrag von 1923 begründet, z.T. beruhten sie darauf, daß wir befürchten mußten, durch die Nicht-Rücksichtnahme würden unsere in USA lebenden Deutschen, deren Zahl viel größer ist als die Zahl der bei uns lebenden USA-Bürger, durch Repressalien in stärkstem Maße geschädigt werden.

Bei vermögensrechtlichen Angelegenheiten, Zwangsarisierung usw., war dieser Gesichtspunkt besonders wichtig.

Der Kriegszustand zwischen Deutschland und den USA gibt nach Ansicht der Abteilung Deutschland keine Veranlassung, die bisherige Handhabung dieser Angelegenheit zu ändern. Die Gefahr besteht nach wie vor, daß die USA, unterrichtet durch ihre hiesige Schutzmacht, gegen etwaige Maßnahmen, die gegen ihre jüdischen Bürger gerichtet würden, Repressalien gegenüber unseren in USA lebenden zahlreichen Deutschen ausüben wird.

Hieraus folgt, daß es auch nicht-im deutschen Interesse liegt, Juden US-amerikanischer Staatsangehörigkeit zum Tragen des Judensterns zu verpflichten, da befürchtet werden muß, daß alsbald in den USA eine ähnliche Kennzeichnung der Deutschen erfolgen würde.

x) bei Abt. I ist für 157 I.
berechnet. Bitte daher
im W. R. zum 157 I.
11/12/41

Hiermit
bei Herrn Gesandten E t t e l x)
bei Pol IX
bei Ha Pol IX *Nein, in derselben Ansicht*
und bei Abt. R *IX, IX x)*

vorgelegt zur Kenntnis und mit der Bitte um Stellungnahme.

Berlin, den 29. Dezember 1941.

K210239

E247656

Hanns Hofmeister
14. 12. 1941
H. H.

x) Nicht abgeben
Nicht anfragen
i. m. a. f. d. S. d. H. d. S.

[Handwritten signatures and stamps]
14. 12. 1941
14. 12. 1941
14. 12. 1941

Genuss Rückverkauf mit Gewinn

20% Inducement of Vintages

Guarman (Hippocampus) geb.

1891-1892

Chaudhri Iqbal - 1900-1901

for the first time by Allen,

Letter dated 10/10/1919

[Faint, illegible text from bleed-through]

42

Handwritten signature: *John A. ...*

Barney, O

100-10240
 100-10240

W210240

Robert S. / Governor /

1850

13.2.42

24th Nov 1913

8347657

er Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Berlin SW 11, den
Dring-Albrecht-Strasse 8
Fernsprecher: 12 00 40

9. Februar 1942.

675/41

in der Antwort verbleibende Geschäftszeichen und Datum
anzugeben.

Geheim

Schnellbrief

Auswärtiges Amt

D III 101 G

eing. 14. FEB. 1942

Int. (fach) Dopp. d. Eing.

An das

Auswärtige Amt,

z.Hd. von Herrn Legationsrat Rademacher,

Berlin W 3,

Wilhelmstr. 74-76.

Betrifft: Behandlung der Juden ausländischer
Staatsangehörigkeit.

Bezug: Schreiben vom 2.2.42 - D III 559g - .

Nach den hier vorliegenden Meldungen
haben sich nach dem Stande vom 30.6.41 im Reichs-
gebiet einschliesslich der Ostmark und im Protek-
torat Böhmen und Mähren; zahlenmässig gesehen,
folgende Juden mit ibero-amerikanischer Staats-
angehörigkeit aufgehalten.

K210237

Altreich Ostmark Prot. Böhmen u.
Mähren

Argentinien	9	6	-
Brasilien	5	-	-
Chile	1	-	-
Uruguay	1	-	-
Venezuela	2	-	1
Kolumbien	1	-	-
Paraguay	-	-	1
Bolivien	-	2	1
Peru	-	-	-

E247664

Unterlagen darüber, ob und gegebenenfalls inwieweit diese Zahlen heute noch zutreffen, liegen mir nicht vor. Nach den bisherigen Erfahrungen dürften diese Juden das Reichsgebiet inzwischen verlassen haben, womit gleichzeitig die Frage ihrer äußerlichen Kennzeichnung sowie ihrer sonstigen Behandlung, vom sicherheitspolizeilichen Standpunkt gesehen, bedeutungslos erscheint.

Für Mitteilung der nach Prüfung der Angelegenheit von dort vertretenen Auffassung wäre ich dankbar.

Im Auftrage:

gez.: E i c h m a n n .

Beglaubigt:

Johst
Kanzleigestellte.

K210238

E247655

Chef der Sicherheitspolizei

und des SD

EV B 4 a-1

675/41-9-

In der Antwort bestehendes Geschäftszeichen und Datum
anzugeben.

Berlin SW 11, den
Dinz-Ribrecht-Straße 8
Fernsprecher: 12 00 40

18. Februar 1942.

Schnellbrief

An das

Auswärtige Amt

z.Hd. von Herrn Legationsrat RADENACHER,

B e r l i n W 8,

Wilhelmstrasse 74-76.

Betrifft: Behandlung der Juden mit ausländischer
Staatsangehörigkeit.

Bezug: Ohne.

K222793

Wie hier bekannt geworden ist,
wohnen im Ghetto Warschau noch verschiedene
Juden mit ausländischer Staatsangehörigkeit.
Einer vom Kommissar für den jüdischen Wohn-
bezirk Warschau an sie gerichteten Aufforderung,
das Ghetto zu verlassen und im übrigen Stadt-
gebiet Warschaus Wohnung zu nehmen, sind bis-
her nur wenige nachgekommen.

Besondere Verhältnisse lassen es
notwendig erscheinen, die Ghettoinsassen stür-
ker als bisher von der übrigen Bevölkerung ab-
zuschliessen.

Es erhebt sich nunmehr die Frage, wie
dabei die Juden mit ausländischer Staatsange-
hörigkeit zu behandeln sind.

675/41-9-

D548410

Bevor ich in der Angelegenheit Weiteres veranlasse, wäre ich für Mitteilung der dortigen Auffassung dankbar. Dabei halte ich, vom sicherheitspolizeilichen Standpunkt gesehen, folgende Regelung für die zweckmässigste.

Die noch im Ghetto Warschau wohnhaften Juden mit der Staatsangehörigkeit eines neutralen Staates werden nunmehr gleich den Juden mit der Staatsangehörigkeit eines Feindstaates bzw. eines mit dem Deutschen Reich verbündeten Staates wie die Juden mit ehemals polnischer Staatsangehörigkeit behandelt.

Ich wäre für eine baldige Mitteilung der dortigen Entschliessung besonders dankbar, da die erforderlichen Maßnahmen umgehend getroffen werden müssen.

Im Auftrage:

gez. E i c h m a n n .



Beigebigt:

oksel.

Kanzleiangeestellte.

K222794

1785

D 548411

Ad me. II g 172

den 5. März 1942

Durchdruck f.d. Akten (Fek)

Auswärtiges Amt

D III 161 6

Geheim

Mit Beziehung auf den Schnellbrief
von 9.2.1942 - IV B 4 a-1 675/41 -

Betrifft: Behandlung der Juden ausländischer
Staatsangehörigkeit.

1. Nachdem die Frage der äußerlichen Kennzeichnung und
der sonstigen Behandlung von ibero-amerikanischen Juden
von polizeipolizeilichen Standpunkt aus nicht mehr
von Bedeutung ist, bittet das Auswärtige Amt, von einer
Sonderbehandlung abzusehen, falls sich entgegen der derti-
gen Annahme noch der eine oder andere ibero-amerikanische
Jude im Reichsgebiet, der Ostmark oder im Protektorat
bühren und führen aufhalten sollte.

Im Auftrag
gez. Rademacher

An
den Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

K210236

E247663

Berlin, den

3. März 1942

AA Jnl II- 324/2

zu D III

1659

An

die *Kgl. Botschaft*
Gesandtschaft
Botschaft

Note geprüft
und verschlossen
Bln., d.

Verbalnote

L. R. Müller v. d. H.
Ref.: Leg. Rat Rademacher

Nach Abgang:

bei

Vol. IV

03 IV

z. Kts.

Das Auswärtige Amt beehrt sich,
der tit. den Empfang der Verbalnote
vom *17. März 1942* -
Nr. *B IV 13* -

betreffend *Rechnung von*
Mohnungen freigeistlicher
Staatsträgerinnen,

zu bestätigen. Die zuständigen inne-
ren Stellen sind mit der Angelegenheit
beauftragt worden. Weitere Antwort darf
sich das A.A. bis nach Abschluß der
Ermittlungen vorbehalten.

- Datum wie oben -

(i.R.o.U.)

z. d. A.

2. Auf einen besonderen Bogen ist zu setzen:

(zu 2.)

Signalboisf

Abschriftlich

dem

(zu 2:) -Anlage

~~Reichsministerium des Innern~~

Polizei - 1. Stabschef der 1. Stabskommandantur der Polizei im Reichsministerium des Innern

mit der Bitte übersandt, die Angelegenheit einer Nachprüfung unterziehen und mich zur Beantwortung der Verbalnote instand setzen zu wollen.

~~I.A.~~

~~gez. Rademacher~~

*Es darf nicht sein mit meinen
Schriftstücken vom 16. Oktober
1942 - D III 397 - Abne-
ken der Anordnungen der 1. Stabs-
kommandantur der Polizei im
Reichsministerium des Innern
zu den Stellen des 1. Stabs-
kommandanten der Polizei im
Reichsministerium des Innern
zu setzen.*

F. A.

W 3

3. Unter

bzig. (zu 2.)

1. Stabskommandantur des Eingangs
- 1 -

KÖNIGL.
SCHWEDISCHE GESANDTSCHAFT
ABTEILUNG B

BS V 13

V e r b a l n o t e .

Die Königlich Schwedische Gesandtschaft, Abt. B, als Vertreterin der sowjetrussischen Interessen in Deutschland beehrt sich hierdurch dem Auswärtigen Amt die folgende Angelegenheit ergebenst zu unterbreiten.

Einige sowjetrussische Staatsangehörige nicht arischer Abstammung haben der Gesandtschaft mitgeteilt, dass ihre Wohnungen von Personen besichtigt worden sind, die angaben, dass sie von der Bauinspektion Speer die betreffenden Wohnungen zugewiesen bekommen haben, da dieselben zur Räumung bestimmt wären. Bei dem persönlichen Besuch einer der betreffenden Sowjetrussinnen bei der Bauinspektion Speer ist ihr von der letzteren mitgeteilt worden, dass ihre Wohnung zur Räumung bestimmt wäre und dass die Betreffende damit zu rechnen hätte, dass sie nach einer Kündigungsfrist von etwa zwei Wochen abziehen müsste. Auf die Anfrage wohin sie bei dem jetzigen Wohnungsmangel übersiedeln sollte wurde sie an die Jüdische Gemeinde verwiesen.

Da aber die sowjetrussischen Staatsangehörigen - soweit der Gesandtschaft bekannt ist - als Ausländer der Jüdischen Gemeinde nicht angehören, wäre die Gesandtschaft dem Auswärtigen Amt für die Angabe, wo sie die nötigen Unterkünfte zugewiesen bekommen könnten, wenn ihre Wohnungen geräumt werden müssen, sehr verbunden. Die Gesandtschaft spricht dem Auswärtigen Amt im voraus für die Mühewaltung ihren verbindlichsten Dank aus.

Berlin, den 17. März 1942.

n das Auswärtige Amt,

e r l i n W 8.

84 438

1853

Berlin, den 21. März 1942

zu D III

1) An

die Reg. Botschaft

Gesandtschaft

Note geprüft
und verschlossen.

~~Botschaft~~
- Abteilung B

Bln., d. 31. 3.

Verbalnote.

z. v. M. Müller i. d. H.

Ref. Leg. Rat Rademacher

Das Auswärtige Amt

beehrt sich der t. t. den Empfang der
~~Verbalnote~~ vom 26. März 1942
Nr.

Nach Abgang

bei Fol. V

betreffend 82 polizeikräfte
Büro von Frau Jekke

Propanblatt in Berlin,

z. Kts.

z. d. A.

zu bestätigen. Die zuständigen inneren
Stellen sind mit der Angelegenheit be-
faßt worden. Weitere Antwort darf sich
das A.A. bis nach Abschluß der Ermitt-
lungen vorbehalten.

-Datum wie oben-

(I.R.o.U.)

wenden!

2).

ab: 31. 3. 42
J. 2. 11. 11.

2) auf einen besonderen Bogen ist zu setzen:

Agallbrief

Abschriftlich

(zu 2:) -Anlage -

dem
~~Präsidenten des Reichs~~
~~Staatspolizei im Reichs~~
~~ministerium des Innern~~
3. St. von Herrn Oberst
Wagner in
im Auftrag des Herrn
6. November 1941 - R 34250 -
mit der Bitte übersandt, die Angelegen-

heit einer Nachprüfung unterziehen und
sich zur Beantwortung der Vorbehalte
instand setzen zu wollen.

I.A.

(gez. Bademacher)

inwieweit zu erwarten ist, dass
solche Fälle
Verhütung von Nachschüssen
kann.

X

X

X

bez. (zu 2:)
des Eingangs

isogel
i-

unvollständige Angaben
abgeordnete Personen
best. Personengruppe, nicht
regelmäßig in der Ausbildung
allen. Polizei-Kadern
Infolge der hohen Anzahl
solcher in der Polizei-Kadern
best.

37 - Unter ...

Pol. 37.
3.

KÖNIGL.
SCHWEDISCHE GESANDTSCHAFT
ABTEILUNG B

853
✓

Handwritten: H. PA Brühl
Handwritten: 26/3
Handwritten: 17/3

A u f z e i c h n u n g.

(Unter Bezugnahme auf die Verbalnote der Gesandtschaft
BS V 13 vom 17. März 1942 und Antwort des Auswärtigen
Amts Nr. D III 1659 vom 23. März 1942)

Handwritten: 15. 4. 1942

Die sowjetrussische Bürgerin Frau Jette R o -
s e n b l a t t hat von der Hausverwaltung eine Mittei-
lung bekommen, dass ihre Wohnung, Kurfürstenstrasse 99a,
durch das Oberkommando der Marine vermietet wäre. Die
Frau hat keine Möglichkeit andere Unterkunft zu bekom-
men.

Berlin, den 26. März 1942.

Handwritten: 84-48 29h

Der Reichsführer-SS

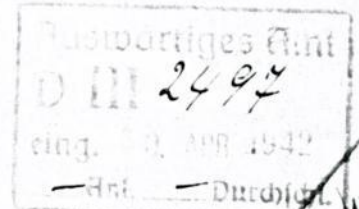
und

**Chef der Deutschen Polizei
im Reichsministerium des Innern**

S IV B 1 b 675/41 - 4

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und
Datum anzugebenBerlin SW 11, den
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 120040

27. April 1942



An das

Auswärtige Amt

Berlin - W 8.Betrifft: Behandlung der Juden sowjetrussischer Staatsangehörigkeit.Bezug: Dort. Schreiben vom 23.3.42 D III 1659 und vom 28.3.42
D III 1853. 16.

Für die Beschaffung einer Ersatzwohnung im Falle einer auf Veran-
lassung des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt Berlin
ausgesprochenen kurzfristigen Kündigung des bisherigen Mietver-
hältnisses ist auch für Juden ausländischer Staatsangehörigkeit,
die nicht Mitglieder der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland
oder der jüdischen Kultusvereinigung Berlin sind, die Wohnungsbe-
ratungsstelle der jüdischen Kultusvereinigung Berlin zuständig.

Wie die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland mitteilt, sind
bereits in ~~X~~ Fällen Juden ausländischer Staatsangehörigkeit durch
Vermittlung der Wohnungsberatungsstelle Ersatzwohnungen beschafft
worden.

Fd.R.

I. A. gez. Hunsche

Kanzleiangebot



Re

AA Mel. 2A 173

Berlin, den 5. April 1942

zu D III 1056

1. An

den Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

B i l l i t !

Unter Bezugnahme auf das Schreiben
von 18.2.1942 - IV B 4 a - 675/41 - 9 -

- 1 Anlage -

Ref.: LR Rademacher
V.K. Weiler

bzf. Abschrift der Auf-
zeichnung v. 21.4.42

Die im Juden-Ghetto in Warschau beste-
henden besonderen Verhältnisse, die in der
in Abschrift beiliegenden Aufzeichnung dar-
gestellt sind, und die von deutscher Seite
getroffenen Maßnahmen lassen vermuten, daß
das Ghetto nunmehr von Juden ausländischer
(neutraler) Staatsangehörigkeit gesäubert
ist. Das Auswärtige Amt hat daher keine
Bedenken, daß in Zukunft die im Interesse
der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ord-
nung und Sicherheit im Ghetto zu Warschau
notwendigen sicherheitspolizeilichen Maß-
nahmen auf sämtliche Insassen des Ghettos
erstreckt werden.

Sollten sich wider Erwarten noch Juden
ausländischer (neutraler) Staatsangehörig-
keit im Ghetto zu Warschau befinden und
deren Behandlung zu Vorstellungen fremder
diplomatischer oder konsularischer Vertre-
tungen führen, so wird sich das Auswärtige
Amt der in Ziffer 1-3 am Schluß der Anlage
vorgesehenen Regelung der Sprache bedienen
und etwaige Ermittlungersuchen dorthin zur
weiteren Behandlung übersenden.

~~xxxxx~~

K222814

ES

65/4

D548425

Es wird hierbei gebeten, Juden mit der Staatsangehörigkeit des Britischen Empire, der USA, von Mexiko, Mittel- und Südamerikanischen Feindstaaten aus dem Ghetto herauszuziehen und gesondert zu internieren, damit vermieden wird, dass der Fall eines dieser Juden von der Gegenseite zum Anlaß genommen wird, gegen die Deutschen in diesen Ländern Repressalien zu ergreifen.

Im Auftrag

gez. R o e t h e r

2.) An das Reichssicherheitshauptamt

je Unter eine Abschrift zu 1)

3.)

In der Anlage wird Abschrift eines heute an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD gesandten Schreibens nebst Abschrift der dort erwähnten Aufzeichnung vom 21. April 1942 übermittelt. Es wird hierbei insbesondere auf den Schlusssatz des Schreibens Bezug genommen.

Im Auftrag

gez. R o e t h e r

bzf. je 1 Abschr. der Aufzeichnung D III 1056 v. 21. April 42

K222815



zu D. 1. 1. 1942

A u f z e i c h n u n g .

=====

In einer Besprechung über die Behandlung von Juden ausländischer (neutraler) Staatsangehörigkeit, die sich möglicherweise noch im Judenghetto in Warschau befinden, bat SS-Obersturmbannführer Eichmann, als Vertreter des Chefs der Sicherheitspolizei und des S.D., von folgendem Sachverhalt Kenntnis zu nehmen:

Etwa Anfang Januar 1942 wurden die im Ghetto in Warschau wohnhaften Juden, die Staatsangehörige eines ausländischen (neutralen) Staates sind, durch Bekanntmachung aufgefordert, das Ghetto zu verlassen und im übrigen Stadtgebiet von Warschau Wohnung zu nehmen. Es besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit, daß nicht alle Juden dieser Aufforderung Folge geleistet haben. Nachdem seit dieser Bekanntmachung jedoch über drei Monate vergangen sind, müssen die deutschen Sicherheitspolizeibehörden unterstellen, daß das Ghetto frei von ausländischen Juden ist. Eine Feststellung darüber, ob sich noch heute Juden mit ausländischer (neutraler) Staatsangehörigkeit im Ghetto in Warschau verborgen halten, ist bei der großen Zahl der Insassen (ca. 500 000) ungeheuer schwierig oder nahezu unmöglich. Juden ausländischer Staatsangehörigkeit, die von dem Recht des Abzugs aus dem Ghetto bisher keinen Gebrauch gemacht haben, müssen daher in Zukunft den sicherheitspolizeilichen Maßnahmen unterworfen werden, die im Interesse der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, S.B. zur Verhinderung von Seuchen usw. im Ghetto Warschau getroffen werden. Im Hinblick darauf, daß im Ghetto in Warschau und an anderen Orten des Generalgouvernements bis in die neueste Zeit Paßfülscherzentralen bestanden haben, deren Aushebung nicht immer gelungen ist, ist ohne weiteres anzunehmen, daß sich zahlreiche Juden früherer polnischer Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit

K222809

D548420

Staatsangehörigkeit im Besitz gefälschter Staatsangehörigkeitspapiere oder ausländischer Pässe befinden. Die Nachprüfung der Echtheit solcher Urkunden wird mit Rücksicht auf die sehr geschickt vorgenommenen Fälschungen in den meisten Fällen unmöglich sein. Bei im Ghetto von Warschau verbliebenen Juden, die bei der Vornahme sicherheitspolizeilicher Maßnahmen in Zukunft ausländische Staatsangehörigkeitspapiere vorweisen sollten, wird man daher unterstellen müssen, daß sich um gefälschte Urkunden handelt. Eine absolute Feststellung darüber, daß sich tatsächlich keine ausländischen (neutralen) Juden mehr im Ghetto in Warschau befinden, wird sich bei der hohen Anzahl der Insassen nicht treffen lassen.

SS-Obersturmbannführer E i c h m a n n ersuchte um Erläuterung des Einverständnisses,

daß seitens des Auswärtigen Amtes keine Bedenken dagegen bestehen, daß in Zukunft im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Ghetto in Warschau zu treffende sicherheitspolizeiliche Maßnahmen auf sämtliche Insassen des Ghettos zu erstrecken sind, weil die deutschen Polizeibehörden auf Grund der getroffenen Maßnahmen unterstellen müssen, daß das Ghetto frei von ausländischen (neutralen) Juden ist.

Das erbetene Einverständnis des Auswärtigen Amtes wurde vorbehalten.

Sollten in Bezug auf das Ghetto in Warschau künftig Anfragen - bisher liegen solche nicht vor - ausländischer diplomatischer oder konsularischer Vertretungen nach dem Inhalt oder Verbleib ihrer Staatsangehörigen erfolgen, ist die Regelung unserer Sprache in folgender Weise vorgesehen:

1.) Sämtliche Juden ausländischer (neutraler) Staatsangehörigkeit sind durch Bekanntmachung zum Verlassen des Ghettos im Januar 1942 aufgefordert worden und haben dazu hinreichende Möglichkeit während einer Frist von drei Monaten gehabt. Es muß daher angenommen werden, daß sie das Ghetto

verlassen

K222810

1217801

100715H

D 548421

verlassen haben.

2.) Vertragliche Bindungen, die den ausländischen Juden Bewegungsfreiheit im Generalgouvernement gewährleisten, bestehen zwischen dem Generalgouvernement und dritten Staaten nicht.

3.) In etwa zur Sprache gebrachten Einzelfällen würden Nachforschungen nach dem Aufenthalt und Verbleib in Ghetto in Warschau veranlaßt werden, deren Ergebnis den ausländischen Vertretungen durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes mitgeteilt werden würde; (gegenwärtiger oder vermutlicher Aufenthalt des gesuchten Juden, bei etwaigem Ableben Übersendung einer Sterbeurkunde).

Berlin, den 21. April 1942

W. Kier.

Vizekonsul

K222811

VERBODEN

D 548422

AA mel. II 429/4
29/4

Berlin, den 3. September 1942

5238
e.o. D III

An

das Reichssicherheitshauptamt
z.Hd.v.Herrn Reg.Rat S u h r

B e r l i n
Kurfürstenstr. 116

S c h n e l l b r i e f

Mit Beziehung auf die telefonische Be-
sprechung vom 2.9.42, betr. Behandlung
ausländischer Juden im Generalgouvernement.

Im allgemeinen werden die Juden fremder
Staatsangehörigkeit den im Generalgouvernement
ansässigen Juden ehemals polnischer Staatsange-
hörigkeit gleichzustellen sein, mit Ausnahme der in
vermögensrechtlichen Angelegenheiten, wo Repressa-
lien zu erwarten sind.

In der Frage der Lebensmittelversorgung und
auf dem Gebiete der Verbrauchsregelung für ge-
werbliche Erzeugnisse hat sich das Auwärtige Amt
dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirt-
schaft, sowie dem Reichswirtschaftsministerium
gegenüber damit einverstanden erklärt, dass die
für Juden geltenden Bestimmungen auf alle Juden
ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit ausge-
dehnt werden.

Übrigens sind auch in der Frage der Nicht-
entschädigung von Juden bei Kriegsschäden aus-
ländische Juden gleich zu behandeln wie inlän-
dische Juden. In Bezug auf die Unterbringung von
Juden im Ghetto in Warschau wird mit Beziehung
auf eine Besprechung über die Frage mit SS-Ober-
sturmbannführer Eythmann, als Vertreter des
Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, bemerkt,
dass das Ghetto, wie zu vermuten ist, nunmehr
von Juden ausländischer (neutraler) Staatsange-
hörigkeit gesäubert ist. Die im Interesse der
Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und

Kap.: 4. Gf. R. Ringen
falsch

2. 3. 1. O.

K527654

310

AA Mel. A 29/9/4

211. F. ...
...
...
...
...

Sicherheit im Ghetto zu Warschau notwendigen
sicherheitspolizeilichen Massnahmen können
daher auf sämtliche Insassen des Ghettos er-
streckt werden. Die vorerwähnte Gleichbehand-
lung ausländischer Juden bezieht sich auf Ju-
den mit der Staatsangehörigkeit der Baltischen
Staaten, der U.S.S.R., ferner auf Juden der
Staatsangehörigkeit des Staates eines Landes,
das in der Judenfrage der deutschen Praxis ge-
mäss verfährt, (Rumänien, Kroatien, Slowakei).

Hinsichtlich der Juden sonstiger befreundeter
Staaten, wie Italien, Japan, Manchukuo,
Ungarn, Finnland, Spanien, Bulgarien, pflegt
der Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Gene-
ralgouverneur beim Auswärtigen Amte in den Ein-
zelfällen anzufragen, wie zu verfahren ist,
worüber vom AA. auf Grund einer Prüfung der
rechtlichen und politischen Gesichtspunkte
entschieden wird. Dasselbe gilt hinsichtlich der
Juden neutraler Staatsangehörigkeit (Schwe-
den, Schweiz, Irland, Türkei, Portugal, Argen-
tinien, Chile).

Juden der Feindstaaten, mit denen
Deutschland sich im Kriegszustand befindet
befand und mit denen es nicht zum Abschluss
eines Waffenstillstandes gekommen ist, sind
als Angehörige eines Feindstaates zu behandeln;
hinsichtlich ihrer Behandlung ist zu beachten,
dass Repressalien von feindlicher Seite zu er-
warten sind.

Im Auftrag

...
...
...
...
...
...
...
...
...

K527655

3. September 2

D III

Mit Beziehung auf die telefonische Be-
sprechung vom 2.9.1942.

Betrifft: Behandlung ausländischer Ju-
den im Generalgouvernement.

Im allgemeinen werden die Juden fremder Staatsange-
hörigkeit den im Generalgouvernement ansässigen Juden ehe-
malig polnischer Staatsangehörigkeit gleichzustellen sein,
ausgenommen in vermögensrechtlichen Angelegenheiten, wo Re-
pressalien zu erwarten sind.

In der Frage der Lebensmittelversorgung und auf dem
Gebiete der Verbrauchsregelung für gewerbliche Erzeugnisse
hat sich das Auswärtige Amt dem Reichsministerium für Er-
nährung und Landwirtschaft, sowie dem Reichswirtschaftsmi-
nisterium gegenüber damit einverstanden erklärt, dass die
für Juden geltenden Bestimmungen auf alle Juden ohne Unter-
schied der Staatsangehörigkeit ausgedehnt werden.

Übrigens sind auch in der Frage der Nichtentschädigung
von Juden bei Kriegsschäden ausländische Juden in gleicher
Weise zu behandeln wie inländische Juden. Inbezug auf die
Unterbringung von Juden im Ghetto in Warschau wird mit Be-
ziehung auf eine frühere Besprechung über die Frage mit
SS-Obersturmbannführer Eichmann angenommen, dass das Ghetto

Reichssicherheitshauptamt
v. Herrn Reg. Rat S u h r

B e r l i n

Kurfürstenstr. 116

nunmehr

K2-2829
548432

nunmehr von Juden ausländischer (neutraler) Staatsangehörigkeit gesäubert ist. Die im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Ghetto zu Warschau notwendigen sicherheitspolizeilichen Massnahmen können daher auf sämtliche Insassen des Ghetto erstreckt werden.

Hinsichtlich der Frage der Kennzeichnung sowie der Unterbringung in getrennten Wohnvierteln kann nach dem Dafürhalten des Auswärtigen Amtes die vorerwähnte Gleichbehandlung ausländischer Juden, ausser auf Staatenlose, auf Juden mit der Staatsangehörigkeit der Baltischen Staaten und der U.D.S.S.R., erstreckt werden, ferner auf Länder, die in der Judenfrage der deutschen Praxis gemäss verfahren (Rumänien, Kroatien, Slowakei).

K22-850

Hinsichtlich der Juden sonstiger befreundeter Staaten, wie Italien, Japan, Mandschukuo, Ungarn, Finnland, Spanien, Bulgarien, pflegt der Vertreter des Auswärtigen Amtes bei Generalgouverneur beim Auswärtigen Amt in den Einzelfällen anzufragen, wie zu verfahren ist, worüber vom Auswärtigen Amt auf Grund einer Prüfung der rechtlichen und politischen Gesichtspunkte entschieden wird. Dasselbe gilt hinsichtlich der Juden neutraler Staatsangehörigkeit (Schweden, Schweiz, Irland, Türkei, Portugal, Argentinien, Chile). Mit Ausnahme der bulgarischen Juden sind Angehörige aller dieser Länder von den Massnahmen vorerst auszunehmen, soweit Juden dieser Staaten überhaupt im Generalgouvernement existieren. Das Gleiche bezieht sich auf die Angehörigen nicht im Kriege befindlicher mittel- und südamerikanischer Länder.

Von Angehörigen ehemaliger Feindstaaten können die Juden Frankreichs, Serbiens und Griechenlands, der Niederlande, Belgiens und Norwegens in die Massnahmen einbezogen werden. Juden der Feindstaaten, mit denen ~~also~~ Deutschland sich im Kriegszustand befindet oder befand und mit denen es nicht zum Abschluss eines Waffenstillstandes gekommen ist, sind als Angehörige eines Feindstaates zu behandeln; hinsichtlich ihrer Behandlung ist zu beachten, dass Repressalien von feindlicher Seite zu erwarten sind.

Im Auftrag

83 m

767/41

Reichssicherheitshauptamt

IV B 4 b

767/41

Diese in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum angeben

CDJC II 113a

Berlin SW 11, den 10. Juli 1942
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: Ortsvorwahl 120040 - Fernvorwahl 126421

18. JUL 1942	
No. 20382	
1	2

An den

Bbeauftragten des Chefs der Sicherheitspolizei
und des SD für Frankreich und Belgien,
- Dienststelle Paris -
z.Hd. n-Hauptsturmführer D a n n e c k e r ,

P a r i s .

Betr.: Emigrantenauswanderung von Spanien
nach Amerika.

Vorg.: Ohne.

Anlg.: 2.

Vfg.

- 1) *[Signature]*
- 2) *[Signature]*
- 3) *[Signature]*
- 4) W. *[Signature]*
- 5) Z.d.A. *[Signature]*

Anliegend werden abschriftlich 2 dem Auswärtigen Amt übermittelte vertrauliche Berichte des Deutschen Generalkonsulats in Casablanca (Schr.v. 25.3. und 8.6.1942) zur Kenntnisnahme übersandt.

Der dortige Konsulatschef ist auch vor Ort als besondere Beachtung zuzuwenden und im Rahmen des Möglichen entgegenzutreten, damit eine derartige Auswanderung unterbunden wird.

I.A.

Gez. S u h r

n-Sturmabführer und Reg.-Rat.



DEUTSCHES GENERALKONSULAT

Casablanca, den 25. März 1942

Kult 5 Nr. 400/42

Kontrollnummer 138

Inhalt: Auswanderung von Emigranten
nach dem amerikanischen Kontinent.

Die Zahl der bisher in grossen Abständen von Casablanca nach dem amerikanischen Kontinent ausreisenden europäischen Emigranten hat sich in diesem Monat stark erhöht. Am 15. März sind mit dem Dampfer "Ville d'Oran" aus Marseille 265 fast ausschliesslich jüdische Emigranten eingetroffen, von denen am 21. März 222 jüdische Emigranten mit dem portugiesischen Dampfer "Guinée", der von Lissabon kam, befanden sich im Transit weitere 184 Emigranten, die in Cadix an Bord gegangen und auf dem Dampfer verblieben sind.

Am 22. März sind mit dem Dampfer "Lipari" wiederum aus Marseilles 369 Emigranten eingetroffen, die mit den verbleibenden Emigranten Ex. D "Ville D'Oran" mit 448 Emigranten am 23. März mit dem portugiesischen Dampfer "SAC THOMÉ" wiederum über Havanna nach New York abgeschoben worden sind. Auch auf diesem Dampfer, der aus Lissabon in Casablanca landete, befanden sich im Transit 107 Emigranten, welche in Casablanca das Schiff nicht verlassen haben.

Die mit den Dampfer "Guinée" und "Sao Thomé" abgeschobenen Emigranten stammten aus Deutschland, dem früheren Polen, der Tschechoslowakei, Belgien, Russland, Frankreich und Spanien. Ausser Rotspaniern handelt es sich fast ausschliesslich um Juden.

Die Abbeforderung der Juden erfolgt durch die "Hicem"-Organisation, deren Vertreter für Marokko ein Spanier namens S P A N I E N ist. Auch der frühere holländische Wahlkonsul in Casablanca, Herr C A B O S, gegen den abwehrmässig Bedenken bestehen und der als illegaler Leiter des "Office Hollandaais" eine unsatörägliche Tätigkeit in Marokko ausübt, ist von der Organisation gegen Entgelt mit der Weiterbeförderung der Emigranten beschäftigt. Die Emigranten des Dampfers "Sao Thomé", die bei ihrer Einschiffung besichtigt worden sind,

machten im allgemeinen eine gepflegten und sauberen
Eindruck. Der Prozentsatz von Juden mit früherer deut-
scher Staatsangehörigkeit soll verhältnismäßig gering
sein.

Durchdruck hat die Botschaft Paris erhalten.

gez. A u e r

An das
Auswärtige Amt
Amt. Deutschland,

B e r l i n .

F.d.R.d.A.

Paulsen.
Kanzleiangehörige.

H, 113a
C93C II 113a

Abschrift von Abschrift.

DEUTSCHES GENERALKONSULAT CASABLANCA

den 8. Juni 1942

Kult 5 Nr. 131

Kontrollnummer 208

Im Anschluss an den Bericht vom 25. März
1942 - Kult 5 Nr. 442 -.

Inhalt: Aoreise von Emigranten nach New York.

Am 6.6.42. Jrs. ist der portugiesische Dampfer "Serpo Pinto", der von Lissabon mit 176 Emigranten ankam, nach mehrstündigem Aufenthalt mit weiteren 502 zivilen Passagieren, von denen der weitaus größte Teil Emigranten sind, wieder ausgelaufen.

Nach durchaus zuverlässigen Nachrichten sind auf diesem Dampfer in Lissabon etwa 100 polnische junge Männer, meist Techniker und Ingenieure, eingeschifft worden, die sich bis vor kurzem im unbesetzten Frankreich aufgehalten haben. Die Polen über New York nach Canada geleitet werden, um dort für den englischen Flugdienst ausgebildet zu werden. Angeblich beruht der Abtransport dieser Polen auf Vereinbarungen zwischen der Sikorski-Regierung in London und den französischen Behörden im unbesetzten Gebiet durch Vermittlung der "Mica" und durch die "Offices Polonais". Auf Nachsuchen der franz. Behörde soll die spanische Regierung ohne weiteres die Visa zur Durchreise nach Lissabon den wehrfähigen Polen erteilt haben.

Bei den von Casablanca ausreisenden Emigranten handelt es sich zum grössten Teil um jüdische Familien aus Mitteleuropa, Deutschland und auch um einige französische Juden. Es besteht kein Verdacht, dass auch von Casablanca wehrfähige junge Leute mit der zugegebenen Absicht des Kriegsdienstes auf der Feindseite ausgereist sind.

Es wird anheimgestellt, die zuständigen militärischen Stellen zu unterrichten.

Durchdruck erhält die Deutsche Botschaft Paris.

Göc. Unterschrift

An das
Auswärtige Amt
Abt. Deutschland

83 cm

840 / 41

83e

III/12

'940

Geheime Staatspolizei — Staatspolizeileitstelle Posen
Nachrichten-Übermittlung

Aufgenommen Tag Monat Jahr 15 März 1941 durch	Raum für Eingangsstempel Posen 3480	Befördert Zeit Tag Monat Jahr an durch
		Verzögerungsvermerk
A. Nr. 3838		Fahlgut

DR BERLIN NUE 41 792 15/3 41 -MA- =
 A) AN DEN INSP. DER SIPO UND DES SD
 K O N I G S B E R G ==
 B) AN DEN C.D.S. UND DES SD - UWZ DANZIG IN Posen
 G O T E N H A F E N ==
 C) AN DEN C.D.S. UND DES SD - UWZ K A T T O W I T Z =
 = D) AN DEN INSP. DER SIPO UND DES SD - UWZ P O S E N
 == E) AN DEN INSP. DER SIPO UND DES SD - UWZ POSEN
 IN L I T Z M A N N S T A D T ==
 F) AN DEN INSP. DER SIPO UND DES SD - ZENTRALSTELLE
 FUER JUEDISCHE AUSWANDERUNG IN W I E N ==
 G) NACHRICHTLICH AN DEN B.D.S. UND DES SD IM GEN.
 GOUVERNEMENT IN K R A K A U ==
 D R I N G E N D - SOFORT VORLEGEN ==
 BETR.: 3. NAHPLAN - 1. TEILPROGRAMM. ==
 BEZUG: BEKANNT. ==
 AUS DEN BEREITS BEKANNTEN GRUENDEN IST ES NICHT
 MOEGLICH. AB 16.3.41 BIS AUF WEITERES
 EVAKUIERUNGSTRANSPORTE AUS DEN EINGEGLIEDERTEN
 DEUTSCHEN OSTGEBIETEN BEZW. WIEN IN DAS
 GENERALGOUVERNEMENT DURCHZUFUEHREN. -
 ICH ERSUCHE DAHER, VON DIESEM GENANNTEN ZEITPUNKT AN
 KEINEN EVAKUIERUNGSTRANSPORT MEHR ABZUWICKELN. -
 NAEHERE ANGABEN UEBER DIE VORAUSSICHTLICHE ZEITGRENZE
 DIESER VORUEBERGEHENDEN EINSTELLUNG DER
 EVAKUIERUNGSTRANSPORTE KOENNEN ZUR ZEIT NICHT GEMACHT

Polen
UWZ Posen
1054z/ot/t.40

WERDEN. WEITERER BESCHEID ERGEHT ZU GEGEBENER ZEIT.

= RSHA - ROEM 4 B 4 (NEU) 431/41 - I.V.

GEZ.: M U E L L E R, SS-BRIGAF. UND GENERALMAJOR

Polen
UWZ Posen
1054z/ oŁ/t.40

Reichssicherheitshauptamt

AA Jnl IIg 200

Berlin SW 11, den 26. Juni 1942
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: Gekochheft 120440 - Gekochheft 120421

IV B 4 b - 840/41

Bitte in der Antwort vorliegendes Geschäftszeichen und Datum angeben

Wetterleiten an
DU bitte um Beteiligung
Berlin, den 26. Juni 1942

Auswärt. Amt
D III 536
eing. 3. JULI 1942
Nr. (ach) 3. v. d. Eing.

An das
Auswärtige Amt,
zu Hh. von Herrn Legationsrat Dr. Radenhorst

Berlin - W 8,
Wilhelmstr. 74/76.

Betrifft: Abschiebung von Juden rumänischer Staatsangehörigkeit aus dem Reichsgebiet.

Besug: Dort. Schreiben vom 10.1.42 - D III 661 g. *ho 155/42*
an R. v. d. Eing.

In der obenbezeichneten Angelegenheit hat der Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren mit Schreiben vom 2.6.1942 - Nr. 2067/8 D Pol. 3 Art. 5 - die mir nachgeordneten Dienststellen der Sicherheitspolizei und des SD in Prag gebeten, von den Abschiebungen der Juden rumänischer Staatsangehörigkeit vorerst Abstand zu nehmen. Dem Schreiben des Vertreters des Auswärtigen Amtes ist zu entnehmen, dass weder der rumänische Generalkonsul in Prag, noch der rumänische Geschäftsträger über die zwischen der Deutschen und Rumänischen Regierung in dieser Hinsicht getroffene Vereinbarung unterrichtet sind.

Da die Angelegenheit nach dem vorliegenden Schreiben vom 10.1.42 - D III 661 g. - auf Grund der zwischen der Deutschen und der Rumänischen Regierung getroffenen Vereinbarung in diesem Rahmen als geklärt angesehen werden kann, bitte ich, die Rumänische Regierung zu veranlassen, den rumänischen Generalkonsul in Prag über den rumänischen Geschäftsträger hiervon zu unterrichten.

Für eine baldige Klärung der Angelegenheit und Mitteilung des von dort Veranlassenen wäre ich dankbar, damit die Abschiebungen von Juden rumänischer Staatsangehörigkeit in den festgelegten Rahmen aufgenommen werden können.

Befehlshaber:

Geleitungsstelle



K212593

L. gen. Suhr

482992

Gezeigt bei H. H. H.
H. H. H.
Der ganze große Kreis
mit mehreren anderen
H. H. H.



LEGATIUNEA REGALA A ROMANIEI,
BERLIN.

Nr. 5479/P 13

V E R B A L N O T E

Die Kgl. Rumänische Gesandtschaft beehrt sich das Auswärtige Amt zu bitten gütigst bei den zuständigen Stellen intervenieren zu wollen damit diese die Freilassung der rumänischen Staatsangehörigen jüdischer Abstammung Rosa Schächter, geboren am 4. Oktober 1894 in Tarnow, verfügen wollen. Rosa Schächter, Besitzerin des rumänischen Reisepasses Nr. 316857 ausgestellt vom Kgl. Rumänischen Generalkonsulat in Wien am 9. Januar 1943, konnte wegen schwerer Krankheit nicht aus Wien abtransportiert werden und befindet sich jetzt an der Polizeistelle Wien Elisabethpromenade.--

Für die freundliche Mühewaltung dankt die Kgl. Rumani-
sche Gesandtschaft dem Auswärtigen Amt im Voraus verbind-
lichst.-

Berlin, den 3. November 1943

An das
AUSWAERTIGE AMT
Berlin

83. 25. 1900

Berlin, den 29. November 1944
 H. R.
 An Königlich Preussische
 Geheimrat.

AA Nr. 4 A 5872
 Inl. II A 170

Nach O. D. bezeugt für den
 12. d. M. in Berlin
 vom 3. November 1945

**Ministerium der Sicherheitspolizei
 und des SD**

V B 4 Nr. 840/41 -

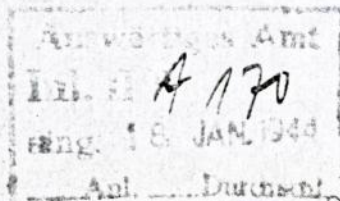
Im Schriftverkehr dieses Geschäftszeichen, das Datum und
 den Gegenstand angeben

Berlin SW 11, den 3. Januar 1945.
 Prinz-Albrecht-Straße 8
 Ortsanruf 120040 - Fernanruf 126421
 Reichsbankgirokonto: 1/146 - Postscheckkonto: Berlin 2386

An das

Auswärtige Amt

z.Hd. von Herrn Legationsrat von Thadden



in Berlin W 8.

Betrifft: Abschiebung von Juden rumänischer Staatsangehörigkeit aus dem Reichsgebiet.

Bezug: Dortiges Schreiben Inl. II A 8581 vom 12.11.1943.

Die Jüdin Rosa Schächter, die z.Zt. in Wien festgenommen sein soll, ist nicht in der von dort mit

18/11
 12.11.43
 B. H. Rüm

12.11.43
 30.11.43

AA Mel. u. A 5872

Bin auf den für geführten
Schiffen versorgt, befindet sich
in der mit Versetzen vom
18. August 1943 - Gul. II 50

6658 - Unter Minister Bittling of
Marfaustan / Marfaustan
Ministerien Marfaustan

King about 1943

Schreiben vom 19. August 1943 übersandten Originalliste ver-
zeichnet.

Es wird daher gebeten, die Intervention der Rumänischen
Gesandtschaft mit dieser Begründung zurückzuweisen.

Im Auftrage:
gez. M u n s c h e .

Beglaubigt:



Feb 11.

**Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

44 Mel. u. 4 58/2
Berlin SW 11, den 29. Februar 1944
Prinz-Albrecht-Straße 8
Ortsanruf 12 00 40 - Fernanruf 12 64 21
Reichsbankgirokonto: 1/146 - Postscheckkonto: Berlin 2386

B 4 b Nr. 840/41 u. 4794/43

Im Schriftverkehr dieses Geschäftszeichens, das Datum und
den Gegenstand angeben

An
das Auswärtige Amt
z.Hd.v. Herrn Legationsrat v. Thadden
-o.V.i.A.-
in Berlin W 8

Betrifft: Abschiebung von Juden rumänischer Staats-
angehörigkeit aus dem Reichsgebiet.
Bezug: Dortiges Schreiben vom 29.1.44 - Inl. II A
170/44
Anlagen: 1 Verzeichnis.

Als Anlage wird die dem dortigen Schreiben vom
18.8.1943 - Inl. II A Nr. 6658 - beigelegte Liste

83-25 Rum
Grazingrube Jagersdorf, Land Rumänien aufgeführt.
für das Ministerium, ebenso für die rumänische
Kolonieverwaltung. Aber nicht für die Kolonien-
verwaltung.

Der folgende Ordre vom 29.2.44 - Inl. II B 170 - befindet sich ebenfalls
an.
Es ist nicht zu verwundern.

4.
g. I. O.
Am, den 14. März 1944

Wiss

Blg. 3.

AA Mel. u A 5872

von Juden rumänsicher Staatsangehörigkeit zu-
rückgesandt.

Im Auftrage:

Reichow

Bu.

83

0

847/41

C H e f D e r S i c h e r h e i t s p o l i z e i
u n d d e s S D

IV B 4 a - 847/41

Dies ist der Nummer verfuhrerischer Schriftstücken u. Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 25. Januar 1942
Prinz-Albrecht-Straße 9
Fernsprecher: Ost 11045-12.00.40 - Schreibst. 12.00.41

H-Personalhauptamt				12. FEB 1942	
Q. n.					
Chf.				Anlagen:	
	M			1	

An den

Chef des H-Personalhauptamtes
H-Gruppenführer S c h m i t t ,

B e r l i n SW 11,
Prinz-Albrecht-Str.9.

Betrifft: Endlösung der Judenfrage.

Bezug: Ohne.

Anlage: 1 Fotokopie.

Lieber S c h m i t t !

Als Anlage übersende ich Fotokopie eines
Bestellungsschreibens des Reichsmarschalls des Groß-
deutschen Reiches / Beauftragten des Vierjahrespla-
nes und Vorsitzenden des Ministerrats für die Reichs-
verteidigung vom 31.7.1941 mit der Bitte um Kenntnis-
nahme und Beachtung.

Danach bin ich beauftragt, alle für eine
Gesamtlösung der Judenfrage innerhalb des deutschen
Einflußgebietes in Europa erforderlichen Vorbereitun-
gen in organisatorischer, sachlicher und materieller
Hinsicht zu treffen.

Die vorbereitenden Arbeiten sind einge-
leitet.

Heil Hitler!

K. Schulz

Reichsmarschall des Großdeutschen
Reiches

Berlin, den

7.1941

Minister für den Vierjahresplan

Vorsitzender

Ministerrats für die Reichsvertei-
digung

An den

Chef der Sicherheitspolizei und des SD
St-Gruppenführer H e y d r i c h

B e r l i n .

In Ergänzung der Ihnen bereits mit Erlaß vom
24.1.39 übertragenen Aufgabe, die Judenfrage in Form der
Auswanderung oder Evakuierung einer den Zeitverhält-
nissen entsprechend möglichst günstigsten Lösung zuzu-
führen, beauftrage ich Sie hiermit, alle erforderlichen
Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und
materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung
der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa.

Soferne hierbei die Zuständigkeiten anderer
Zentralinstanzen berührt werden, sind diese zu betei-
ligen.

Ich beauftrage Sie weiter, mir in Balde einen
Gesamtentwurf über die organisatorischen, sachlichen
und materiellen Vormaßnahmen zur Durchführung der
angestrebten Endlösung der Judenfrage vorzulegen.

Heydrich

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei
und des SD.

Estland

IV 310/41

1. Eintragen.

2. Abschriften fertigen vom Erlasse des Chefs d. Sipo u. d. SD
IV 310/41 - vom 25.1.42 sowie d. anlgd. Fotokopie.
Verteiler:

In den Kommandeur d. Sipo u. d. SD. für

- " -	Estland
- " -	Letland
- " -	Litauen
- " -	Weissruthenien
- " -	Kommando Lettland
- " -	Stab Kommandogruppe

Abgesandt am

4.3.42

Zusatz: Endlösung der Judenfrage.

Anliegende Abschriften übersende ich
zur fertigen Unterbreitung.

L.d.

gen. St. S. S. S.
S-Stabschef

Befehlshaber
Janik
Estland

3. 2.4.1. Juden allgemein.

← Hahlecker's Parapher

Abschrift

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD.

IV 310/41 - 647/41

In
die Befehlshaber
der Sicherheitspolizei und des SD.

Zusatz: Endlösung der Judenfrage.

Bemerkung: Cms.

Anlage: 1 Fotokopie.

Als Anlage übersende ich Fotokopie eines
Bestellungsschreibens des Reichsministeriums des
Großdeutschen Reiches / Beauftragten des Vier-
jahresplans und Vorsitzenden des Ministerrats
für die Reichsverteidigung vom 31.7.1941 mit
der Bitte um Kenntnisnahme und Beachtung.

Damach bin ich beauftragt, alle für eine
Gesamtlösung der Judenfrage innerhalb des
deutschen Einflussgebietes in Europa erforder-
lichen Vorbereitungen in organisatorischer,
sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen.

Die vorbereitenden Arbeiten sind einge-
leitet.

gen. Heydrich

F.d.R.

Janik

404

83 p

849/41

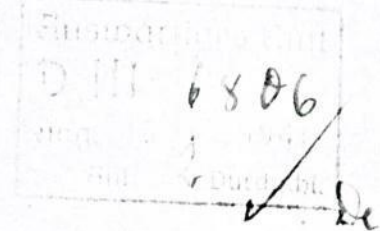
A. A. 6129. 15. AUG 1941

AA Mel. u A 4771

**Der Bevollmächtigte des
Deutschen Reiches**

Kopenhagen, den 7. August 1941.
Dagmarhus

Der Beauftragte
für Fragen der inneren Verwaltung
an. V. 3. - B.-Nr. 343/41.



Betrifft: Durchreiseerlaubnis
durch das Deutsche Reich für
jüdische Emigranten.

Gesehen!

Kopenhagen, den 7. Aug. 1941

Rintke

Das Dänische Außenministerium hat hier folgende Angelegenheit zur Sprache gebracht:

"Im Jahre 1938 und 1939 reisten die nach-
genannten jüdischen Flüchtlinge aus Un-
garn und dem ehemaligen Österreich und
Polen nach Dänemark ein, um hierselbst
die Einreiseerlaubnis nach den Vereinig-
ten Staaten von Nordamerika und Chile
abzuwarten. Laut Mitteilung des Justiz-
ministeriums werden die Betreffenden
jetzt die Einreiseerlaubnis nach den
Vereinigten Staaten Nordamerikas unter
der Voraussetzung erhalten können, daß
ihnen eine behörige Reiselegitimation
verschafft werden kann, und das Justiz-
ministerium hat aus diesem Anlaß dem
Ministerium des Äußeren die Frage vor-
gelegt, ob denselben dänische Hilfspässe
ausgestellt werden können, sofern nicht
durch Verhandlungen mit dem hiesigen
amerikanischen Generalkonsulate und den

In
das Auswärtige Amt
Berlin W 8.

Vertretungsbehörden derjenigen Länder, welche die Betreffenden während ihrer Reise passieren müssen, eine andere Ordnung getroffen werden kann. Ich kann hinzufügen, daß den Betreffenden die Durchreiseerlaubnis durch USSR. verweigert worden ist und daß sie jetzt beabsichtigen, via Lissabon nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Chile zu fahren.

Bezüglich der einzelnen Flüchtlinge gestatte ich mir folgendes anzuführen:

- 1) Der ehem. polnische Staatsangeh. Klemens Silber.
Der Betreffende ist im Jahre 1939 nach hier eingereist, um in Dänemark die Einreiseerlaubnis nach Chile abzuwarten. Er war bei seiner Einreise im Besitz eines jetzt abgelaufenen polnischen Reisepasses und besitzt gegenwärtig ein dänisches Identitätszertifikat für Flüchtlinge aus Deutschland.
- 2) Die ehem. polnischen Staatsangehörigen Adolf Lipner und Frau.
Die Betreffenden haben sich im Jahre 1939 nach Dänemark eingeschlichen, ohne die Paßkontrolle zu passieren und haben, den Umständen gemäß, die Erlaubnis erhalten, sich hier aufzuhalten, um ihre Ausreise nach Chile zu betreiben. Sie sind im Besitze polnischer Reisepässe, die bis zum 7. April 1942 gültig sind.
- 3) Die ehem. polnischen Staatsangehörigen Hermann Gutfreund und Frau.
Sie sind im Jahre 1939 nach Dänemark eingereist, um hier die Einreiseerlaubnis nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika abzuwarten. Hermann Gutfreund ist im Besitze eines polnischen Fremdenpasses mit Gültigkeit bis zum 26. April 1942, und seine Frau ist mit einem dänischen Identitätszertifikat

für Flüchtlinge aus Deutschland versehen.

- 4) Die ehem. polnischen Staatsangehörigen David Blum mit Frau und Tochter.

Sie sind im August 1939 nach Dänemark eingereist zu einem Besuch; auf Grund des Krieges zwischen Deutschland und Polen und den darauf folgenden Ereignissen ist es ihnen nicht möglich gewesen, in ihre Heimat zurückzukehren. Sie waren bei ihrer Einreise im Besitz polnischer Pässe, die jedoch jetzt abgelaufen sind und sind jetzt mit dänischen Identitätszertifikaten für Flüchtlinge aus Deutschland versehen.

- 5) Die ungarischen Staatsangehörigen Juda Eismann mit Frau und drei Kindern.

Die Betreffenden sind im Dezember 1938 zu einem vierwöchentlichen Geschäftsbesuch nach Dänemark eingereist und haben sich seither hier aufgehalten, um die Einreiseerlaubnis nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika abzuwarten. Sie waren bei der Einreise im Besitze ungarischer Hilfspässe, deren Gültigkeit am 28. September 1939 ablief und gegenwärtig im Besitz dänischer Identitätszertifikate für Flüchtlinge aus Deutschland.

- 6) Die ehem. österreichischen Staatsangehörigen Emanuel Löwinger mit Frau und zwei Kindern.

Die Genannten sind im August 1938 nach Dänemark eingereist, um die Einreiseerlaubnis nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika abzuwarten und sind im Besitz deutscher Reisepässe, die bis zum 14. August 1941 gültig sind ("J-Pässe").

Ich bitte Sie, mir mitteilen zu wollen, ob damit gerechnet werden kann, daß die Betreffenden die Durchreiseerlaubnis durch Deutschland erhalten werden, falls wir denselben

dänische Hilfspässe, gültig für diese Einzelreise nach den Vereinigten Staaten ausstellen, und wäre Ihnen, da dänischerseits ein Interesse daran besteht, daß die Abreise so schnell wie möglich geschehen kann, für eine beschleunigte Stellungnahme sehr dankbar.

Nachdem das Vorstehende geschrieben wurde, ist seitens des Justizministerium die Mitteilung eingegangen, daß desweiteren die nachstehend genannten jüdischen Emigranten nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika auszuwandern wünschen, nämlich:

- ✓ a) Der ehem. tschechoslowakische Staatsangehörige Theodor Gedeon Fürst, der sich seit dem 13. Juni 1939 hier in Dänemark als landwirtschaftlicher Volontär aufgehalten hat. Der Betreffende, der bei seiner Einreise nach Dänemark im Besitz eines bis zum 16.10.1942 gültigen tschechoslowakischen Reisepasses war, wünscht bei der ersten möglichen Gelegenheit, nach den Vereinigten Staaten zu reisen.
- ✓ b) Die ehem. tschechoslowakischen Staatsangehörigen Andrej Engel und Frau Magdalene, geborene Berger. Sie sind am 12.8.1939 nach Dänemark eingereist, um Stellen als unbesoldete landwirtschaftliche Volontäre anzunehmen und besitzen tschechoslowakische Reisepässe, die bis zum 16.7.1945, bzw. 10.4.1941 Gültigkeit haben. Auch sie wünschen, so bald wie möglich, nach den Vereinigten Staaten zu reisen."

Die Dänische Regierung möchte sich gerne unerwünschter Personen entledigen, was auch in unserem Interesse liegen dürfte.

Ich bitte um Weisung.



100.00. AUG 1941 Nid

AA me @ A 42N

**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

Berlin SW 11, den 28. August 1941.
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 120040

IV B 4 b (Rz) 845/41
Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Bef.
Weiterleiten an
H. Mittel, um Setzung
Berlin, den

An das

Auswärtige Amt,
Abt. D III

B e r l i n W 35,
Rauchstrasse 11.

Betrifft: Durchreiseerlaubnis durch das Reichs-
gebiet für jüdische Emigranten.

Bezug: Dort. Schreiben vom 19.8.1941 -
D III 6806 -

Auf das dortige Schreiben vom 19.8.41
teile ich mit, dass vom hiesigen Standpunkt aus
im Hinblick auf die kommende und in Vorbereitung
befindliche Endlösung der europäischen Judenfrage
eine Auswanderung von Juden aus den von uns
besetzten Gebieten zu verhindern ist.

In diesem Zusammenhang darf ich darauf
hinweisen, dass durch eine Erteilung der Durch-
reiseerlaubnis an im Ausland befindliche Juden
zum Zwecke der Auswanderung nach USA die z.Zt.
ohnedies geringen Passagemöglichkeiten für Juden
aus dem Reichsgebiet einschliesslich des Protek-
torats Böhmen und Mähren eine erneute Schmälerung
erfahren würden.

AA me u A 471

Unter den angeführten Gesichtspunkten
wird daher gebeten, von dort aus ebenfalls eine
ablehnende Haltung bezüglich der Durchreise von
in Dänemark befindlichen jüdischen Emigranten
einzunehmen. >

Im Auftrage:

gez.: E i c h m a n n.



Beglaubigt:

Lehner
Kanzleiangestellte.

83 q

859141

Abschrift.

Reichssicherheitshauptamt

Berlin, den 12. Mai 1942

- IV B 4 b - 859/41 -- Schnellbrief:

An

- 1.) alle Staatspolizei(leit)stellen,
- 2.) den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
in P r a g ,
- 3.) den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
in S t r a s s b u r g ,
- 4.) den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
in M e t z ,
- 5.) das Einsatzkommando der Sicherheitspolizei und des SD
in L u x e m b u r g ,
- 6.) die Zentrale für jüdische Auswanderung Wien,
z.Hd.von SS-H' Stuf. Brunner o.V.i.A.,
in W i e n ,
- 7.) die Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag,
z.Hd.von SS-Stubaf. Günther o.V.i.A.,
in P r a g .

Betrifft: Bedienung von Juden durch Friseure.Bezug: Ohne.

Nachdem bereits teilweise durch Massnahmen der örtlichen Berufsorganisationen des Friseurhandwerks eine Regelung der Frage der Bedienung von Juden durch Friseure in Angriff genommen worden ist, habe ich zwecks Herbeiführung einer einheitlichen Regelung über die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland den gekennzeichneten Juden unter Androhung staatspolizeilicher Massnahmen untersagt, künftighin noch Friseure - entweder im Ladengeschäft, in Wohnungen oder sonstwie - in Anspruch zu nehmen. Ausgenommen von diesem Verbot ist lediglich die Bedienung durch jüdische Friseure.

- 2 -

Verstösse gegen dieses Verbot sind gegenüber Juden grundsätzlich mit Schutzhaft zu ahnden. Gegen den betroffenen deutschblütigen Friseur ist mein Erlass, betreffend Verhalten Deutschblütiger gegenüber Juden, vom 24.10.41 - IV B 4 b - 1027/41 - in Anwendung zu bringen.

Eine entsprechende Regelung ist im Bereich der Reichsgaue Wien, Kärnten, Niederdonau, Oberdonau, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg durch die Staatspolizeileitstelle Wien im Einvernehmen mit der Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien zu treffen, indem die Israelitische Kultusgemeinde in Wien mit den notwendigen Anweisungen versehen wird.

Soweit es notwendig erscheint, haben die Staatspolizei(leit)stellen der eingegliederten Ostgebiete (Danzig-Westpreussen, Ost-Oberschlesien, Warthogau, Süd-Ostpreussen mit Zichenau sowie Bezirk Bialystok) das Erforderliche in ihrem Bereich zu veranlassen. Dasselbe gilt für die Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Prag (zusammen mit der Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag), Strassburg und Metz sowie für das Einsatzkommando in Luxemburg.

Den Reichsinnungsverband des Friseurhandwerkes habe ich von Vorstehendem in Kenntnis gesetzt und gleichzeitig geboten, dafür Sorge zu tragen, dass diese Anordnung den einzelnen Friseurbetrieben im Reichsgebiet mitgeteilt wird.

gez. H e y d r i c h .

Beglaubigt: (Siegel)

gez. Unterschrift

Kanzleiangestellter

H. P. d. A.

Kanzleiangestellter

83 9

865/41 (750/41)

USA (NA) 123-4577	
6. NOV 1941	
- 1144	

Schneidbrief.

Dringend - sofort vorlegen!
Sa. einschrift - je gesondert -

An

- a) alle Staatspolizei-(leit-)stellen,
(außer Prag und Brünn)
- b) die
Zentralstelle für jüdische Auswanderung, Wien,
in Wien.

Respektvoll

an

- a) alle S.-(Leit-)Abschnitte,
(außer Prag)
- b) alle Kriminalpolizei-(leit-)stellen,
(außer Prag und Brünn)

Betriebs: Erfassung von Schreibmaschinen, 2 hr-
rädern, Fotoapparaten und Ferngläsern
bei Juden.

Bezug: Ohne.

Aus Anordnung sollen mit gewissen Ausnahmen
sofort sämtliche in jüdischen Privatbesitz befindli-
chen Schreibmaschinen (einschliesslich Rechenmaschinen
und Vervielfältigungsapparate), Fahrräder nebst Zubehö-
r und Fotoapparate (einschliesslich Film-, Vergrö-
ßerungs- und Projektionsapparate sowie Belichtungsmesser)



sowie Kugellager erfaßt und zu gegebener Zeit an eine noch zu bestimmende Stelle zur Ablieferung gelangen.

Dementsprechend ist der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, die für das Altreichsgebiet (einschließlich Saarland, Eupen-Malmédy und Lotharingen) zuständig ist, die Auflage erteilt worden, den Juden bekanntzugeben, daß sie die oben bezeichneten Gegenstände sofort auszumelden und sich jeglicher Verfügung darüber zu enthalten haben. Ebenso sind die Juden verpflichtet, sämtliche seit dem 1. Oktober d. Jrs. vor ihnen ergangenen Verfügungen über derartige Sachen zwecks Nachprüfung über die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland hierher zu melden. Zugleich ist den Juden auf diesen Weg die Inhaftnahme für den Fall der Zuwiderhandlung angedroht worden. Dieser Anordnung unterliegen sämtliche Personen, die nach § 5 der ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 1.11.1935 (RGBl. I, Seite 133) als Juden gelten. Angenommen hiervon sind lediglich:

- a) die in einer Mischehe lebenden jüdischen Ehegatten, sofern Abkömmlinge aus der Ehe vorhanden sind und diese nicht als Juden gelten, u. zw. auch dann, wenn die Ehe nicht mehr besteht oder der einzige Sohn im gegenwärtigen Kriege gefallen ist,
- b) die jüdischen Ehefrauen bei kinderloser Mischehe während der Dauer der Ehe,
- c) alle Ausländer mit Ausnahme der Staatsangehörigkeit von besetzten und eingegliederten Gebieten (belgische, fr. polnische, sowjetrussische, frankenburgische, französische und fr. jugoslawische Staatsangehörige sowie Protektoratsangehörige).

Angenommen sind ferner die Schreibmaschinen (einschließlich Rechenmaschinen und Vervielfachungsmaschinen).

(Hilfungsorganisationen) der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, ihrer Bezirksstellen und der Israelitischen Kultusvereinigungen sowie der amtlich zugelassenen jüdischen Rechtskonsulenten. Dasselbe gilt für die Fahrräder nebst Zubehör, die der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, ihren Bezirksstellen und den Israelitischen Kultusvereinigungen gehören. Ebenso sind Fahrräder von amtlich zugelassenen jüdischen Krankenbeholdern und von denjenigen Juden nicht zu erfassen, die unbedingt für die ärztliche Tätigkeit oder den Arbeitseinsatz benötigt werden. Feststellungen darüber sind gegebenenfalls im Einvernehmen mit der zuständigen Ärztekammer oder dem zuständigen Arbeitsamt zu treffen. Die endgültige Entscheidung hierüber steht jedoch den Stadtpolizei(leit-)stellen zu.

Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland hat auf Grund ihrer Erhebungen für die einzelnen Bezirke Listen in formlicher Ausfertigung aufstellen zu lassen, die in einzelnen enthalten seien:

- a) Name und Wohnung des Eigentümers,
- b) Beruf,
- c) Herstellungsjahr,
- d) Fabrikat und Fabriknummer,
- e) Zustand.

Zwei Listen davon verbleiben bei der zuständigen Bezirksstelle der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland bzw. bei der in Betracht kommenden Israelitischen Kultusvereinigung, eine Ausfertigung ist der zuständigen Stadtpolizei(leit-)stelle zu übermitteln, während zwei weitere Ausfertigungen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland in Berlin zu überreichen sind, die davon eine

Anfertigung des Reichssicherheitshauptamt abzuliefern hat.

Gelangen Juden zur Abschichtung nach dem Osten, so sind die oben bezeichneten Gegenstände von der Beschlagnahme und Einschiebung in jeden Einzelfall auszureichen und b. i. der zuständigen Bezirksstelle der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland oder Israelitischen Kultusvereinigung abzuliefern, die für eine ordnungsgemäße Aufbewahrung bis zur Entscheidung über die endgültige Ablieferung Sorge zu tragen haben.

Das oben angeführte Verfahren wird, soweit dies noch notwendig ist, in den besetzten und eingegliederten Gebieten (Danzig-Gesamtes Ostoberschlesien, arthel nd, Südostpreussen mit Zichenau und Bezirk Bialystok) durch die dafür im einzelnen zuständigen Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD in Danzig, Breslau, Posen und Königsberg unter Einschaltung der für diese Gebiete in Betracht kommenden jüdischen Organisationen entsprechend durchgeführt. Die Listen, die in übrigen in allen Fällen getrennt nach der Art der erfaßten Gegenstände angefertigt werden müssen, sind insoweit über diese Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD zu leiten.

Für die Ostmark hat die Durchführung dieser Aktion unmittelbar durch die Statapolizeileitstelle Wien in Einvernehmen mit der Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien zu erfolgen, indem die genannte Anlage der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien erteilt wird.

Ich gebe hiervon Kenntnis mit den Er-
suchen, die Erhebungen der jüdischen Organisationen
in Dahlen des Möglichen zu überwachen und gegebe-
nenfalls bei Zuwiderhandlungen durch Inhaft-
nahme einzuschreiten.

In Vertretung:

Gez.: Müller

Beglaubigt.

[Handwritten signature]
Kanzleisch. stellte.



83

3

890141

HfR EA VII

Beglaubigte Durchschrift

15. April

2

Der Reichsminister des Innern

Pol. S. IV B 4 a-1- 890/41

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Berlin SW 11, den
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 120040

194

An den

Jüdischen Kulturbund in Deutschland e.V.

in Berlin SW 63.
Kommandantenstr. 57.

und seine Zweigstellen in
Breslau, Hamburg, Frankfurt/M. und Köln.

Unter Aufhebung der s.Zt. verfügten Auflösung
des Jüdischen Kulturbundes in Deutschland e.V.
in Berlin und seiner Zweigstellen in Breslau,
Hamburg, Frankfurt/M. und Köln ordne ich nunmehr
auf Grund des § 5 der Zehnten Verordnung zum
Reichsbürgergesetz vom 4.7.1939 (RGBl. I. S. 1097)
die Eingliederung der genannten Vereinigungen
einschließlich der von ihnen unterhaltenen Fach-
vertriebe in die Reichsvereinigung der Juden in
Deutschland an.

Im Auftrage:

Gez. E i c h m a n n



Beglaubigt

Hopman

Kanzleiangeestellte

83 *

940 / 41

Selbe Stigma als Brandmarkung für die Juden in Deutschland?

Berlin, Ende August 1941.

Der Sprecher des Reichspropagandaministeriums hat in der Pressekonferenz vom 20. August d.J. erklärt, dass neue Strafmassnahmen gegen die noch in Deutschland lebenden Juden und die als Juden geltenden Personen erwoogen werden.

Sie seien schuld an dem Ueberfall der Bolschewisten auf Deutschland, an dem Massennord an den Ukrainern, an der weiteren Ausbreitung des Krieges, kurz: an allem Elend, das dieser Krieg über die Völker heraufbeschwört.

Neben weiteren tief einschneidenden Massnahmen auf vermögensrechtlichen Gebiet kündigte er eine in ihrer Tragweite vernichtende Strafe in Form einer gelben Armbinde mit Davidstern an, die jede als Jude geltende Person ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht zu tragen haben werde, für Luxemburg habe der Chef der Zivilverwaltung, Gauleiter Simon, die gleiche Strafmassnahme soeben durchgeführt, wie sie bisher nur in den Ghettos der Ostjuden üblich ist.

X X X

Diese Brandmarkung soll nicht nur Volljuden treffen, sondern auch den grossen Personenkreis der nichtarischen Christen, die zum grössten Teil seit ihrer Kindheit, viele schon seit Generationen, dem christlichen Glauben angehören, die überwiegend mit Arieren verheiratet sind, die vielfach Kinder haben, die Mischlinge ersten Grades sind, die jetzt z.T. in der Wehrmacht dienen.

Diese Brandmarkung soll ferner Männer treffen, die als Frontsoldaten den Weltkrieg mitgekämpft haben, z.T. in Offiziersrang, und die neben anderen Kriegsauszeichnungen das vom Führer verliehene Ehrenkreuz für Frontkämpfer besitzen. Diese ehemaligen Frontkämpfer sollen neben den Ehren- und Erinnerungszeichen des grossen Krieges in Zukunft den differenzierenden gelben Fleck tragen.

Alle diese Menschen sollen wie schwere kriminelle Verbrecher gekennzeichnet, sie sollen öffentlich gelächelt und der Strasse preisgegeben werden, nur weil man sie verantwortlich macht für weltgeschichtliche Vorgänge, an denen sie in Wahrheit genau so schuldlos sind wie das deutsche Volk selbst.

Sie sollen öffentlich entehrt und zu Feindwild erklärt werden, nur weil ein unstillbarer und uferloser Haass sie dazu verurteilt.

X X X

Im November 1940, nach dem Pariser Mord an dem deutschen Legationssekretär Herrn von Rath, stand ein ähnlicher Plan zur Erörterung, der damals von einigen Heissparnern in der Partei ausging. Im Auslandsklub am Leipziger Platz, vor Vertretern der Auslandspressen, hat damals Reichsinnenminister

Dr. Frick, begleitet von den Staatssekretären Frundt und Dr. Birkart, sich nachdrücklich gegen derartige Pläne gewandt, sie als unzweckmäßig und schädlich abgelehnt und auf die Frage eines Pressevertreters hinzugefügt, sie würden "von keiner amtlichen Stelle ernsthaft erwogen".

Es ist bekannt, dass Reichsmarschall Göring sich damals ebenfalls in unabweisender Weise gegen alle derartigen Experimente ausgesprochen und in einem noch heute gültigen Erlass angeordnet hat, dass für alle gegen die Juden gerichteten Massnahmen vorher seine Zustimmung eingeholt werden muss.

Es darf ferner als bekannt vorausgesetzt werden, dass vor allem aussenpolitische Rücksichten - ganz besonders aber im Kriege - alle derartige von Hess diktierten Massnahmen gegen wehrlose, z.T. schon im Greisenalter stehende Menschen als unzweckmäßig und sehr zweischneidig erscheinen lassen. So gewiss es eine primitive Zwecklegende ist, dass Stalin, Churchill und Roosevelt von den "deutschen Juden" gekauft oder sonstwie in ihrem politischen Handeln beeinflusst seien, so sicher ist anzunehmen, dass solch unverhüllte Diffamierungen und Quälereien wehrloser Menschen bei anderen Nationen Vergeltungsgefühle hervorrufen und als Vorbild für ähnliche unwürdige Massnahmen gegen Reichsdeutsche im Ausland, insbesondere in Roosevelt-Amerika, dienen könnten.

Die unter nichtigen Vorwänden aus den USA ausgewiesenen deutschen Konsuln, vor allem Generalkonsul Hauptmann a.D. Wiedemann (San Francisco) und Borchers (New York) können ein Lied singen von den mannigfachen Schikanen und Belästigungen, denen Deutsche in den Vereinigten Staaten schon heute in wachsendem Masse ausgesetzt sind.

Alle weiteren Massnahmen gegen die Juden in Deutschland, vor allem aber jeder Versuch, völkisch unerwünschte Elemente zu stigmatisieren und dadurch für vogelfrei zu erklären, bedeuten jetzt im Kriege in ihrer praktischen Auswirkung nichts anderes als Wasser auf die Mühlen von Herrn Roosevelt.

X X X

Der Reichsminister des Innern

Berlin, den 15. September 1941.

Pol.- S IV B 4 b Nr.940/41-6

191

S c h n e l l b r i e f !Vertraulich! Sofort! Fristsache!Nicht zur Veröffentlichung geeignet!

An

Sammelanschrift - je gesondert -

- 1) alle Staatspolizei- (leit) stellen,
- 2) die
Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien,
in Wien,
- 3) die
Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag,
in Prag,
- 4) die Reichsstatthalter und Landesregierungen
- außer Preußen -
- 5) die preußischen Regierungspräsidenten (einschließ-
lich Kattowitz und Zichenau, in Berlin der
Polizeipräsident),
- 6) den
Reichskommissar für die Westmark,

Nachrichtlich

- 1) an den
Beauftragten für den Vierjahresplan,
z. Hd. von Herrn Ministerialrat v. N o r m a n n ,
B e r l i n ,
- 2) die Abteilung I
des Reichsministers des Innern,
z. Hd. von Herrn Ministerialrat Dr. L ö s e n e r ,
B e r l i n ,

- 3) den Herrn Reichsverkehrsminister,
z. Hd. von Herrn Ministerialrat Reiser,
Berlin,
- 4) den Herrn Reichsminister der Luftfahrt,
z. Hd. von Herrn Ministerialrat Schwartz,
Berlin,
- 5) das Auswärtige Amt,
z. Hd. von Herrn Legationsrat Rademacher,
Berlin,
- 6) den Herrn Reichspostminister,
z. Hd. von Herrn Ministerialrat Möller,
Berlin,
- 7) den Herrn Reichswirtschaftsminister,
z. Hd. von Herrn Oberregierungsrat Dr. v. Coelln,
Berlin,
- 8) den Herrn Reichsarbeitsminister,
Berlin,
- 9) den Herrn Reichsminister
für Volksaufklärung und Propaganda,
z. Hd. von Herrn Oberregierungsrat Dr. Taubert,
Berlin,
- 10) die Partei-Kanzlei,
z. Hd. von Herrn Oberregierungsrat Dr. Reischauer,
München 33
Führerbau,
- 11) den Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren,
z. Hd. von H-O'Stubaf. Oberregierungsrat Dr. Maurer,
Prag XIX.
Unter den Kastanien 19,
- 12) den Chef der Ordnungspolizei,
z. Hd. von Herrn Ministerialdirigenten Dr. Bader,
Berlin,

- 13) die Chefs der Zivilverwaltung
in Straßburg, Metz, Luxemburg, Marburg und Veldes,
- 14) das Bayerische Staatsministerium des Innern,
M ü n c h e n ,
- 15) die Preußischen Oberpräsidenten,
- 16) den Stadtpräsidenten der Reichshauptstadt Berlin,
B e r l i n ,
- 17) die Reichsverteidigungskommissare,
- 18) die Höheren ~~H~~- und Polizeiführer
- außer Oslo, Den Haag und Krakau -
- 19) die Amtschefs, Gruppenleiter und Referenten
des Reichssicherheitshauptamtes - Verteiler C -
(Geschäftsstelle IV 4 Exemplare, Referat I B 3
12 Exemplare)
- 20) die Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
in Prag, Straßburg und Metz,
- 21) die Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD,
- 22) die Grenzinspektoren I bis III,
- 23) den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark,
in M a r b u r g ,
- 24) den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
in Südkärnten und Krain,
in V e l d e s ,
- 25) das Einsatzkommando in Luxemburg,
- 26) alle SD- (Leit-) Abschnitte,
- 27) alle Kriminalpolizei- (leit-) stellen.

Betrifft: Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1. September 1941 (RGBl. I, S. 547).

Anlagen: je 2 (Master A, B).

In Durchführung der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1. September 1941 (RGBl. I, S. 547) gebe ich - soweit hierbei die Benutzung von Verkehrsmitteln geregelt wird, im Einvernehmen mit dem Reichsverkehrsminister, Reichspostminister und Reichsminister der Luftfahrt - folgende Richtlinien bekannt:

I. Kennzeichnung der Juden:

a) Tragweise und Verteilung:

Die Kennzeichen sind von den Juden auf der linken Brustseite etwa in Herzhöhe jederzeit sichtbar und festgenäht in der Öffentlichkeit zu tragen. Unter den Begriff der Öffentlichkeit fallen nicht nur jedermann zugängliche, sondern auch private Luftschutzräume, worauf Bedacht zu nehmen ist, da sich bisher gerade in diesen Räumen sehr viele Schwierigkeiten zufolge Nichtkennzeichnung der Juden ergeben haben.

Die Juden sind anzuhalten, ihre Kennzeichen stets sorgsam und pfleglich zu behandeln sowie in sauberem Zustand zu tragen.

Die Verteilung der Kennzeichen an die Juden erfolgt über die Zentralstellen für jüdische Auswanderung Berlin, Wien und Prag unter Einschaltung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und der Jüdischen Kultusgemeinden Wien und Prag.

b) Verstöße:

Vorsätzliche Verstöße gegen die Verordnung oder

die dazu ergangenen Durchführungsbestimmungen wie diese sind grundsätzlich mit Schutzhaft zu ahnden. Bei Verstößen von Juden, die infolge ihrer Jugendlichkeit noch nicht strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können, macht sich der jüdische Erziehungsberechtigte nach § 4 der Verordnung zur Ergänzung des Jugendstrafrechtes vom 4.10.1940 (RGBl. I, S. 1336) in ihrem Gültigkeitsbereich strafbar.

Wie es von seiten der Parteikanzlei in dem Bereich der NSDAP geschehen wird, ist auch von den dortigen Dienststellen auf dem staatlichen Sektor alles zu tun, um eigenmächtige und ungesetzliche Ausschreitungen gegen die nunmehr gekennzeichneten Juden zu verhindern. Gegen Verstöße dieser Art ist unnachsichtlich einzuschreiten.

II. Beschränkung bezüglich Verlassen der Wohngemeinden und Benutzen der Verkehrsmittel (§ 2 der Verordnung).

Zuständigkeit:

In eigenen Angelegenheiten können die Dienststellen der Geheimen Staatspolizei mittels einer Bescheinigung das Verlassen der Wohngemeinde usw. erlauben. Hierunter fallen auch Erlaubniserteilungen für Juden, die als Angehörige von amtlich anerkannten jüdischen Organisationen (z.B. Reichsvereinigung der Juden) aus dienstlichen Gründen die Wohngemeinde verlassen müssen. Im Bereiche der Reichshauptstadt Berlin ist für die Genehmigung derartiger Dienstreisen der Chef der Sicherheitspolizei und des SD (Zentralstelle für jüdische Auswanderung Berlin) zuständig.

An Stelle der Ortspolizeibehörden nimmt nach § 2 der Verordnung für das Gebiet des Reichsgaues Wien die

Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien die Aufgabe in Beziehung auf die Erteilung der Erlaubnis zum Verlassen der Wohngemeinde und zur Benutzung von Verkehrsmitteln wahr.

In allen anderen Fällen ist für die Ausstellung der schriftlichen Erlaubnis örtlich zuständig die Ortspolizeibehörde, in deren Bezirk der Gesuchsteller seinen Wohnsitz oder mangels eines Wohnsitzes seinen Aufenthalt hat. In Gemeinden mit staatlicher Polizeiverwaltung erteilt die Erlaubnis die staatliche Polizeibehörde.

a.) Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis zum Verlassen der Wohngemeinde:

Erlaubnisbescheinigungen dürfen nur an Juden ausgestellt werden, die eines der nachstehend bezeichneten Ausweispapiere vorlegen, u.zw.:

Deutsche Staatsangehörige einen Reisepaß, einen Kinderausweis, eine Kennkarte oder einen amtlichen Lichtbildausweis,

Bewohner des Bezirkes Bialystok einen Paß oder einen amtlichen Lichtbildausweis,

Nichtreichsangehörige Personen einen Paß oder einen nach den allgemeinen deutschen Paßvorschriften gültigen Paßersatz.

Erlaubniserteilungen kommen nur beim Nachweis der unabweisbaren Notwendigkeit des Verlassens der Wohngemeinde in Betracht, worunter u.a. regelmäßig fallen werden:

Arbeitseinsatz, der durch eine amtliche Bescheinigung des zuständigen Arbeitsamtes nachgewiesen ist,

Behördliche Vorladungen oder Maßnahmen, die ein Verlassen der Wohngemeinde notwendig machen, was gleichfalls von

seiten der Juden durch Vorlage einer amtlichen Bescheinigung bei der ausstellenden Behörde oder Dienststelle unter Beweis zu stellen ist,

notwendige Dienstreisen von Angehörigen der amtlich anerkannten jüdischen Organisationen,

wirtschaftliche Gründe, soweit eine Bescheinigung der zuständigen Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer oder einer sonstigen amtlichen Dienststelle vorgelegt wird,

sonstige persönliche oder familiäre Gründe, wie eigene schwere Krankheit oder eines nahen Verwandten bzw. dessen Tod, worüber in jedem einzelnen Falle eine amtliche Bescheinigung (z.B. des Amtsarztes) beizubringen ist.

b.) Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis zur Benutzung von Verkehrsmitteln außerhalb der Wohngemeinde:

Die ausstellende Dienststelle hat in jedem Falle darüber zu entscheiden, welches oder welche Verkehrsmittel der Jude benutzen darf, und dies in der Erlaubnisbescheinigung zu vermerken. Hierbei ist die Auswahl so zu treffen, daß die verkehrstechnischen Belange weitgehendst berücksichtigt werden.

Dementsprechend kommt die Benutzung von Droschken und Mietwagen (§ 39 Absatz 1 bis 4 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Beförderung von Personen zu Lande vom 26.3. 1935 - RGBl. I, S. 473), von Fahrzeugen auf Binnen- und Seewasserstrassen sowie von Flugzeugen in der Regel überhaupt nicht und deswegen nur bei unabweisbarer Notwendigkeit in Betracht. So sind für die Inanspruchnahme von Droschken und Mietwagen (ausschliesslich der Mietomnibusse und -lastwagen) regelmässig nur Ärzte, Hebammen, Schwer-

körperbehinderte, insbesondere Kriegsbeschädigte (Beinamputierte, Gelähmte u.s.w.), Schwerkranke und Begleiter von erkrankten oder körperbehinderten deutschblütigen Familienangehörigen zuzulassen.

Beförderung von Juden mit Mietomnibussen und -lastwagen ist in der Regel nur beim geschlossenen Arbeitseinsatz von Juden u.dgl. zulässig, wobei ein Sammelantrag von Seiten des Arbeitgebers der Juden bei der ausstellenden Behörde zu stellen ist.

Die Benutzung von Fahrzeugen auf Binnen- und Seewasserstrassen ist gleichfalls auf das allernotwendigste Maß zu beschränken.

Ebenso ist der Luftverkehr den Juden grundsätzlich verschlossen. Lediglich in ganz besonders zwingenden Ausnahmefällen kann hiervon eine Ausnahme gemacht werden, wobei es selbst beim Vorliegen einer polizeilichen Zulassung des Juden zum Luftverkehr der Lufthansa entsprechend der bisherigen Regelung noch überlassen bleibt, den Juden aus verkehrstechnischen Gründen auszuschliessen. Soll diese Möglichkeit des Ausschlusses von Seiten der Lufthansa nicht gegeben sein, so ist diese hiervon rechtzeitig schriftlich in Kenntnis zu setzen.

Von der Beförderung durch Ausflugswagen (§ 39 Absatz 2 aaO.) und Benutzung von Landkraftposten (§ 2 Absatz 5 aaO.) sind die gekennzeichneten Juden in vollem Umfange ausgeschlossen.

Falls überhaupt eine Zulassung zu Verkehrsmitteln notwendig ist, sind daher die Juden in der Regel auf die Benutzung der Eisenbahnen, Straßenbahnen (Abschnitt II, Ziffer 1 des Gesetzes über die Beförderung von Personen zu Lande vom 6.12.1937 RGBl. I, S. 1319) und auf die Beförderung im Linien-

verkehr (Abschnitt II, Ziffer 2 aa0.) sowie im Überlandverkehr (§ 39, Absatz 3 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Beförderung von Personen zu Lande vom 26.3.1935 - RGBI. I, S. 473) zu beschränken. Die Genehmigungsbehörde, die Deutsche Reichspost und die Deutsche Reichsbahn können auf diese Beförderung von Juden auf bestimmte Tage, Stunden, Strecken oder in anderer Weise beschränken.

Erlaubnisbescheinigungen:

Die Bescheinigungen sind nach anliegendem Muster A gebührenfrei auszustellen. Im Falle der Sammelbeförderung von Juden ist eine Sammelbescheinigung in entsprechender Weise auszuhändigen. Die Beschaffung ist örtlich zu regeln, wobei es überlassen bleibt, ob die Herstellung je nach Bedarf im Vervielfältigungsverfahren oder durch Druck zu erfolgen hat.

Die Erlaubnis zum Verlassen der Wohngemeinde und zur Benutzung von Verkehrsmitteln ist in der Regel nur für den einzelnen Fall unter genauer Festlegung der Zeitdauer und des örtlichen Bereiches zu erteilen. Sie kann in besonders gelagerten Fällen für einen längeren Zeitraum bis zu einer Geltungsdauer von höchstens drei Monaten und einen bestimmten Verkehrsbereich auch zum mehrmaligen Verlassen der Wohngemeinde oder zur wiederholten Inanspruchnahme von Verkehrsmitteln erteilt werden, wenn die unabweisbare Notwendigkeit hierfür nachgewiesen wird. Die Verlängerung ist unzulässig; erforderlichenfalls ist eine neue Bescheinigung auszustellen. Die Bescheinigung ist mit Orts- und Tagesangabe, dem Dienststempel und der Unterschrift des ausfertigenden Beamten zu versehen.

Die Bescheinigung ist bei Ungültigkeit infolge Fristablaufes oder nach Abschluss der Reise außerhalb der Wohngemeinde von dem Juden bei den ausstellenden Behörden abzugeben.

Über die ausgestellten Bescheinigungen sind von den ausstellenden Behörden besondere Listen zu führen.

Die von dem Antragsteller für den Nachweis der unabweisbaren Notwendigkeit zum Verlassen der Wohngemeinde usw. vorgelegten Bescheinigungen sind zu den Akten zu nehmen, es sei denn, daß eine Rückgabe an den Juden im Einzelfall unbedingt erforderlich ist, worüber ein kurzer Vermerk zu den Akten - möglichst unter Beifügung von Abschriften der vorgelegten Bescheinigungen - aufzunehmen ist.

Regelung für die Beförderung durch Verkehrsmittel und die Benutzung ihrer Einrichtungen.

Die unter die Bestimmungen der Verordnung fallenden Juden haben beim Antritt der Fahrt oder beim Lösen und bei der Prüfung der Fahrausweise die polizeiliche Erlaubnis zusammen mit einem amtlichen Lichtbildausweis unaufgefordert vorzuzeigen.

Der Verkehrsträger oder -unternehmer hat dafür Sorge zu tragen, daß nach Möglichkeit bei Antritt der Reise oder beim Lösen des Fahrausweises durch Aufschrift oder Stempelaufdruck auf die polizeiliche Erlaubnisbescheinigung die Inanspruchnahme des Verkehrsmittels kenntlich gemacht wird, damit eine mißbräuchliche Benutzung ausgeschlossen ist

Juden dürfen Verkehrsmittel, von denen sie durch die Verkehrsträger oder deren Aufsichtsbehörden ausgeschlossen werden, nicht benutzen; sie müssen in den Verkehrsmitteln bestimmte Plätze einnehmen, wenn ihnen solche angewiesen werden.

Juden dürfen unbeschadet weitergehender Einschränkungen Warteräume, Wirtschaften und sonstige Einrichtungen innerhalb der Verkehrsbetriebe nur insoweit benutzen, als sie das Verkehrsmittel selbst in Anspruch nehmen dürfen.

c.) Ortspolizeiliche Erlaubnis zur Benutzung von Verkehrsmitteln innerhalb der Wohngemeinde:

Allgemeines:

Um zu verhindern, daß Juden aus eigennütigen Beweggründen und mißbräuchlich innerhalb ihrer Wohngemeinden bestimmte Verkehrsmittel benutzen, die in erster Linie der deutschen Bevölkerung vorbehalten bleiben müssen, kommen auch hier im wesentlichen die obigen Einschränkungen und Richtlinien für das Verlassen der Wohngemeinde und die Benutzung von Verkehrsmitteln außerhalb der Wohngemeinde in Betracht.

Zuständig für die Erteilung dieser Erlaubnis zur Benutzung von bestimmten Verkehrsmitteln sind hier stets die Ortspolizeibehörden.

Innerhalb der Wohngemeinde kommt für die ortspolizeiliche Erlaubnis lediglich die Benutzung von Droschken und Mietwagen (einschliesslich der dazugehörigen Mietomnibusse und -lastwagen) sowie von Fahrzeugen auf Binnenwasserstrassen in Frage. Hierbei ist selbstverständlich ein strenger Maßstab anzulegen.

Die Erlaubnisbescheinigungen für die Benutzung von Verkehrsmitteln innerhalb der Wohngemeinde sind nach anliegendem Muster B gebührenfrei auszustellen.

III. Staatsangehörigkeit:

Bis zu einer anderweitigen Regelung unterliegen Juden ausländischer Staatsangehörigkeit einstweilen nicht den Bestimmungen der Verordnung, mit Ausnahme der Juden, die in den Gebieten Eupen-Malmedy und Moeresnet die belgische Staatsangehörigkeit und in dem der Provinz Ostpreußen eingegliederten Bezirk Bialystok die sowjetrussische Staatsangehörigkeit besitzen.

IV. Vorbehalt weiterer Regelungen:

Der Erlass weiterer Anordnungen bleibt vorbehalten. Mit Rücksicht hierauf ist von weitergehenden Maßnahmen als den bisher getroffenen abzusehen.

Nähere Regelungen für die Benutzung von Verkehrsmitteln werden durch den Reichsverkehrsminister, Reichspostminister und den Reichsminister der Luftfahrt getroffen.

Für das Protektorat Böhmen und Mähren bleibt eine gesonderte Regelung durch den Reichsprotector in Böhmen und Mähren vorbehalten.

Zusatz:

- a.) für die Reichsstatthalter und Landesregierungen - außer Preußen - ,
- b.) für die preussischen Regierungspräsidenten (einschliesslich Kattowitz und Zichenau, in Berlin der Pol.Präs.)
- c.) für den Reichskommissar für die Westmark,

- je einzeln -

Ich ersuche um sofortige Bekanntgabe dieser Richtlinien an die untergeordneten Behörden, insbesondere an die Ortspolizeibehörden.

d.) für den Reichsprotektor:

Für eine entsprechende Regelung im Protektorat Böhmen und Mähren bitte die Sorge zu tragen. Um Übersendung der dortigen Erlasse auf diesem Gebiete wird gebeten.

e.) für die Chefs der Zivilverwaltung in Straßburg, Metz, Luxemburg, Marburg und Veldes je einzeln:

Unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 1.9.1941 - Pol. S II A 2 Nr.399/41 - 151 - bitte ich für eine entsprechende Regelung Sorge zu tragen. Um Übersendung von Abschriften hiervon wird gebeten.

f.) für die Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Straßburg und Metz,

für die Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD in Marburg und Veldes sowie

für das Einsatzkommando in Luxemburg je einzeln.

Dieser Erlass gilt nicht für den dortigen Bereich. Wie ich bereits mitteilte, wurde der dortige Chef der Zivilverwaltung von hier aus ersucht, eine entsprechende Kennzeichnungsverordnung zu erlassen.

Im Auftrage:

gez.: H e y d r i c h.

Beglaubigt:

[Handwritten signature]
Kanzleiangehörige.



Muster A......
Dienststelle....., den
Ort

B.Nr.

Polizeiliche Erlaubnis.Dem Juden - Der Jüdin
(Vornamen, Rufnamen unterstreichen).....
(Zuname, bei Frauen auch Mädchenname) (Beruf)

geb. am in

wohnhaft in
(Gemeinde) (Straße, Platz Nr.)....., wird hier-
(Staatsangehörigkeit) (amtl. Lichtbildausweis)

mit die polizeiliche Erlaubnis zum einmaligen,maligen.

wiederholten Verlassen seiner - ihrer Wohngemeinde

..... über nach

- und zurück - am vom bis
(Datum) (Zeitangabe)

erteilt.

Diese Erlaubnis berechtigt zur Benutzung von
(Verkehrsmittel)

soweit nicht eine Inanspruchnahme dieses -r- Verkehrsmittel

-s- durch die Verkehrsträger oder deren Aufsichtsbehörden

ausgeschlossen oder eingeschränkt ist.

Dieser Erlaubnisschein ist nur gültig in Verbindung mit
einem amtlichen Lichtbildausweis.

Dienststempel

.....
(Unterschrift)

Nichtzutreffendes durchstreichen.

Muster B.

.....
Dienststelle

....., den
Ort

B.Nr.....

Polizeiliche Erlaubnis.

(Nur gültig innerhalb von)
(Wohngemeinde)

Dem Juden - Der Jüdin
(Vornamen, Rufnamen unterstreichen)

.....
(Zuname, bei Frauen auch Mädchenname) (Beruf)

geb. am in

wohnhaft in
(Gemeinde) (Straße, Platz Nr.)

....., wird hiermit
(Staatsangehörigkeit) (amtl.Lichtbildausweis)

die polizeiliche Erlaubnis zur einmaligen,maligen,
wiederholten Benutzung von innerhalb
(Verkehrsmittel)

seiner - ihrer Wohngemeinde nach
..... - und zurück -
(Stadtteil, Straße, Platz Nr.)

am vom bis erteilt,
(Datum) (Zeitangabe)

soweit nicht eine Inanspruchnahme dieses -r- Verkehrsmittel
-s- durch die Verkehrsträger oder deren Aufsichtsbehörden
ausgeschlossen oder eingeschränkt ist.

Dieser Erlaubnisschein ist nur gültig in Verbindung mit
einem amtlichen Lichtbildausweis.

Dienststempel

.....
(Unterschrift)

Nichtzutreffendes durchstreichen.

Reichsminister des Innern

Berlin, den 15. September 1941.

- S IV B 4 b Nr. 940/41-5

17

Am 17. 9. 41

Schnellbrief!

Vertraulich! Sofort! Fristlos!

Nicht zur Veröffentlichung geeignet!

An

Sammelanschrift - je gesondert -

- 1) alle Staatspolizei- (leit) stellen,
- 2) die
Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien,
in Wien,
- 3) die
Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag,
in Prag,
- 4) die Reichsstatthalter und Landesregierungen
- außer Preußen -
- 5) die preussischen Regierungspräsidenten (einschließ-
lich Kattowitz und Zichenau, in Berlin der
Polizeipräsident),
- 6) den
Reichskommissar für die Westmark,

Nachrichtlich

- 1) an den
Beauftragten für den Vierjahresplan.
z. Hd. von Herrn Ministerialrat v. N o r m a n n,
B e r l i n,
- 2) die Abteilung I
des Reichsministers des Innern,
z. Hd. von Herrn Ministerialrat Dr. L ö s e n e r,
B e r l i n,

- 3) den Herrn Reichsverkehrsminister,
z. Hd. von Herrn Ministerialrat Rei s e r,
B e r l i n,
- 4) den Herrn Reichsminister der Luftfahrt,
z. Hd. von Herrn Ministerialrat S c h w a r t z,
B e r l i n,
- 5) das Auswärtige Amt,
z. Hd. von Herrn Legationsrat R a d e m a c h e r,
B e r l i n,
- 6) den Herrn Reichspostminister,
z. Hd. von Herrn Ministerialrat M ö l l e r,
B e r l i n,
- 7) den Herrn Reichswirtschaftsminister,
z. Hd. von Herrn Oberregierungsrat Dr. v. G o e l l n,
B e r l i n,
- 8) den Herrn Reichsarbeitsminister,
B e r l i n,
- 9) den Herrn Reichsminister
für Volksaufklärung und Propaganda,
z. Hd. von Herrn Oberregierungsrat Dr. T a u b e r t,
B e r l i n,
- 10) die Partei-Kanzlei,
z. Hd. von Herrn Oberregierungsrat Dr. R e i s c h a u e r,
M ü n c h e n 33
Führerbau,
- 11) den Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren,
z. Hd. von H-O'Stubaf. Oberregierungsrat Dr. M a u r e r,
P r a g XIX.,
Unter den Kastanien 19,
- 12) den Chef der Ordnungspolizei,
z. Hd. von Herrn Ministerialdirigenten Dr. B a d e r,
B e r l i n,

- 13) die Chefs der Zivilverwaltung
in Straßburg, Metz, Luxemburg, Marburg und Veldes,
- 14) das Bayerische Staatsministerium des Innern,
M ü n c h e n ,
- 15) die Preußischen Oberpräsidenten,
- 6) den Stadtpräsidenten der Reichshauptstadt Berlin,
B e r l i n ,
- 7) die Reichsverteidigungskommissare,
- 8) die Höheren $\frac{1}{2}$ - und Polizeiführer
- außer Oslo, Den Haag und Krakau -
- 19) die Amtschefs, Gruppenleiter und Referenten
des Reichssicherheitshauptamtes - Verteiler C -
(Geschäftsstelle IV 4 Exemplare, Referat I B 3
12 Exemplare)
- 20) die Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
in Prag, Straßburg und Metz,
- 21) die Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD,
- 22) die Grenzinspektoren I bis III,
- 23) den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark,
in M a r b u r g ,
- 24) den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
in Südkärnten und Krain,
in V e l d e s ,
- 25) das Einsatzkommando in Luxemburg,
- 26) alle SD- (Leit-) Abschnitte,
- 27) alle Kriminalpolizei- (leit-) stellen.

Betrifft: Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1. September 1941 (RGBl. I, S. 547).

Anlagen: je 2 (Master A, B).

In Durchführung der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1. September 1941 (RGBl. I, S. 547) gebe ich - soweit hierbei die Benutzung von Verkehrsmitteln geregelt wird, im Einvernehmen mit dem Reichsverkehrsminister, Reichspostminister und Reichsminister der Luftfahrt - folgende Richtlinien bekannt:

I. Kennzeichnung der Juden:

a) Tragweise und Verteilung:

Die Kennzeichen sind von den Juden auf der linken Brustseite etwa in Herzhöhe jederzeit sichtbar und festgenäht in der Öffentlichkeit zu tragen. Unter den Begriff der Öffentlichkeit fallen nicht nur jedermann zugängliche, sondern auch private Luftschutzräume, worauf Bedacht zu nehmen ist, da sich bisher gerade in diesen Räumen sehr viele Schwierigkeiten zufolge Nichtkennzeichnung der Juden ergeben haben.

Die Juden sind anzuhalten, ihre Kennzeichen stets sorgsam und pfleglich zu behandeln sowie in sauberem Zustand zu tragen.

Die Verteilung der Kennzeichen an die Juden erfolgt über die Zentralstellen für jüdische Auswanderung Berlin, Wien und Prag unter Einschaltung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und der Jüdischen Kultusgemeinden Wien und Prag.

b) Verstöße:

Vorsätzliche Verstöße gegen die Verordnung oder

die dazu ergangenen Durchführungsbestimmungen wie diese sind grundsätzlich mit Schutzhaft zu ahnden. Bei Verstößen von Juden, die infolge ihrer Jugendlichkeit noch nicht strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können, macht sich der jüdische Erziehungsberechtigte nach § 4 der Verordnung zur Ergänzung des Jugendstrafrechtes vom 4.10.1940 (RGBl. I. S. 1336) in ihrem Gültigkeitsbereich strafbar.

Wie es von seiten der Parteikanzlei in dem Bereich der NSDAP geschehen wird, ist auch von den dortigen Dienststellen auf dem staatlichen Sektor alles zu tun, um eigenmächtige und ungesetzliche Ausschreitungen gegen die nunmehr gekennzeichneten Juden zu verhindern. Gegen Verstöße dieser Art ist unnachsichtlich einzuschreiten.

II. Beschränkung bezüglich Verlassen der Wohngemeinden und Benutzen der Verkehrsmittel (§ 2 der Verordnung).

Zuständigkeit:

In eigenen Angelegenheiten können die Dienststellen der Geheimen Staatspolizei mittels einer Bescheinigung das Verlassen der Wohngemeinde usw. erlauben. Hierunter fallen auch Erlaubniserteilungen für Juden, die als Angehörige von amtlich anerkannten jüdischen Organisationen (z.B. Reichsvereinigung der Juden) aus dienstlichen Gründen die Wohngemeinde verlassen müssen. Im Bereiche der Reichshauptstadt Berlin ist für die Genehmigung derartiger Dienstreisen der Chef der Sicherheitspolizei und des SD (Zentralstelle für jüdische Auswanderung Berlin) zuständig.

An Stelle der Ortspolizeibehörden nimmt nach § 2 der Verordnung für das Gebiet des Reichsgaues Wien die

Zentralstelle für jüdisch Auswanderung Wien die Aufgabe in Beziehung auf die Erteilung der Erlaubnis zum Verlassen der Wohngemeinde und zur Benutzung von Verkehrsmitteln wahr.

In allen anderen Fällen ist für die Ausstellung der schriftlichen Erlaubnis örtlich zuständig die Ortspolizeibehörde, in deren Bezirk der Gesuchsteller seinen Wohnsitz oder mangels eines Wohnsitzes seinen Aufenthalt hat. In Gemeinden mit staatlicher Polizeiverwaltung erteilt die Erlaubnis die staatliche Polizeibehörde.

a.) Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis zum Verlassen der Wohngemeinde:

Erlaubnisbescheinigungen dürfen nur an Juden ausgestellt werden, die eines der nachstehend bezeichneten Ausweispapiere vorlegen, u.zw.:

Deutsche Staatsangehörige einen Reisepaß, einen Kinderausweis, eine Kennkarte oder einen amtlichen Lichtbildausweis.

Bewohner des Bezirkes Bialystok einen Paß oder einen amtlichen Lichtbildausweis.

Nichtreichsangehörige Personen einen Paß oder einen nach den allgemeinen deutschen Paßvorschriften gültigen Paßersatz.

Erlaubniserteilungen kommen nur beim Nachweis der unabweisbaren Notwendigkeit des Verlassens der Wohngemeinde in Betracht, worunter u.a. regelmäßig fallen werden:

Arbeitsinsatz, der durch eine amtliche Bescheinigung des zuständigen Arbeitsamtes nachgewiesen ist, Behördliche Vorladungen oder Maßnahmen, die ein Verlassen der Wohngemeinde notwendig machen, was gleichfalls von

seiten der Juden durch Vorlage einer amtlichen Bescheinigung bei der ausstellenden Behörde oder Dienststelle unter Beweis zu stellen ist,

notwendige Dienstreisen von Angehörigen der amtlich anerkannten jüdischen Organisationen,

wirtschaftliche Gründe, soweit eine Bescheinigung der zuständigen Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer oder einer sonstigen amtlichen Dienststelle vorgelegt wird,

sonstige persönliche oder familiäre Gründe, wie eigene schwere Krankheit oder eines nahen Verwandten bzw. dessen Tod, worüber in jedem einzelnen Falle eine amtliche Bescheinigung (z.B. des Amtsarztes) beizubringen ist.

b.) Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis zur Benutzung von Verkehrsmitteln außerhalb der Wohngemeinde:

Die ausstellende Dienststelle hat in jedem Falle darüber zu entscheiden, welches oder welche Verkehrsmittel der Jude benutzen darf, und dies in der Erlaubnisbescheinigung zu vermerken. Hierbei ist die Auswahl so zu treffen, daß die verkehrstechnischen Belange weitgehendst berücksichtigt werden.

Dementsprechend kommt die Benutzung von Droschken und Mietwagen (§ 39 Absatz 1 bis 4 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Beförderung von Personen zu Lande vom 26.3. 1935 - RGBL. I, S. 473), von Fahrzeugen auf Binnen- und Seewasserstrassen sowie von Flugzeugen in der Regel überhaupt nicht und deswegen nur bei unabweisbarer Notwendigkeit in Betracht. So sind für die Inanspruchnahme von Droschken und Mietwagen (ausschliesslich der Mietomnibusse und -lastwagen) regelmässig nur Ärzte, Hebammen, Schwer-

körperbehinderte, insbesondere Kriegsbeschädigte (Beinamputierte, Gelähmte u.s.w.), Schwerkranke und Begleiter von erkrankten oder körperbehinderten deutschblütigen Familienangehörigen zuzulassen.

Beförderung von Juden mit Mietomnibussen und -lastwagen ist in der Regel nur beim geschlossenen Arbeitseinsatz von Juden u.dgl. zulässig, wobei ein Sammelantrag von Seiten des Arbeitgebers der Juden bei der ausstellenden Behörde zu stellen ist.

Die Benutzung von Fahrzeugen auf Binnen- und Seewasserstrassen ist gleichfalls auf das aller notwendigste Maß zu beschränken.

Ebenso ist der Luftverkehr den Juden grundsätzlich verschlossen. Lediglich in ganz besonderen zwingenden Ausnahmefällen kann hiervon eine Ausnahme gemacht werden, wobei es selbst beim Vorliegen einer polizeilichen Zulassung des Juden zum Luftverkehr der Lufthansa entsprechend der bisherigen Regelung noch überlassen bleibt, den Juden aus kehrstechnischen Gründen auszuschliessen. Sollte Möglichkeit des Ausschlusses von Seiten der Lufthansa nicht gegeben sein, so ist diese hier rechtzeitig schriftlich in Kenntnis zu setzen.

Von der Beförderung durch Ausflugswagen (§ Absatz 2 aaO.) und Benutzung von Landkraftposten (§ 2 Absatz 5 aaO.) sind die gekennzeichneten Juden in vollem Umfange ausgeschlossen.

Falls überhaupt eine Zulassung zu Verkehrsmitteln notwendig ist, sind daher die Juden in der Regel auf die Benutzung der Eisenbahnen, Straßenbahnen (Abschnitt II, Ziffer 1 des Gesetzes über die Beförderung von Personen zu Lande vom 6.12.1918, RGBl. I, S. 1319) und auf die Beförderung im L.

verkehr (Abschnitt II, Ziffer 2 aaO.) sowie im Überlandverkehr (§ 39, Absatz 3 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Beförderung von Personen zu Lande vom 26.3.1935 - RGBl. I, S. 473) zu beschränken. Die Genehmigungsbehörde, die Deutsche Reichspost und die Deutsche Reichsbahn können auf diese Beförderung von Juden auf bestimmte Tage, Stunden, Strecken oder in anderer Weise beschränken.

Erlaubnisbescheinigungen:

Die Bescheinigungen sind nach anliegendem Muster A gebührenfrei auszustellen. Im Falle der Sammelbeförderung von Juden ist eine Sammelbescheinigung in entsprechender Weise auszuhändigen. Die Beschaffung ist örtlich zu regeln, wobei es überlassen bleibt, ob die Herstellung je nach Bedarf im Vervielfältigungsverfahren oder durch Druck zu erfolgen hat.

Die Erlaubnis zum Verlassen der Wohngemeinde und zur Benutzung von Verkehrsmitteln ist in der Regel nur für den einzelnen Fall unter genauer Festlegung der Zeitdauer und des örtlichen Bereiches zu erteilen. Sie kann in besonders gelagerten Fällen für einen längeren Zeitraum bis zu einer Geltungsdauer von höchstens drei Monaten und einen bestimmten Verkehrsbereich auch zum mehrmaligen Verlassen der Wohngemeinde oder zur wiederholten Inanspruchnahme von Verkehrsmitteln erteilt werden, wenn die unabweisbare Notwendigkeit hierfür nachgewiesen wird. Die Verlängerung ist unzulässig; erforderlichenfalls ist eine neue Bescheinigung auszustellen. Die Bescheinigung ist mit Orts- und Tagesangabe, dem Dienststempel und der Unterschrift des ausfertigenden Beamten zu versehen.

Die Bescheinigung ist bei Ungültigkeit infolge Fristablaufes oder nach Abschluss der Reise außerhalb der Wohngemeinde von dem Juden bei den ausstellenden Behörden abzugeben.

Über die ausgestellten Bescheinigungen sind von den ausstellenden Behörden besondere Listen zu führen.

Die von dem Antragsteller für den Nachweis der unabweisbaren Notwendigkeit zum Verlassen der Wohngemeinde usw. vorgelegten Bescheinigungen sind zu den Akten zu nehmen, es sei denn, daß eine Rückgabe an den Juden im Einzelfall unbedingt erforderlich ist, worüber ein kurzer Vermerk zu den Akten - möglichst unter Beifügung von Abschriften der vorgelegten Bescheinigungen - aufzunehmen ist.

Regelung für die Beförderung durch Verkehrsmittel und die Benutzung ihrer Einrichtungen.

Die unter die Bestimmungen der Verordnung fallenden Juden haben beim Antritt der Fahrt oder beim Lösen und bei der Prüfung der Fahrausweise die polizeiliche Erlaubnis zusammen mit einem amtlichen Lichtbildausweis unaufgefordert vorzuzeigen.

Der Verkehrsträger oder -unternehmer hat dafür Sorge zu tragen, daß nach Möglichkeit bei Antritt der Reise oder beim Lösen des Fahrausweises durch Aufschrift oder Stempelaufdruck auf die polizeiliche Erlaubnisbescheinigung die Inanspruchnahme des Verkehrsmittels kenntlich gemacht wird, damit eine mißbräuchliche Benutzung ausgeschlossen ist.

Juden dürfen Verkehrsmittel, von denen sie durch die Verkehrsträger oder deren Aufsichtsbehörden ausgeschlossen werden, nicht benutzen; sie müssen in den Verkehrsmitteln bestimmte Plätze einnehmen, wenn ihnen solche angewiesen werden.

Juden dürfen unbeschadet weitergehender Einschränkungen Warteräume, Wirtschaften und sonstige Einrichtungen innerhalb der Verkehrsbetriebe nur insoweit benutzen, als sie das Verkehrsmittel selbst in Anspruch nehmen dürfen.

c.) Ortspolizeiliche Erlaubnis zur Benutzung von Verkehrsmitteln innerhalb der Wohngemeinde:

Allgemeines:

Um zu verhindern, daß Juden aus eigennützigen Beweggründen und mißbräuchlich innerhalb ihrer Wohngemeinden bestimmte Verkehrsmittel benutzen, die in erster Linie der deutschen Bevölkerung vorbehalten bleiben müssen, kommen auch hier im wesentlichen die obigen Einschränkungen und Richtlinien für das Verlassen der Wohngemeinde und die Benutzung von Verkehrsmitteln außerhalb der Wohngemeinde in Betracht.

Zuständig für die Erteilung dieser Erlaubnis zur Benutzung von bestimmten Verkehrsmitteln sind hier stets die Ortspolizeibehörden.

Innerhalb der Wohngemeinde kommt für die ortspolizeiliche Erlaubnis lediglich die Benutzung von Droschken und Mietwagen (einschliesslich der dazugehörigen Mietomnibusse und -lastwagen) sowie von Fahrzeugen auf Binnenwasserstrassen in Frage. Hierbei ist selbstverständlich ein strenger Maßstab anzulegen.

Die Erlaubnisbescheinigungen für die Benutzung von Verkehrsmitteln innerhalb der Wohngemeinde sind nach anliegendem Muster B gebührenfrei auszustellen.

III. Staatsangehörigkeit:

Bis zu einer anderweitigen Regelung unterliegen Juden ausländischer Staatsangehörigkeit einstweilen nicht den Bestimmungen der Verordnung, mit Ausnahme der Juden, die in den Gebieten Eupen-Malmédy und Moeresnet die belgische Staatsangehörigkeit und in dem der Provinz Ostpreußen eingegliederten Bezirk Bialystok die sowjetrussische Staatsangehörigkeit besitzen.

IV. Vorbehalt weiterer Regelungen:

Der Erlaß weiterer Anordnungen bleibt vorbehalten. Mit Rücksicht hierauf ist von weitergehenden Maßnahmen als den bisher getroffenen abzusehen.

Nähere Regelungen für die Benutzung von Verkehrsmitteln werden durch den Reichsverkehrsminister, Reichspostminister und den Reichsminister der Luftfahrt getroffen.

Für das Protektorat Böhmen und Mähren bleibt eine gesonderte Regelung durch den Reichsprotector in Böhmen und Mähren vorbehalten.

Zusatz:

- a.) für die Reichsstatthalter und Landesregierungen - außer Preußen - ;
- b.) für die preußischen Regierungspräsidenten (einschliesslich Kattowitz und Zichenau, in Berlin der Pol.Präs.)
- c.) für den Reichskommissar für die Westmark,

- je einzeln -

Ich ersuche um sofortige Bekanntgabe dieser Richtlinien an die untergeordneten Behörden, insbesondere an die Ortspolizeibehörden.

d.) für den Reichsprotector:

Für eine entsprechende Regelung im Protectorat Böhmen und Mähren bitte ich Sorge zu tragen. Um Übersendung der dortigen Erlasse auf diesem Gebiete wird gebeten.

e.) für die Chefs der Zivilverwaltung in Straßburg, Metz, Luxemburg, Marburg und Veldes je einzeln:

Unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 1.9.1941 - Pol. S II A 2 Nr.399/41 - 151 - bitte ich für eine entsprechende Regelung Sorge zu tragen. Um Übersendung von Abschriften hiervon wird gebeten.

f.) für die Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Straßburg und Metz,

für die Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD in Marburg und Veldes sowie

für das Einsatzkommando in Luxemburg je einzeln:

Dieser Erlass gilt nicht für den dortigen Bereich. Wie ich bereits mitteilte, wurde der dortige Chef der Zivilverwaltung von hier aus ersucht, eine entsprechende Kennzeichnungsverordnung zu erlassen.

Im Auftrage:

gez.: H e y d r i c h.

Beglaubigt:
Heydriech
Finanzlei angestellte.



Muster A.

....., den
Dienststelle Ort

Polizeiliche Erlaubnis.

Dem Juden - Der Jüdin
(Vornamen, Rufnamen unterstreichen)

.....
(Zuname, bei Frauen auch Mädchenname) (Beruf)

geb. am in,

wohnhaft in
(Gemeinde) (Straße, Platz Nr.)

....., wird hier-
(Staatsangehörigkeit) (amtl. Lichtbildausweis)

mit die polizeiliche Erlaubnis zum einmaligen,maligen,
wiederholten Verlassen seiner - ihrer Wohngemeinde

..... über nach

- und zurück - am vom bis
(Datum) (Zeitangabe)

erteilt.

Diese Erlaubnis berechtigt zur Benutzung von
(Verkehrsmittel)

soweit nicht eine Inanspruchnahme dieses -r- Verkehrsmittel
-s- durch die Verkehrsträger oder deren Aufsichtsbehörden
ausgeschlossen oder eingeschränkt ist.

Dieser Erlaubnisschein ist nur gültig in Verbindung mit
einem amtlichen Lichtbildausweis.

Dienststempel

.....
(Unterschrift)

Nichtzutreffendes durchstreichen.

.....
Dienststelle

....., den
Ort

Polizeiliche Erlaubnis.

(Nur gültig innerhalb von)
(Wohngemeinde)

Dem Juden - Der Jüdin
(Vornamen, Rufnamen unterstreichen)

.....
(Zuname, bei Frauen auch Mädchenname) (Beruf)

geb. am in

wohnhaft in
(Gemeinde) (Straße, Platz Nr.)

....., wird hiermit
(Staatsangehörigkeit) (amtl. Lichtbildausweis)

die polizeiliche Erlaubnis zur einmaligen,maligen,
wiederholten Benutzung von innerhalb
(Verkehrsmittel)

seiner - ihrer Wohngemeinde nach

..... - und zurück -
(Stadtteil, Straße, Platz Nr.)

am vom bis erteilt,
(Datum) (Zeitangabe)

soweit nicht eine Inanspruchnahme dieses -r- Verkehrsmittel
-s- durch die Verkehrsträger oder deren Aufsichtsbehörden
ausgeschlossen oder eingeschränkt ist.

Dieser Erlaubnisschein ist nur gültig in Verbindung mit
einem amtlichen Lichtbildausweis.

Dienststempel

.....
(Unterschrift)

Nichtzutreffendes durchstreichen.

Der Reichsminister des Innern

Berlin, den 30. September 1941.

Pol. - S IV B 4 b - 940/41-37

201

S c h n e l l b r i e f :
=====

An

Sammelanschrift - je gesondert -

- 1) alle Staatspolizei- (leit-) stellen,
- 2) die
Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien,
in W i e n ,
- 3) die
Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag,
in P r a g .

Nachrichtlich

an

- 1) die Höheren /- und Polizeiführer,
- außer Oslo, Den Haag und Krakau -
- 2) die Amtschefs, Gruppenleiter und Referenten
des Reichssicherheitshauptamtes - Verteiler C -
(Geschäftsstelle IV 4 Abdrucke, Referat I B 3
12 Abdrucke),
- 3) die Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
in Prag, Straßburg und Metz,
- 4) die Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD,
- 5) die Grenzinspektoren I bis III,

- 6) den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark,
in H a r b u r g
- 7) den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
in Südkärnten und Krain,
in V e l d e s
- 8) das Einsatzkommando in Luxemburg,
- 9) alle SD- (Leit-) Abschnitte,
- 10) alle Kriminalpolizei- (leit-) stellen.

Betrifft: Polizeiverordnung über die Kennzeichnung
der Juden vom 1. September 1941 (RGBl. I,
S. 547).

Hier: Benutzung der Verkehrsmittel durch Juden.

Bezug: Hies. Runderlass vom 15.9.1941 - Pol.S -
IV B 4 b - 940/41-6-.

In Durchführung der Polizeiverordnung
über die Kennzeichnung der Juden vom 1. September
1941 (RGBl. I, Seite 547) hat nunmehr der Reichs-
verkehrsminister mit Runderlass vom 18. September
1941 - 15 V pa 21 - die Benutzung der Verkehrsmittel
durch Juden für seinen Bereich geregelt. Diese Rege-
lung hält sich im Rahmen meines Runderlasses vom 15.
September 1941 - Pol.-S IV B 4 b - B.Nr.940/41-6- ,
der den dortigen Dienststellen zugegangen ist, so
daß hier aus Gründen der Vereinfachung darauf ver-
zichtet werden kann, ihn in vollem Wortlaut bekannt-
zugeben. Lediglich folgendes enthält eine über den
hiesigen Runderlass vom 15. September 1941 hinaus-
gehende Regelung:

I. Ausschluss von der Beförderung.

- 1) Juden dürfen Schlaf- und Speisewagen sowie Ausflugs- und Ausflugschiffe innerhalb und außerhalb ihrer Wohngemeinde nicht benutzen.
- 2) Juden dürfen bei starkem Andrang in Straßenbahnen, Omnibussen, Binnenschiffen und im Nahverkehr der Eisenbahn nicht zusteigen, wenn sonst andere Reisende zurückbleiben müssten.

II. Beschränkung in der Benutzung von Klassen und Plätzen

- 1) Juden dürfen in Eisenbahnen nur die 3. Wagenklasse, in anderen Verkehrsmitteln nur die niedrigste Klasse benutzen.
- 2) Juden dürfen grundsätzlich nur dann Sitzplätze einnehmen, wenn diese nicht für andere Reisende benötigt werden.

III. Weitere Bestimmungen.

Der Erlass weiterer Bestimmungen, insbesondere für bestimmte Zeiten, Verkehrsmittel, Fahrgelegenheiten und Linien, bleibt vorbehalten. Sie bedürfen vorläufig der Genehmigung des Reichsverkehrsministers.

Darüber hinaus ersuche ich, die Erlaubnis zur Benutzung der Eisenbahnen an den Tagen des stärksten Reiseverkehrs (Wochenende, Festtage, Ferienanfang und -ende) nach Möglichkeit überhaupt nicht zu erteilen. Erlaubnisbescheinigungen für die Benutzung von See- und Küstenschiffen durch gekennzeichnete Juden sind nur dann auszustellen, wenn

Kanzleiangeestellte.

S c h n e l l b r i e f !
=====

An

Sammelanschrift - je gesondert -

- 1) alle Staatspolizei- (leit-) stellen,
- 2) die
Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien,
in W i e n ,
- 3) die
Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag,
in F r a g .

Nachrichtlich

an

- 1) die Höheren /- und Polizeiführer,
- außer Oslo, Den Haag und Krakau -
- 2) die Amtschefs, Gruppenleiter und Referenten
des Reichssicherheitshauptamtes -- Verteiler C -
(Geschäftsstelle IV 4 Abdrucke, Referat I B 3
12 Abdrucke),
- 3) die Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
in Prag, Straßburg und Metz,
- 4) die Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD,
- 5) die Grenzinspektoren I bis III,

- 6) den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark,
in H a r b u r g,
- 7) den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
in Südkärnten und Krain,
in V e l d e s,
- 8) das Einsatzkommando in Luxemburg,
- 9) alle SD- (Leit-) Abschnitte,
- 10) alle Kriminalpolizei- (leit-) stellen.

Betrifft: Polizeiverordnung über die Kennzeichnung
der Juden vom 1. September 1941 (RGBl. I,
S. 547).

Hier: Benutzung der Verkehrsmittel durch Juden.

Bezug: Hies. Runderlass vom 15.9.1941 - Pol.S -
IV B 4 b - 940/41-6-.

In Durchführung der Polizeiverordnung
über die Kennzeichnung der Juden vom 1. September
1941 (RGBl. I, Seite 547) hat nunmehr der Reichs-
verkehrsminister mit Runderlass vom 18. September
1941 - 15 V pa 21 - die Benutzung der Verkehrsmittel
durch Juden für seinen Bereich geregelt. Diese Rege-
lung hält sich im Rahmen meines Runderlasses vom 15.
September 1941 - Pol.-S IV B 4 b - B.Nr.940/41-6- ,
der den dortigen Dienststellen zugegangen ist, so
daß hier aus Gründen der Vereinfachung darauf ver-
zichtet werden kann, ihn in vollem Wortlaut bekannt-
zugeben. Lediglich folgendes enthält eine über den
hiesigen Runderlass vom 15. September 1941 hinaus-
gehende Regelung:

I. Ausschluss von der Beförderung.

- 1) Juden dürfen Schlaf- und Speisewagen sowie Ausflugswagen und Ausflugschiffe innerhalb und außerhalb ihrer Wohngemeinde nicht benutzen.
- 2) Juden dürfen bei starkem Andrang in Straßenbahnen, Omnibussen, Binnenschiffen und im Nahverkehr der Eisenbahn nicht zusteigen, wenn sonst andere Reisende zurückbleiben müssten.

II. Beschränkung in der Benutzung von Klassen und Plätzen

- 1) Juden dürfen in Eisenbahnen nur die 3. Wagenklasse, in anderen Verkehrsmitteln nur die niedrigste Klasse benutzen.
- 2) Juden dürfen grundsätzlich nur dann Sitzplätze einnehmen, wenn diese nicht für andere Reisende benötigt werden.

III. Weitere Bestimmungen.

Der Erlass weiterer Bestimmungen, insbesondere für bestimmte Zeiten, Verkehrsmittel, Fahrgelegenheiten und Linien, bleibt vorbehalten. Sie bedürfen vorläufig der Genehmigung des Reichsverkehrsministers.

Darüber hinaus ersuche ich, die Erlaubnis zur Benutzung der Eisenbahnen an den Tagen des stärksten Reiseverkehrs (Wochenende, Festtage, Ferienanfang und -ende) nach Möglichkeit überhaupt nicht zu erteilen. Erlaubnisbescheinigungen für die Benutzung von See- und Küstenschiffen durch gekennzeichnete Juden sind nur dann auszustellen, wenn

eine Landverbindung zum Reiseziel nicht besteht.

Der Reichspostminister gibt in den nächsten Tagen für seinen Bereich ebenfalls einen Runderlass heraus, der den dortigen Dienststellen bekannt gegeben wird. Dagegen wird hier von der Wiedergabe der vom Reichsminister der Luftfahrt mit Erlass an die Lufthansa getroffenen Regelung im Luftverkehr Abstand genommen, da sie keine weiteren Einzelheiten als die in meinem Runderlass vom 15.9.1941 - Pol. S IV B 4 b - 940/41-6- genannten enthält.

Die obigen Verkehrsbeschränkungen sind den jüdischen Organisationen in der Ostmark, in den eingegliederten Ostgebieten Danzig-Westpreußen, Ostoberschlesien, Warthegau, Sudostpreußen und im Bezirk Bialystok zur unbedingten Beachtung durch die Juden bekanntzugeben.

Die Ortspolizeibehörden wurden hiervon gleichfalls in Kenntnis gesetzt.

Im Auftrage:

gez.: H e y d r i c h.

Bes.
Kanzleiangeestellte.


Der Reichsminister des Innern

Pol. - S IV B 4 b - 940/41-37

September 1941	
5172/77	481200
1	
2	
3	
4	
5	
6	
7	
8	
9	
10	
11	
12	

Schnellbrief

An

Sammelanschrift - je Geschlecht -

- 1) alle Staatspolizei- (leit-) stellen,
- 2) die
Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien,
in Wien,
- 3) die
Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag,
in Prag.

Nachrichtlich

an

- 1) die Höheren A- und Polizeiführer,
- außer Oslo, Den Haag und Krakau -
- 2) die Amtschefs, Gruppenleiter und Referenten
des Reichssicherheitshauptamtes - Verteiler C -
(Geschäftsstelle IV 4 Abdrucke, Referat I B 3
12 Abdrucke),
- 3) die Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
in Prag, Straßburg und Metz,
- 4) die Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD,
- 5) die Grenzinspektoren I bis III,

- 6) den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark,
in H A R B U R G.
- 7) den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
in Südkärnten und Krain,
in V e l d e s.
- 8) das Einsatzkommando in Luxemburg,
- 9) alle SD- (Leit-) Abschnitte,
- 10) alle Kriminalpolizei- (Leit-) stellen.

Betrifft: Polizeiverordnung über die Kennzeichnung
der Juden von 1. September 1941 (RGBl. I,
S. 547).

Hier: Benutzung der Verkehrsmittel durch Juden.

Besag: Hies. Bunderlass vom 15.9.1941 - Pol.S -
IV B 4 b - 94c/41-6-.

In Durchführung der Polizeiverordnung
über die Kennzeichnung der Juden von 1. September
1941 (RGBl. I, Seite 547) hat nunmehr der Reichs-
verkehrsminister mit Bunderlass vom 15. September
1941 - 15 V pa 21 - die Benutzung der Verkehrsmittel
durch Juden für seinen Bereich geregelt. Diese Reg-
lung hält sich in Rahmen meines Bunderlasses vom 15.
September 1941 - Pol.-S IV B 4 b - B.Nr.94c/41-6-
der den dortigen Dienststellen zugegangen ist, so
daß hier aus Gründen der Vereinfachung darauf ver-
sichtet werden kann, ihn in vollem Wortlaut bekannt-
zugeben. Lediglich folgendes enthält eine über den
hiesigen Bunderlass vom 15. September 1941 hinaus-
gehende Regelung:

I. Ausschluss von der Beförderung.

- 1) Juden dürfen Schlaf- und Speisewagen sowie Ausflugszugen und Ausflugschiffe innerhalb und außerhalb ihrer Wohngemeinde nicht benutzen.
- 2) Juden dürfen bei starkem Andrang in Straßenbahnen, Omnibussen, Binnenschiffen und im Nahverkehr der Eisenbahn nicht zusteigen, wenn sonst andere Reisende zurückbleiben müssten.

II. Beschränkung in der Benutzung von Klassen und Plätzen

- 1) Juden dürfen in Eisenbahnen nur die 3. Wagenklasse, in anderen Verkehrsmitteln nur die niedrigste Klasse benutzen.
- 2) Juden dürfen grundsätzlich nur dann Sitzplätze einnehmen, wenn diese nicht für andere Reisende benötigt werden.

III. Weitere Bestimmungen.

Der Erlass weiterer Bestimmungen, insbesondere für bestimmte Zeiten, Verkehrsmittel, Fahrgelegenheiten und Linien, bleibt vorbehalten. Sie bedürfen vorläufig der Genehmigung des Reichsverkehrsministers.

Darüber hinaus ersuche ich, die Erlaubnis zur Benutzung der Eisenbahnen an den Tagen des stärksten Reiseverkehrs (Wochenende, Festtage, Ferienanfang und -ende) nach Möglichkeit überhaupt nicht zu erteilen. Erlaubnisbescheinigungen für die Benutzung von See- und Küstenschiffen durch gekennzeichnete Juden sind nur dann auszustellen, wenn

./.

eine Landverbindung zum Reisesiel nicht besteht.

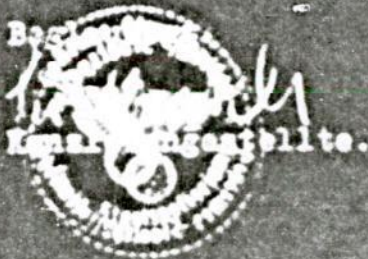
Der Reichspostminister gibt in den nächsten Tagen für seinen Bereich ebenfalls einen Rundrlass heraus, der den dortigen Dienststellen bekannt gegeben wird. Dagegen wird hier von der Wiedergabe der vom Reichsminister der Luftfahrt mit Erlaß an die Lufthansa getroffenen Regelung im Luftverkehr Abstand genommen, da sie keine weiteren Einzelheiten als die in meinen Rundrlass vom 15.9.1941 - Vol. S IV B 4 b - 940/41-5- genannten enthält.

Die obigen Verkehrsbeschränkungen sind den jüdischen Organisationen in der Ostmark, in den eingegliederten Ostgebieten Danzig-Westpreußen, Ostoberschlesien, Warthegau, Sudostpreußen und im Bezirk Bialystok zur unbedingten Beachtung durch die Juden bekanntzugeben.

Die Ortspolizeibehörden wurden hiervon gleichfalls in Kenntnis gesetzt.

In Auftrage:

ges.: H e y d r i c h.



Der Reichsminister des Innern

Berlin, den 30. September 1941.

Pol. - S IV B 4 b - 940/41-37

S c h n e l l b r i e f !
=====

Sammelanschrift - je gesondert -

An

- 1) die Reichsstatthalter und Landesregierungen,
- außer Preußen - ,
- 2) die preußischen Regierungspräsidenten,
(einschliesslich Kattowitz und Zichenau,
in Berlin der Polizeipräsident),
- 3) den Reichskommissar für die Westmark.

Betrifft: Polizeiverordnung über die Kennzeichnung
der Juden vom 1. September 1941 (RGBl. I,
S. 547).

Hier: Benutzung der Verkehrsmittel durch Juden.

Bezug: Hies. Runderlass vom 15.9.1941 - Pol. S
IV B 4 b - 940/41-6-.

Unter Bezugnahme auf meinen obenbezeichneten Runderlass vom 15.9.1941 ersuche ich, den vom Reichsverkehrsminister über die Benutzung der Verkehrsmittel durch Juden für seinen Bereich herausgegebenen Runderlass vom 18.9.1941 - 15 V pa 21 -, der den dortigen Dienststellen unmittelbar zugegangen ist, den untergeordneten Behörden, insbesondere den Ortspolizeibehörden zur Beachtung bekanntzugeben.

Weiterhin sind die Ortspolizeibehörden anzuweisen, die Erlaubnis zur Benutzung der Eisenbahnen an den Tagen des stärksten Reiseverkehrs (Wochen-

./.

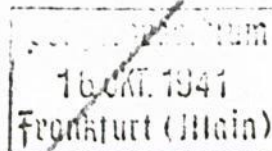
I. 17

ende, Festtage, Ferienanfang und -ende) möglichst überhaupt nicht zu erteilen und Erlaubnisbescheinigungen für die Benutzung von See- und Küstenschiffen durch gekennzeichnete Juden nur dann auszustellen, wenn eine Landverbindung zum Reiseziel nicht besteht.

Der Reichspostminister gibt in den nächsten Tagen für seinen Bereich ebenfalls einen Rund-erlass heraus, der den dortigen Dienststellen be-kannt gegeben wird. Dagegen wird hier von der Wie-dergabe der vom Reichsminister der Luftfahrt mit Erlass an die Lufthansa getroffenen Regelung im Luftverkehr Abstand genommen, da sie keine weiteren Einzelheiten als die in meinem Rundrlass vom 15.9.1941 - Pol. S IV B 4 b -- 940/41-6- genannten ent-hält.

Die dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD untergeordneten Dienststellen sind unmittel-bar von hier aus in Kenntnis gesetzt worden.

Im Auftrage:
gez. H e y d r i c h.



Der Regierungspräsident
I 9
514/41

Wiesbaden, den 10. Okt. 1941

Vorstehenden Abdruck übersende ich unter Bezugnahme auf meine Rundverfügung vom 19.9.41 I 3 P 465/41 und vom 4.10.41 I 9 mit dem Ersuchen um weitere Veranlassung.
489/41

J.V.
gez. Prohasel. Beglaubigt:

An die
Herren Landräte u. Pol. Präsidenten
des
B e z i r k s .

[Handwritten Signature]
Reg.-Assistent.

S c h n e l l b r i e f !

=====

Sammelanschrift -- je gesondert --

An

- 1) die Reichsstatthalter und Landesregierungen,
-- außer Preußen --
- 2) die preussischen Regierungspräsidenten,
(einschliesslich Cottowitz und Zichenau;
in Berlin der Polizeipräsident),
- 3) den Reichskommissar für die Westmark.

Betrifft: Polizeiverordnung über die Kennzeich-
nung der Juden vom 1. September 1941
(RGBl. I, S. 547).

Hier: Benutzung der Verkehrsmittel durch
Juden.

Bezug: Hies. Runderlass vom 15.9.1941 - Pol. S
IV B 4 b - 940/41-3-

Unter Bezugnahme auf meinen obenbezeich-
neten Runderlass vom 15.9.1941 ersuche ich, den
von Reichsverkehrsminister über die Benutzung der
Verkehrsmittel durch Juden für seinen Bereich her-
ausgegebenen Runderlass vom 18.9.1941 - 15 V pa 21 --,
der den dortigen Dienststellen unmittelbar zugegangen
ist, den untergeordneten Behörden, insbesondere den
Ortspolizeibehörden zur Beachtung bekanntzugeben.

Weiterhin sind die Ortspolizeibehörden an-
zuweisen, die Erlaubnis zur Benutzung der Eisenbahnen
an den Tagen des stärksten Reiseverkehrs (Wochen-
./.

ende, Festtage, Ferienanfang und -ende) möglichst überhaupt nicht zu erteilen und Erlaubnisbescheinigungen für die Benutzung von See- und Küstenschiffen durch gekennzeichnete Juden nur dann auszustellen, wenn eine Landverbindung zum Reiseziel nicht besteht.

Der Reichspostminister gibt in den nächsten Tagen für seinen Bereich ebenfalls einen Rund-erlass heraus, der den dortigen Dienststellen bekannt gegeben wird. Dagegen wird hier von der Mit-tergabe der vom Reichsminister der Luftfahrt mit Erlass an die Lufthansa getroffenen Regelung im Luftverkehr Abstand genommen, da sie keine weiteren Einzelheiten als die in meinem Rund-erlass vom 15.9.1941 - Pol. S IV B 4 b -- 940/41-6-- genannten ent-hält.

Die dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD untergeordneten Dienststellen sind unmittel-bar von hier aus in Kenntnis gesetzt worden.

Im Auftrage:

gez. H e y d r i c h.



23/

205

Der Reichsminister des Innern

Berlin, den 16. Oktober 1941.

Pol. S IV B 4 b - 940/41-37 -S c h n e l l b r i e f !✓
Sammelanschrift - je gesondert -

An

- 1) alle Staatspolizei- (leit) stellen,
- 2) die
Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien,
in W i e n ,
- 3) die
Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag,
in P r a g ,
- 4) die Reichsstatthalter und Landesregierungen
- außer Preußen -
- 5) die preußischen Regierungspräsidenten (einschliesslich Cottowitz und Zichenau, in Berlin der Polizeipräsident),
- 6) den Reichskommissar für die Westmark,

Nachrichtlich

an den

Beauftragten für den Vierjahresplan,
z.Hd. von Herrn Ministerialrat von N o r m a n n.
B e r l i n ,

-1.

- 2) die Abteilung I
des Reichsministers des Innern,
z.Hd. von Herrn Ministerialrat Dr. L ö s e n e r,
B e r l i n ,
- 3) den Herrn Reichsverkehrsminister,
z.Hd. von Herrn Ministerialrat R e i s e r,
B e r l i n ,
- 4) den Herrn Reichsminister der Luftfahrt,
z.Hd. von Herrn Ministerialrat S c h w a r t z,
B e r l i n ,
- 5) das Auswärtige Amt,
z.Hd. von Herrn Legationsrat R a d e m a c h e r,
B e r l i n ,
- 6) den Herrn Reichspostminister,
z.Hd. von Herrn Ministerialrat M ö l l e r ,
B e r l i n ,
- 7) den Herrn Reichswirtschaftsminister,
z.Hd. von Herrn Oberregierungsrat Dr. v. C o e l l n ,
B e r l i n ,
- 8) den Herrn Reichsarbeitsminister,
B e r l i n ,
- 9) den Herrn Reichsminister
für Volksaufklärung und Propaganda,
z.Hd. von Herrn Oberregierungsrat Dr. T a u b e r t ,
B e r l i n ,
- 10) die Partei-Kanzlei,
z.Hd. von Herrn Oberregierungsrat Dr. Reischauer,
M ü n c h e n 33,
Führerbau,

- 2 -

- 11) den Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren,
z.Hd. von H-O'Stubaf. Oberregierungsrat Dr. Maurer,
P r a g XIX.,
Unter den Kastanien 19,
- 12) den Chef der Ordnungspolizei,
z.Hd. von Herrn Ministerialdirigenten Dr. B a d e r ,
B e r l i n ,
- 13) die Chefs der Zivilverwaltung
in Straßburg, Metz, Luxemburg, Marburg und Veldes,
- 14) das Bayerische Staatsministerium des Innern,
M ü n c h e n ,
- 15) die Preußischen Oberpräsidenten,
- 16) den Stadtpräsidenten der Reichshauptstadt Berlin,
B e r l i n ,
- 17) die Reichsverteidigungskommissare,
- 18) die Höheren W- und Polizeiführer
- außer Oslo, Den Haag und Krakau -
- 19) die Amtschefs, Gruppenleiter und Referenten
des Reichssicherheitshauptamtes - Verteiler C -
(Geschäftsstelle IV 4 Exemplare, Referat I B 3
12 Exemplare)
- 20) die Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
in Prag, Straßburg und Metz,
- 21) die Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD,
- 22) die Grenzinspektoren I bis III,

./.

- 23) den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark,
in M a r b u r g,
- 24) den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
in Südkärnten und Krain,
in V e l d e s,
- 25) das Einsatzkommando in Luxemburg,
- 26) alle SD- (Leit-) Abschnitte,
- 27) alle Kriminalpolizei- (leit-) stellen.

Betrifft: Polizeiverordnung über die Kennzeichnung
der Juden vom 1. September 1941 (RGBl. I,
Seite 547).

Hier: Benutzung der Verkehrsmittel der Deutschen
Reichspost durch Juden.

Bezug: Hies. Runderlass vom 15.9.1941 - Pol. S
IV B 4 b - 940/41-6.

In Durchführung der Polizeiverordnung über
die Kennzeichnung der Juden vom 1. September 1941
(RGBl. I, Seite 547) hat nunmehr der Reichspostminister
mit Runderlass vom 30. September 1941 - Min-Z (Lb) -
1035-0 - die Benutzung der Verkehrsmittel durch Juden
für seinen Bereich geregelt. Diese Regelung hält sich
im Rahmen meines Runderlasses vom 15.9.1941 - Pol. S
IV B 4 b - 940/41-6 -, der den dortigen Dienststellen
zugegangen ist, so dass hier aus Gründen der Vereinfachung
darauf verzichtet werden kann, ihn in vollem
Wortlaut bekanntzugeben. Lediglich folgendes enthält
teilweise eine über den hiesigen Runderlass vom 15.
September 1941 hinausgehende Regelung:

"Sondervorschriften für den Post-
reisedienst."

- 3 -

1) Juden sind von der Benutzung der Kraftsonderposten und Landkraftposten grundsätzlich ausgeschlossen.

2) Dasselbe gilt für Pferdepersonenposten.

3) Kraftposten, die ausschliesslich Ortsverkehr bedienen, dürfen von Juden ohne besondere Erlaubnis benutzt werden. Jedoch ist die Benutzung von Kraftpost-Überlandlinien durch Juden nur zu Fahrten innerhalb ihrer Wohngemeinde nicht zulässig.

4) Bei Kraftposten im Überlandverkehr sind Juden mit Erlaubnisscheinen nur zu befördern, soweit Platz vorhanden ist. Erforderlichenfalls haben Juden auch an Unterwegsorten den Wagen zu verlassen, wenn sonst andere Reisende zurückbleiben müssten. Bereits entrichtete Fahrgebühren sind dann anteilmässig zu erstatten, ohne die besondere Verwaltungsgebühr einzubehalten.

5) Juden dürfen Sitzplätze nur einnehmen, wenn diese nicht für andere Reisende benötigt werden.

6) Inwieweit Juden, z.B. bei vordringlichem Berufs- oder Schülerverkehr, bei Marktfahrten usw., von der Kraftpostnutzung auf einzelnen Linien oder Teilstrecken, bei einzelnen Fahrten oder zu bestimmten Zeiten, oder - bei örtlich besonders gelagerten Verhältnissen - ganz allgemein auszuschliessen sind, wird der Entscheidung der Reichspostdirektionen überlassen; derartige, etwa notwendige Sonderregelungen stelle ich in das Ermessen der Herren Präsidenten. Von solchen einschränkenden Maßnahmen sind die zuständigen Genehmigungsbehörden und Polizeidienststellen sowie das Kraftfahrbüro des Reichspostministeriums durch kurze Mitteilung zu verständigen.

7) Über auftretende Zweifel oder Fragen grundsätzlicher Art wegen der Beförderung von Juden im Postreisedienst wäre hierher zu berichten."

./.

Die Ortspolizeibehörden sind hiervon zur Beachtung in Kenntnis zu setzen.

Weiterhin sind die obigen Verkehrsbeschränkungen den jüdischen Organisationen in der Ostmark durch die Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien, in den eingegliederten Ostgebieten Danzig-Westpreussen, Ostoberschlesien, Warthegau, Südostpreussen und im Bezirk Bialystok durch die zuständigen Staatspolizei(leit)stellen zur unbedingten Beachtung von seiten der Juden bekanntzugeben.

Im Auftrage:

gez.: H e y d r i c h.



Beglaubigt:

Kanzleiangeestellte.

Der Reichsminister des Innern

Berlin, den 16. Oktober 1941.

Pol. S IV B 4 b - 940/41-37 -

41

S c h n e l l b r i e f !
=====

Sammelanschrift - je gesondert -

An

- 1) alle Staatspolizei- (leit) stellen,
- 2) die
Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien,
in W i e n ,
- 3) die
Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag,
in P r a g ,
- 4) die Reichsstatthalter und Landesregierungen
- außer Preußen -
- 5) die preußischen Regierungspräsidenten (einschliesslich Kottowitz und Zichenau, in Berlin der Polizeipräsident),
- 6) den Reichskommissar für die Westmark,

Nachrichtlich

- 1) an den
Beauftragten für den Vierjahresplan,
z. Hd. von Herrn Ministerialrat von N o r m a n n.
B e r l i n ,

./.

- 2) die Abteilung I
des Reichsministers des Innern,
z.Hd. von Herrn Ministerialrat Dr. L ö s e n e r,
B e r l i n ,
- 3) den Herrn Reichsverkehrsminister,
z.Hd. von Herrn Ministerialrat R e i s e r ,
B e r l i n ,
- 4) den Herrn Reichsminister der Luftfahrt,
z.Hd. von Herrn Ministerialrat S c h w a r t z ,
B e r l i n ,
- 5) das Auswärtige Amt,
z.Hd. von Herrn Legationsrat R a d e m ä c h e r ,
B e r l i n ,
- 6) den Herrn Reichspostminister,
z.Hd. von Herrn Ministerialrat M ö l l e r ,
B e r l i n ,
- 7) den Herrn Reichswirtschaftsminister,
z.Hd. von Herrn Oberregierungsrat Dr. v. C o e l l n ,
B e r l i n ,
- 8) den Herrn Reichsarbeitsminister,
B e r l i n ,
- 9) den Herrn Reichsminister
für Volksaufklärung und Propaganda,
z.Hd. von Herrn Oberregierungsrat Dr. T a u b e r t ,
B e r l i n ,
- 10) die Partei-Kanzlei,
z.Hd. von Herrn Oberregierungsrat Dr. Reischauer,
M ü n c h e n 33,
Führerbau,

- 11) den Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren,
z.Hd. von W-O' Stabaf. Oberregierungsrat Dr. Maurer,
Prag XIX.,
Unter den Kastanien 19,
- 12) den Chef der Ordnungspolizei,
z.Hd. von Herrn Ministerialdirigenten Dr. Bader ,
Berlin ,
- 13) die Chefs der Zivilverwaltung
in Straßburg, Metz, Luxemburg, Marburg und Veldes,
- 14) das Bayerische Staatsministerium des Innern,
München ,
- 15) die Preußischen Oberpräsidenten,
- 16) den Stadtpräsidenten der Reichshauptstadt Berlin,
Berlin ,
- 17) die Reichsverteidigungskommissare,
- 18) die Höheren W- und Polizeiführer
- außer Oslo, Den Haag und Krakau -
- 19) die Amtschefs, Gruppenleiter und Referenten
des Reichssicherheitshauptamtes - Verteiler C -
(Geschäftsstelle IV 4 Exemplare, Referat I B 3
12 Exemplare)
- 20) die Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
in Prag, Straßburg und Metz,
- 21) die Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD,
- 22) die Grenzinspektoren I bis III,

- 23) den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark,
in Marburg,
- 24) den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
in Südkärnten und Krain,
in Velde,
- 25) das Einsatzkommando in Luxemburg,
- 26) alle SD- (Leit-) Abschnitte,
- 27) alle Kriminalpolizei- (leit-) stellen.

Betrifft: Polizeiverordnung über die Kennzeichnung
der Juden vom 1. September 1941 (RGBl. I,
Seite 547).

Hier: Benutzung der Verkehrsmittel der Deutschen
Reichspost durch Juden.

Bezug: Hies. Runderlass vom 15.9.1941 - Pol. S
IV B 4 b - 940/41-6.

In Durchführung der Polizeiverordnung über
die Kennzeichnung der Juden vom 1. September 1941
(RGBl. I, Seite 547) hat nunmehr der Reichspostminister
mit Runderlass vom 30. September 1941 - Min-Z (Ib) -
1035-0 - die Benutzung der Verkehrsmittel durch Juden
für seinen Bereich geregelt. Diese Regelung hält sich
im Rahmen meines Runderlasses vom 15.9.1941 - Pol. S
IV B 4 b - 940/41-6 -, der den dortigen Dienststellen
zugegangen ist, so dass hier aus Gründen der Vereinfachung
darauf verzichtet werden kann, ihn in vollem
Wortlaut bekanntzugeben. Lediglich folgendes enthält
teilweise eine über den hiesigen Runderlass vom 15.
September 1941 hinausgehende Regelung:

"Sondervorschriften für den Post-
reisedienst."

1) Juden sind von der Benutzung der Kraftsonderposten und Landkraftposten grundsätzlich ausgeschlossen.

2) Dasselbe gilt für Pferdepersonenposten.

3) Kraftposten, die ausschliesslich Ortsverkehr bedienen, dürfen von Juden ohne besondere Erlaubnis benutzt werden. Jedoch ist die Benutzung von Kraftpost-Überlandlinien durch Juden nur zu Fahrten innerhalb ihrer Wohngemeinde nicht zulässig.

4) Bei Kraftposten im Überlandverkehr sind Juden mit Erlaubnisschein nur zu befördern, soweit Platz vorhanden ist. Erforderlichenfalls haben Juden auch an Unterwegsorten den Wagen zu verlassen, wenn sonst andere Reisende zurückbleiben müssten. Bereits entrichtete Fahrgebühren sind dann anteilmässig zu erstatten, ohne die besondere Verwaltungsgebühr einzubehalten.

5) Juden dürfen Sitzplätze nur einnehmen, wenn diese nicht für andere Reisende benötigt werden.

6) Inwieweit Juden, z.B. bei vordringlichem Berufs- oder Schülerverkehr, bei Marktfahrten usw., von der Kraftpostnutzung auf einzelnen Linien oder Teilstrecken, bei einzelnen Fahrten oder zu bestimmten Zeiten, oder - bei örtlich besonders gelagerten Verhältnissen - ganz allgemein auszuschliessen sind, wird der Entscheidung der Reichspostdirektionen überlassen; derartige, etwa notwendige Sonderregelungen stelle ich in das Ermessen der Herren Präsidenten. Von solchen einschränkenden Maßnahmen sind die zuständigen Genehmigungsbehörden und Polizeidienststellen sowie das Kraftfahrbüro des Reichspostministeriums durch kurze Mitteilung zu verständigen.

7) Über auftretende Zweifel oder Fragen grundsätzlicher Art wegen der Beförderung von Juden im Postreisedienst wäre hierher zu berichten."

./.

Die Ortspolizeibehörden sind hiervon zur Beachtung in Kenntnis zu setzen.

Weiterhin sind die obigen Verkehrsbeschränkungen den jüdischen Organisationen in der Ostmark durch die Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien, in den eingegliederten Ostgebieten Danzig-Westpreussen, Ostoberschlesien, Warthegau, Südostpreussen und im Bezirk Bialystok durch die zuständigen Staatspolizei(leit)stellen zur unbedingten Beachtung von seiten der Juden bekanntzugeben.

Im Auftrage:
gez.: H e y d r i c h.



Beglaubigt:
[Handwritten signature]
Kanzleiangestellte.

12

Der Reichsminister des Innern

Berlin, den 16. Oktober 1941.

Pol. S IV B 4 b - 940/41-37 -

Schnell

SO- und Sachverhalte		25 OKT. 1941
Nr.	57157	
Art.	1. H.	
Abt.		
Sachverhalt - je gesondert -		

An

- 1) alle Staatspolizei- (leit) stellen,
- 2) die
Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien,
in Wien.
- 3) die
Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag,
in Prag.
- 4) die Reichsstatthalter und Landesregierungen
- außer Preußen -
- 5) die preussischen Regierungspräsidenten (einschliesslich Ostowitz und Siedowen, in Berlin der Polizeipräsident),
- 6) den Reichskommissar für die Westmark,

Nachrichtlich

- 1) an den
Beauftragten für den Vierjahresplan,
s. Hd. von Herrn Ministerialrat von Hermann,
Berlin.

./.

- 2) die Abteilung I
des Reichsministers des Innern,
s.Hd. von Herrn Ministerialrat Dr. L. S e n n e r,
Berlin.
- 3) den Herrn Reichsverkehrsminister,
s.Hd. von Herrn Ministerialrat R e i n e r,
Berlin.
- 4) den Herrn Reichsminister der Luftfahrt,
s.Hd. von Herrn Ministerialrat S c h w a r t s,
Berlin.
- 5) das Auswärtige Amt,
s.Hd. von Herrn Legationsrat R a d e m a c h e r,
Berlin.
- 6) den Herrn Reichspostminister,
s.Hd. von Herrn Ministerialrat M ü l l e r,
Berlin.
- 7) den Herrn Reichswirtschaftsminister,
s.Hd. von Herrn Oberregistrarsrat Dr. v. G e e l l e n,
Berlin.
- 8) den Herrn Reichsarbeitsminister,
Berlin.
- 9) den Herrn Reichsminister
für Volksaufklärung und Propaganda,
s.Hd. von Herrn Oberregistrarsrat Dr. F a u b e r t,
Berlin.
- 10) die Partei-Kassette,
s.Hd. von Herrn Oberregistrarsrat Dr. B r i e c h m a n n,
München 33.
Führertum,

- 11) den Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren,
s.Hd. von H-O'Stubaf. Oberregierungsrat Dr. Maurer.

P r a g .

Unter den Kastanien 19,

- 12) den Chef der Ordnungspolizei,
s.Hd. von Herrn Ministerialdirigenten Dr. B a d e r .

B e r l i n .

- 13) die Chefs der Zivilverwaltung
in Straßburg, Metz, Luxemburg, Marburg und Völsen.

- 14) das Bayerische Staatsministerium des Innern,

M ü n c h e n .

- 15) die Preussischen Oberpräsidenten,

- 16) den Stadtpräsidenten der Reichshauptstadt Berlin,

B e r l i n .

- 17) die Reichsverteidigungskommissare,

- 18) die Höheren H- und Polizeiführer
- außer Osl., Den Haag und Krakau -

- 19) die Amtschefs, Gruppenleiter und Referenten
des Reichssicherheitshauptamtes - Verteiler C -
(Geschäftsstelle IV 4 Exemplare, Referat I B 3
12 Exemplare)

- 20) die Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
in Prag, Straßburg und Metz.

- 21) die Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD,

- 22) die Grenzinspektoren I bis III.

23) den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark,

in Marburg.

24) den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
in Südkärnten und Krain,

in Velden.

25) das Einsatzkommando in Luxemburg,

26) alle SD- (Leit-) Abschnitte,

27) alle Kriminalpolizei- (Leit-) stellen.

Betrifft: Polizeiverordnung über die Kennzeichnung
der Juden vom 1. September 1941 (RGM.I,
Seite 547).

Hier: Benutzung der Verkehrsmittel der Deutschen
Reichspost durch Juden.

Besagt: Hies. Rundrlass vom 15.9.1941 - Pol. S
IV B 4 b - 94a/41-6.

In Durchführung der Polizeiverordnung über
die Kennzeichnung der Juden vom 1. September 1941
(RGM.I, Seite 547) hat nunmehr der Reichspostminister
mit Rundrlass vom 30. September 1941 - Min-1 (Lb) -
1035-0 - die Benutzung der Verkehrsmittel durch Juden
für seinen Bereich geregelt. Diese Regelung hält sich
in Rahmen meines Rundrlasses vom 15.9.1941 - Pol. S
IV B 4 b - 94a/41-6 -, der den dortigen Dienststellen
zugegangen ist, so dass hier aus Gründen der Vereinfachung
darauf verzichtet werden kann, ihn in vollem
Verlaut bekanntzugeben. Lediglich folgendes enthält
teilweise eine über den hiesigen Rundrlass vom 15.
September 1941 hinausgehende Regelung:

Sonderverordnungen für den Post-
relational.

Die Ortspolizeibehörden sind hiervon zur Beachtung in Kenntnis zu setzen.

Weiterhin sind die obigen Verkehrsbeschränkungen den jüdischen Organisationen an der Ostmark durch die Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien, in den eingegliederten Ostgebieten Danzig-Westpreussen, Ostoberschlesien, Warthegan, Südostpreussen und im Bezirk Bialystok durch die zuständigen Staatspolizei(leit)stellen zur unbedingten Beachtung von seiten der Juden bekanntzugeben.

Im Auftrage:
gez.: H e y d r i c h.



Beglaubigt:
Heinrich Himmler
Kanzleiangehörige.

Der Reichsminister des Innern

Berlin, den 16. Oktober 1941.

Pol. S. IV B 4 b - 1940/41-37 -

8644

✓

S c h n e l l b r i e f !

=====

Sammelanschrift - je gesondert -

An

- 1) alle Staatspolizei- (leit) stellen,
- 2) die
Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien,
in W i e n ,
- 3) die
Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag,
in P r a g ,
- 4) die Reichsstatthalter und Landesregierungen
- außer Preußen -
- 5) die preußischen Regierungspräsidenten (ein-
schliesslich Cottowitz und Zichenau, in Berlin
der Polizeipräsident),
- 6) den Reichskommissar für die Westmark,

Nachrichtlich

- 1) an den
Beauftragten für den Vierjahresplan,
a Hd. von Herrn Ministerialrat von N o r m a n n.
B e r l i n ,

./.

83-221

- 2) die Abteilung I
des Reichsministers des Innern,
z.Hd. von Herrn Ministerialrat Dr. L ö s e n e r,

B e r l i n ,

- 3) den Herrn Reichsverkehrsminister,
z.Hd. von Herrn Ministerialrat R e i s e r,

B e r l i n ,

- 4) den Herrn Reichsminister der Luftfahrt,
z.Hd. von Herrn Ministerialrat S c h w a r t z,

B e r l i n ,

- 5) das Auswärtige Amt,
z.Hd. von Herrn Legationsrat R a d e m a c h e r,

B e r l i n ,

- 6) den Herrn Reichspostminister,
z.Hd. von Herrn Ministerialrat M ö l l e r ,

B e r l i n ,

- 7) den Herrn Reichswirtschaftsminister,
z.Hd. von Herrn Oberregierungsrat Dr. v. C o e l l n ,

B e r l i n ,

- 8) den Herrn Reichsarbeitsminister,

B e r l i n ,

- 9) den Herrn Reichsminister
für Volksaufklärung und Propaganda,
z.Hd. von Herrn Oberregierungsrat Dr. T a u b e r t ,

B e r l i n ,

- 10) die Partei-Kanzlei,
z.Hd. von Herrn Oberregierungsrat Dr. Reischauer,

M ü n c h e n 33,

Führerbau,

- 11) den Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren,
z.Hd. von W-O'Stabaf. Oberregierungsrat Dr. Maurer,

P r a g XIX.,

Unter den Kastanien 19,

- 12) den Chef der Ordnungspolizei,
z.Hd. von Herrn Ministerialdirigenten Dr. B a d e r ,

B e r l i n ,

- 13) die Chefs der Zivilverwaltung
in Straßburg, Metz, Luxemburg, Marburg und Veldes,

- 14) das Bayerische Staatsministerium des Innern,

M ü n c h e n ,

- 15) die Preußischen Oberpräsidenten,

- 16) den Stadtpräsidenten der Reichshauptstadt Berlin,

B e r l i n ,

- 17) die Reichsverteidigungskommissare,

- 18) die Höheren W- und Polizeiführer
- außer Oslo, Den Haag und Krakau -

- 19) die Amtschefs, Gruppenleiter und Referenten
des Reichssicherheitshauptamtes - Verteiler C -
(Geschäftsstelle IV 4 Exemplare, Referat I B 3
12 Exemplare)

- 20) die Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
in Prag, Straßburg und Metz,

- 21) die Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD,

- 22) die Grenzinspektoren I bis III,

23) den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark,

in Marburg.

24) den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
in Südkärnten und Krain,

in Veldes,

25) das Einsatzkommando in Luxemburg.

26) alle SD- (Leit-) Abschnitte,

27) alle Kriminalpolizei- (leit-) stellen.

Betrifft: Polizeiverordnung über die Kennzeichnung
der Juden vom 1. September 1941 (RGBl. I,
Seite 547).

Hier: Benutzung der Verkehrsmittel der Deutschen
Reichspost durch Juden.

Bezug: Hies. Runderlass vom 15.9.1941 - Pol. S.
IV B 4 b - 940/41-6

In Durchführung der Polizeiverordnung über
die Kennzeichnung der Juden vom 1. September 1941
(RGBl. I, Seite 547) hat nunmehr der Reichspostminister
mit Runderlass vom 30. September 1941 - Min-Z (Lb) -
1035-C - die Benutzung der Verkehrsmittel durch Juden
für seinen Bereich geregelt. Diese Regelung hält sich
im Rahmen meines Runderlasses vom 15.9.1941 - Pol. S.
IV B 4 b - 940/41-6 -, der den dortigen Dienststellen
zugegangen ist, so dass hier aus Gründen der Verein-
fachung darauf verzichtet werden kann, ihn in vollem
Wortlaut bekanntzugeben. Lediglich folgendes enthält
teilweise eine über den hiesigen Runderlass vom 15.
September 1941 hinausgehende Regelung:

"Sondervorschriften für den Post-
reisedienst"

1) Juden sind von der Benutzung der Kraftsonderposten und Landkraftposten grundsätzlich ausgeschlossen.

2) Dasselbe gilt für Pferdepersonenposten.

3) Kraftposten, die ausschliesslich Ortsverkehr bedienen, dürfen von Juden ohne besondere Erlaubnis benutzt werden. Jedoch ist die Benutzung von Kraftpost-Überlandlinien durch Juden nur zu Fahrten innerhalb ihrer Wohngemeinde nicht zulässig.

4) Bei Kraftposten im Überlandverkehr sind Juden mit Erlaubnisscheinen nur zu befördern, soweit Platz vorhanden ist. Erforderlichenfalls haben Juden auch an Unterwegsorten den Wagen zu verlassen, wenn sonst andere Reisende zurückbleiben müssten. Bereits entrichtete Fahrgebühren sind dann anteilmässig zu erstatten, ohne die besondere Verwaltungsgebühr einzubehalten.

5) Juden dürfen Sitzplätze nur einnehmen, wenn diese nicht für andere Reisende benötigt werden.

6) Inwieweit Juden, z.B. bei vordringlichem Berufs- oder Schülerverkehr, bei Marktfahrten usw., von der Kraftpostnutzung auf einzelnen Linien oder Teilstrecken, bei einzelnen Fahrten oder zu bestimmten Zeiten, oder - bei örtlich besonders gelagerten Verhältnissen - ganz allgemein auszuschliessen sind, wird der Entscheidung der Reichspostdirektionen überlassen; derartige, etwa notwendige Sonderregelungen stelle ich in das Ermessen der Herren Präsidenten. Von solchen einschränkenden Maßnahmen sind die zuständigen Genehmigungsbehörden und Polizeidienststellen sowie das Kraftfahrbüro des Reichspostministeriums durch kurze Mitteilung zu verständigen.

7) Über auftretende Zweifel oder Fragen grundsätzlicher Art wegen der Beförderung von Juden im Postreisedienst wäre hierher zu berichten."

Die Ortspolizeibehörden sind hiervon zur Beachtung in Kenntnis zu setzen.

Weiterhin sind die obigen Verkehrsbeschränkungen den jüdischen Organisationen in der Ostmark durch die Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien, in den eingegliederten Ostgebieten Danzig-Westpreussen, Ostoberschlesien, Warthegau, Südostpreussen und im Bezirk Bialystok durch die zuständigen Staatspolizei(leit)stellen zur unbedingten Beachtung von seiten der Juden bekanntzugeben.

Im Auftrage:
gez.: Heydrich.



Beglaubigt:
[Handwritten signature]
Kanzleiangestellte.

V.

- 1.) Büro D III: Bitte offen eintragen.
- 2.) An die Referate

Partei

D II

R VIII

n. d. B. um Kenntnisnahme.

3.) z. a. A.

Berlin, den 28. Oktober 1941

[Handwritten signature]

132

Durchdr.a.K. (R.l.b.) Wo

Berlin, den 21. Oktober 1941.

zu D II 4949 Ang.II

Unter Bezugnahme auf das Schreiben vom
5. September 1941 - D II 4949 -.
Betr.: 2 anonyme Schreiben gleichen In-
halts betr. gelbe Binden als Brandmarkung
für die Juden in Deutschland; nebst zwei
Umschlägen mit Poststempel Berlin SW 11 vom 30. August.

Für eine Mitteilung, ob die dortigen Ermittlun-
gen zu einem Ergebnis geführt haben, wäre das auswär-
tige Amt dankbar.

Nach Abgang:

D III (IR Rademacher)
F 21. 10 z.Kts.

Im Auftrag
gez. Busch

An

den Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

- Amt IV -

25/10. 11 Berlin SW 11

83-40

He 21/10

P. 24. 11. 41 3 Wochen

A. A. eing. - 2. NOV 1941

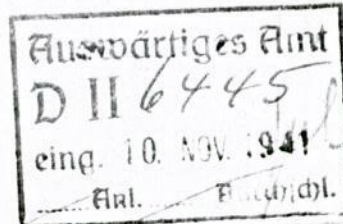
44 Jul. II A 42/3134

**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

Berlin SW 11, den 5. November 1941.
Heinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 12 00 40

IV B 4 b - 940/41-1.

Bitte in der Antwort vorliegendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben



An das
Auswärtige Amt,
in Berlin W 8,
Wilhelmstr. 74-76.

Betrifft: Kennzeichnung der Juden
- Anonymes Rundschreiben -.

Bezug: Schreiben vom 21.10.1941 - D II 4949 Ang. II.

Die in der Angelegenheit eingeleiteten
Ermittlungen konnten noch nicht zum Abschluß ge-
bracht werden, so daß ich mir weitere Mitteilung
vorbehalten darf.

Im Auftrage:

gez. E i c h m a n n.



Beglaubigt:
Graspeke
Kanzleiangestellte.

dob. u. 3 Wochen

Wiederangelegt am

He 19/11

W. u. i. m. u. i. m. u. i.

D. i. i. i. i.

P

1. 1. 42/
F. A. H. H.

H. A. H.
H. A. H.

83-21

**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

IV B 4 b

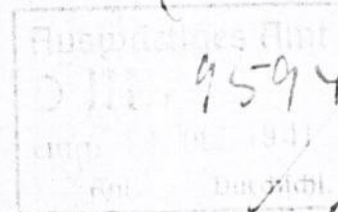
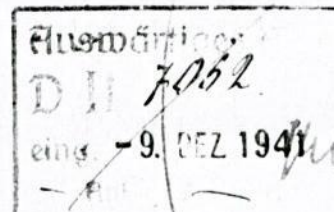
940/41-1-

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

AA Jul. II A 42/3

135

Berlin SW 11, den 3. Dezember 1941
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 12 00 40



An das
Auswärtige Amt,

Berlin W 8,
Wilhelmstr. 74-76.

Betrifft: Kennzeichnung der Juden - anonymes
Rundschreiben -.

Bezug: Schreiben vom 21.10.41 - D II -
4949 Ang. II.

Ausser der Feststellung, mit welcher
Schreibmaschinentype das anonyme Rundschreiben
gefertigt worden ist, sind bisher die Ermitt-
lungen nach der Person des Briefschreibers er-
gebnislos verlaufen. Da nach Lage der Verhält-
nisse mit weiteren Feststellungen kaum zu rech-
nen sein wird und die Angelegenheit im übrigen
bereits als überholt anzusehen ist, wird von
weiteren Massnahmen abgesehen.

Im Auftrage:

gez.: E i c h m a n n .



Befehlshaber:

Beauftragte:

J. Li. - Pu - Pa

83-40.

83-21

Berlin, den 22. Januar 1942 ^{AA} ^{Nr. 2 III 6619}

Aug. II

1. Au

das Reichsführer-Hauptamt

- II B 4 -

3. St. von SS-Oberführer

brunfingener Hofmann

Berlin NW 62

Stiefmutter Herr. 116

Zur Aufklärung an das Reichsamt

vom 10. Januar 1942 -

III 6619 -, betr. Absicht

Weg zur in Deutschland leben

der Juden wünschenswert, Proa-

krisen und Konzentrischen Nacht

ausgesprochen in der Öffentlichkeit

nach dem Opfer.

Es besteht keine Gefahr
daran, dass es, trotz

der polizeimässigen

und der die Bewegung

und der die Bewegung

1. September 1941 (R.

G. B. Teil I Nr. 547) auf

der unanbegründeten zu

Lein

Prof. Dr. Mehlert
Prof. Dr. O. O. O. O. O. O.

Herr Abg.

bei fol. IV

g. Mitg.

2. 3. 4. O.

K210169

ab: 23 Jan. 1942
20.1.

261439

wurden!

AA Jul. II g 174

Im augensichtl. asiod.

~~Für eine Mitteilung.~~

F. G.

Chirurgie

174

K210170

Fol. 15.

1.261440

Schnellbrief!

Vertraulich! Nicht zur Veröffentlichung geeignet!

An

- 1) alle Staatspolizei-(leit-)stellen,
- 2) die
Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien,
in Wien,
- 3) die
Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag,
in Prag,
- 4) die
Reichsstatthalter und Landesregierungen
- außer Preußen -,
- 5) die
preussischen Regierungspräsidenten
(einschliesslich Kattowitz und Zichenau, in
Berlin der Polizeipräsident),
- 6) den
Reichskommissar für die Westmark.

Nachrichtlich

an

- 1) den
Beauftragten für den Vierjahresplan,
z.Hd. von Herrn Ministerialrat v. Normann,
Berlin,

- 2) die
Abteilung 1
des Reichsministers des Innern,
z.Hd. von Herrn Ministerialrat Dr. Lösener,
Berlin,
- 3) den
Herrn Reichsverkehrsminister,
z.Hd. von Herrn Ministerialrat Reiser,
Berlin,
- 4) den
Herrn Reichsminister der Luftfahrt,
z.Hd. von Herrn Ministerialrat Schwartz,
Berlin,
- 5) das
Auswärtige Amt,
z.Hd. von Herrn Legationsrat Rademacher,
Berlin,
- 6) den
Herrn Reichspostminister,
z.Hd. von Herrn Ministerialrat Möller,
Berlin,
- 7) den
Herrn Reichswirtschaftsminister,
z.Hd. von Herrn Oberregierungsrat Dr. von Coelln,
Berlin,
- 8) den
Herrn Reichsarbeitsminister,
Berlin,

9) den

Herrn Reichsminister
für volksaufklärung und Propaganda,
z.Hd. von Herrn Oberregierungsrat Dr. Taubert,
Berlin.

10) die

Partei-Kanzlei,
z.Hd. von Herrn Oberregierungsrat Reischauer,
München 53,
Führerbau,

11) den

Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren,
z.Hd. von W-O'Stubaf. Oberregierungsrat Dr. Maurer,
P r a g AIX.,
Unter den Kastanien 19,

12) den

Chef der Ordnungspolizei,
z.Hd. von Herrn Ministerialdirigenten Dr. Bader,
Berlin,

13) die

Chefs der Zivilverwaltung
in Straßburg, Metz, Luxemburg, Graz und Klagenfurt,

14) das

Bayerische Staatsministerium des Innern,
München,

15) die Preussischen Oberpräsidenten,

16) den

Stadtpräsidenten der Reichshauptstadt Berlin,
Berlin,

- 17) die Reichsverteidigungskommissare,
- 18) die
Höheren M- und Polizeiführer
- außer Oslo, Den Haag und Krakau -
- 19) die
Amtschefs, Gruppenleiter und Referenten
des Reichssicherheitshauptamtes - Verteiler C -
(Geschäftsstelle IV 4 Exemplare, Referat I B 3
12 Exemplare),
- 20) die
Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
in Prag, Straßburg und Metz,
- 21) die
Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD,
- 22) die
Grenzinspektoren I bis III,
- 23) den
Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark,
in Marburg,
- 24) den
Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
in Kärnten und Krain,
in Veldes,
- 25) das
Einsatzkommando in Luxemburg,

26) alle SD-(Leit-)Abschnitte,

27) alle Kriminalpolizei-(leit-)stellen.

Betrifft: Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1. September 1941 (RGBl. I, S. 547).

Bezug: Hies. Runderlass vom 15. September 1941 - Pol. S IV B'4 b - 940/41-6-.

In Ergänzung der in den obenbezeichneten Runderlass aufgestellten Richtlinien teile ich folgendes zur Beachtung mit:

Für die Bearbeitung von Fragen, die sich auf die Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1.9.1941 (RGBl. I, S.547) beziehen, sind die Dienststellen der Geheimen Staatspolizei ausschließlich zuständig. Die für die Erteilung der Erlaubnis zum Verlassen der Wohngemeinde und zur Benutzung von Verkehrsmitteln getroffene Zuständigkeitsregelung bleibt hiervon unberührt.

Da der § 3 der angeführten Verordnung bereits ein Höchstmaß an Ausnahmen enthält, sind darüber hinaus gehende Freistellungen von der Kennzeichnungspflicht usw. grundsätzlich nicht zugelassen. In zweifelhaften Fällen ist stets hierher zwecks Einholung meiner Entscheidung zu berichten. Sollten ohne meine Zustimmung Ausnahmen bewilligt sein, die im § 3 der Kennzeichnungsverordnung keine Stütze finden, so sind diese Bewilligungen unverzüglich zurückzunehmen und gleichzeitig die sich darauf beziehenden Vorgänge mir zur Entscheidung vorzulegen.

Unter Öffentlichkeit im Sinne des § 1, Abs. 1 der Verordnung ist jeder Ort zu verstehen, an dem ein zum Tragen des Kennzeichens verpflichteter Jude einer Person begegnen kann, die nicht zu seinem Haushalt gehört.

Im Einverständnis mit dem Auswärtigen Amt unterliegen mit sofortiger Wirkung auch Juden slowakischer, kroatischer und rumänischer Staatsangehörigkeit der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden und den damit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen.

Angesichts der gespannten Verkehrslage ist im übrigen noch mehr als bisher die Erteilung der Erlaubnis zur Benutzung von Verkehrsmitteln durch Juden auf ein äußerstes Mindestmaß zu beschränken. Dies gilt insbesondere auch für Juden, die als Angehörige von amtlich anerkannten jüdischen Organisationen (z.B. Reichsvereinigung der Juden in Deutschland) aus dienstlichen Gründen eine Reise unternehmen wollen.

Zusatz:

- a) für die Reichsstatthalter und Landesregierungen
- außer Preußen -,
- b) für die
preußischen Regierungspräsidenten
(einschließlich Kattowitz und Zichenau, in
Berlin der Polizeipräsident),
- c) für den
Reichskommissar für die Westmark,

- je einzeln -:

Ich ersuche um Bekanntgabe dieses Runderlasses an die untergeordneten Behörden, insbesondere an die Ortspolizeibehörden.

- d) für den
Reichsprotector in Böhmen und Mähren:

Soweit notwendig, bitte ich, für eine
entsprechende Regelung im Protektorat Böhmen
und Mähren Sorge zu tragen.

- e) für die
Chefs der Zivilverwaltung in Straßburg, Metz,
Luxemburg, Graz und Klagenfurt

- je einzeln -:

Soweit notwendig, bitte ich, für eine
entsprechende Regelung Sorge zu tragen.

- f) für die
Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
in Straßburg und Metz,

für die
Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD
in Marburg und Veldes sowie

für das
Einsatzkommando in Luxemburg

- je einzeln -:

Der dortige Chef der Zivilverwaltung
wurde von hier aus ersucht, eine entsprechende
Regelung zu treffen, soweit dies in dem dortigen
Bereich notwendig erscheint.

Im Auftrage:

gez.: H e y d r i c h.



123		4.2.42	
TR	B		

32.

USA (NA) T 175 R 57 F 692.

Schnellbrief

vertraulich! Nicht zur Veröffentlichung geeignet!

An

- 1) alle Staatspolizei-(leit-)stellen,
- 2) die
Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien,
in Wien,
- 3) die
Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag,
in Prag,
- 4) die
Reichsstatthalter und Landesregierungen
- außer Preußen -,
- 5) die
preussischen Regierungspräsidenten
(einschliesslich Lattowitz und Lichnowski in
Berlin der Polizeipräsident),
- 6) den
Reichskommissar für die Westmark.

Nachrichtlich

an

- 1) den
Beauftragten für den Vierjahresplan,
i.Hd. von Herrn Ministerialrat v. Hermann,
Berlin.

2) die

Abteilung I
des Reichsministers des Innern,
s.Hd. von Herrn Ministerialrat Dr. Lösener,

Berlin.

3) den

Herrn Reichsverkehrsminister,
s.Hd. von Herrn Ministerialrat Heiser,

Berlin.

4) den

Herrn Reichsminister der Luftfahrt,
s.Hd. von Herrn Ministerialrat Schwartz,

Berlin.

5) das

Auswärtige Amt,
s.Hd. von Herrn Legationsrat Rademacher,

Berlin.

6) den

Herrn Reichspostminister,
s.Hd. von Herrn Ministerialrat Müller,

Berlin.

7) den

Herrn Reichswirtschaftsminister,
s.Hd. von Herrn Oberregierungsrat Dr. von Goelln,

Berlin.

8) den

Herrn Reichsarbeitsminister,

Berlin.

- 9) den
Herrn Reichsminister
für Volksaufklärung und Propaganda,
s.Hd. von Herrn Oberregierungsrat Dr. Taubert,
Berlin.
- 10) die
Partei-kassalei,
s.Hd. von Herrn Oberregierungsrat Reischauer,
München 22.
Führerbau,
- 11) den
Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren,
s.Hd. von H-O'Stubai. Oberregierungsrat Dr. Kaurer,
P. R. S. K. A. K. A.
Unter den Kastanien 19,
- 12) den
Chef der Ordnungspolizei,
s.Hd. von Herrn Ministerialdirigenten Dr. Rader,
Berlin.
- 13) die
Chefs der Zivilverwaltung
in Straßburg, Metz, Luxemburg, Graz und Alagenfurt.
- 14) das
bayerische Staatsministerium des Innern,
München.
- 15) die Preussischen Oberpräsidenten,
- 16) den
Stadtpräsidenten der Reichshauptstadt Berlin,
Berlin.

- 17) die Reichsverteidigungskommissare.
- 18) die
Höheren ~~Polizei~~ und Polizeiführer
- außer Oslo, Den Haag und Krakau -
- 19) die
Amtschefs, Gruppenleiter und Referenten
des Reichssicherheitshauptamtes - Verteiler C -
(Geschäftsstelle IV 4 Exemplare, Referat I B 3
12 Exemplare),
- 20) die
Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
in Prag, Straßburg und Metz.
- 21) die
Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD,
- 22) die
Grenzinspektoren I bis III.
- 23) den
Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark,
in Marburg.
- 24) den
Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
in Kärnten und Krain,
in Feldas.
- 25) das
Einsatzkommando in Luxemburg.

2

26) alle D-(Leit-)Abschnitte.

27) alle Kriminalpolizei-(Leit-)stellen.

Betrifft: Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1. September 1941 (RGBl. I, S. 547).

Besagt: Hies. Runderlasse vom 15. September 1941 - 101. S IV B 4 b - 940, 41-6-.

In Ergänzung der in den oben bezeichneten Runderlasse aufgestellten Richtlinien teile ich folgendes zur Beachtung mit:

Für die Bearbeitung von Fragen, die sich auf die Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1.9.1941 (RGBl. I, S. 547) beziehen, sind die Dienststellen der Geheimen Staatspolizei ausschließlich zuständig. Die für die Erteilung der Erlaubnis zum Verlassen der Wohngegende und zur Benutzung von Verkehrsmitteln getroffene Zuständigkeitsregelung bleibt hiervon unberührt.

Da der § 3 der angeführten Verordnung bereits ein Höchstmaß an Ausnahmen enthält, sind darüber hinaus gehende Freistellungen von der Kennzeichnungspflicht usw. grundsätzlich nicht zugelassen. In zweifelhaften Fällen ist stets hierher zwecks Einholung meiner Entscheidung zu berichten. Sollten ohne meine Zustimmung Annahmen bewilligt sein, die in § 3 der Kennzeichnungsverordnung keine Stütze finden, so sind diese Bewilligungen unverzüglich zurückzunehmen und gleichzeitig die sich darauf beziehenden Vorgänge mir zur Entscheidung vorzulegen.

Unter Öffentlichkeit im Sinne des § 1, Abs. 1 der Verordnung ist jeder Ort zu verstehen, an dem ein zum Tragen des Kennzeichens verpflichteter Jude einer Person begegnen kann, die nicht zu seinem Haushalt gehört.

Im Einverständnis mit dem Auswärtigen Amt unterliegen mit sofortiger Wirkung auch Juden slowakischer, kroatischer und tschechischer Staatsangehörigkeit der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden und den damit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen.

Ansichts der gespannten Verkehrslage ist im Übrigen noch mehr als bisher die Erteilung der Erlaubnis zur Benutzung von Verkehrsmitteln durch Juden auf ein äußerstes Mindestmaß zu beschränken. Dies gilt insbesondere auch für Juden, die als Angehörige von antiken anerkannten jüdischen Organisationen (z.B. Reichsvereinigung der Juden in Deutschland) aus dienstlichen Gründen eine Reise unternehmen wollen.

Zusatz:

- a) für die Reichsstatthalter und Landesregierungen - außer Preußen -,
- b) für die preussischen Regierungspräsidenten (einschließlich Kattowitz und Lichenau, in Berlin der Polizeipräsident),
- c) für den Reichskommissar für die Westmark.

- je einzeln -

Ich ersuche um Bekanntgabe dieses Kundenerlasses an die untergeordneten Behörden, insbesondere an die Ortspolizeibehörden.

- 7 -

- a) für den
Reichsprotector in Böhmen und Mähren:

Soweit notwendig, bitte ich, für eine
entsprechende Regelung im Protectorat Böhmen
und Mähren Sorge zu tragen.

- b) für die
Chefs der Zivilverwaltung in Straßburg, Metz,
Luxemburg, Grez und Klagenfurt

- je einzeln -

Soweit notwendig, bitte ich, für eine
entsprechende Regelung Sorge zu tragen.

- c) für die
Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
in Straßburg und Metz,

für die
Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD
in Marburg und Valdes sowie

für das
Einsatzkommando in Luxemburg

- je einzeln -

Der dortige Chef der Zivilverwaltung
wurde von hier aus ersucht, eine entsprechende
Regelung zu treffen, soweit dies in dem örtli-
chen Bereich notwendig erscheint.

Im Auftrage:
gez.: H e y d r i c h.



Kursch
angestellt

PGSA 3207246
47

Schnellbrief!

Vertraulich! Nicht zur Veröffentlichung geeignet!

An

- 1) alle Staatspolizei-(leit-)stellen,
- 2) die
Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien,
in Wien,
- 3) die
Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag,
in Prag,
- 4) die
Reichsstatthalter und Landesregierungen
- außer Preußen -,
- 5) die
preußischen Regierungspräsidenten
(einschliesslich Rattowitz und Zichenau, in
Berlin der Polizeipräsident),
- 6) den
Reichskommissar für die Westmark.

Nachrichtlich

an

- 1) den
Beauftragten für den Vierjahresplan,
z.Hd. von Herrn Ministerialrat v. Normann,
Berlin,

2) die

Abteilung I
des Reichsministers des Innern,
z.Hd. von Herrn Ministerialrat Dr. Lösener,
Berlin,

3) den

Herrn Reichsverkehrsminister,
z.Hd. von Herrn Ministerialrat Reiser,
Berlin,

4) den

Herrn Reichsminister der Luftfahrt,
z.Hd. von Herrn Ministerialrat Schwartz,
Berlin,

5) das

Auswärtige Amt,
z.Hd. von Herrn Legationsrat Rademacher,
Berlin,

6) den

Herrn Reichspostminister,
z.Hd. von Herrn Ministerialrat Möller,
Berlin,

7) den

Herrn Reichswirtschaftsminister,
z.Hd. von Herrn Oberregierungsrat Dr. von Coelln,
Berlin,

8) den

Herrn Reichsarbeitsminister,
Berlin,

- 9) den
Herrn Reichsminister
für volksaufklärung und Propaganda,
z.Hd. von Herrn Oberregierungsrat Dr. Taubert,
Berlin.
- 10) die
Partei Kanzlei,
z.Hd. von Herrn Oberregierungsrat Reischauer,
München 33,
Führerbau,
- 11) den
Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren,
z.Hd. von H-O'Stubaf. Oberregierungsrat Dr. Maurer,
P r a g AIX.,
Unter den Kastanien 19,
- 12) den
Chef der Ordnungspolizei,
z.Hd. von Herrn Ministerialdirigenten Dr. Bader,
Berlin,
- 13) die
Chefs der Zivilverwaltung
in Straßburg, Metz, Luxemburg, Graz und Alagenfurt,
- 14) das
Bayerische Staatsministerium des Innern,
München,
- 15) die Preussischen Oberpräsidenten,
- 16) den
Stadtpräsidenten der Reichshauptstadt Berlin,
Berlin.

- 17) die Reichsverteidigungskommissare,
- 18) die
Höheren A- und Polizeiführer
- außer Oslo, Den Haag und Krakau -
- 19) die
Amtschefs, Gruppenleiter und Referenten
des Reichssicherheitshauptamtes - Verteiler C -
(Geschäftsstelle IV 4 Exemplare, Referat I B 3
12 Exemplare),
- 20) die
Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
in Prag, Straßburg und Metz,
- 21) die
Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD,
- 22) die
Grenzinspektoren I bis III,
- 23) den
Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
in der Untersteiermark,
in Marburg,
- 24) den
Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
in Kärnten und Krain,
in Welsches,
- 25) das
Einsatzkommando in Luxemburg,

26) alle SD-(Leit-)Abschnitte,

27) alle Kriminalpolizei-(Leit-)stellen.

Betrifft: Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1. September 1941 (RGBl. I, S. 547).

Bezug: dies. Runderlass vom 15. September 1941 - Iol. S IV B 4 b - 540/41-b-

In Ergänzung der in dem obenbezeichneten Runderlass aufgestellten Richtlinien teile ich folgendes zur Beachtung mit:

Für die Bearbeitung von Fragen, die sich auf die Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1.9.1941 (RGBl. I, S.547) beziehen, sind die Dienststellen der Geheimen Staatspolizei ausschließlich zuständig. Die für die Erteilung der Erlaubnis zum Verlassen der Wohngemeinde und zur Benutzung von Verkehrsmitteln getroffene Zuständigkeitsregelung bleibt hiervon unberührt.

Da der § 3 der angeführten Verordnung bereits ein Höchstmaß an Ausnahmen enthält, sind darüber hinaus gehende Freistellungen von der Kennzeichnungspflicht usw. grundsätzlich nicht zugelassen. In zweifelhaften Fällen ist stets hierher zwecks Einholung meiner Entscheidung zu berichten. Sollten ohne meine Zustimmung Ausnahmen bewilligt sein, die im § 3 der Kennzeichnungsverordnung keine Stütze finden, so sind diese Bewilligungen unverzüglich zurückzunehmen und gleichzeitig die sich darauf beziehenden Vorgänge mir zur Entscheidung vorzulegen.

Unter Öffentlichkeit im Sinne des § 1, Abs. 1 der Verordnung ist jeder Ort zu verstehen, an dem ein zum Tragen des Kennzeichens verpflichteter Jude einer Person begegnen kann, die nicht zu seinem Haushalt gehört.

Im Einverständnis mit dem Auswärtigen Amt unterliegen mit sofortiger Wirkung auch Juden slowakischer, kroatischer und rumänischer Staatsangehörigkeit der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden und den damit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen.

Angesichts der gespannten Verkehrslage ist im übrigen noch mehr als bisher die Erteilung der Erlaubnis zur Benutzung von Verkehrsmitteln durch Juden auf ein äußerstes Mindestmaß zu beschränken. Dies gilt insbesondere auch für Juden, die als Angehörige von amtlich anerkannten jüdischen Organisationen (z.B. Reichsvereinigung der Juden in Deutschland) aus dienstlichen Gründen eine Reise unternehmen wollen.

Zusatz:

- a) für die Reichsstatthalter und Landesregierungen
- außer Preußen -,
- b) für die
preußischen Regierungspräsidenten,
(einschließlich Kattowitz und Zichenau, in
Berlin der Polizeipräsident),
- c) für den
Reichskommissar für die Westmark,

- je einzeln -:

Ich ersuche um Bekanntgabe dieses Runderlasses an die untergeordneten Behörden, insbesondere an die Ortspolizeibehörden.

d) für den
Reichsprotector in Böhmen und Mähren:

Soweit notwendig, bitte ich, für eine entsprechende Regelung im Protektorat Böhmen und Mähren Sorge zu tragen.

e) für die
Chefs der Zivilverwaltung in Straßburg, Metz,
Luxemburg, Graz und Klagenfurt

- je einzeln -:

Soweit notwendig, bitte ich, für eine entsprechende Regelung Sorge zu tragen.

f) für die
Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
in Straßburg und Metz,

für die
Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD
in Marburg und Veldes sowie

für das
Einsatzkommando in Luxemburg

- je einzeln -:

Der dortige Chef der Zivilverwaltung
wurde von hier aus ersucht, eine entsprechende
Regelung zu treffen, soweit dies in dem dortigen
Bereich notwendig erscheint.

Im Auftrage:

gez.: H e y d r i c h



An den

Herrn Reichsminister des Innern
Adjutantur

z.Hd. des Herrn Major R a d t k e

in B e r l i n.

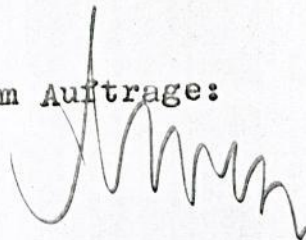
Betrifft: Pol.Verordnung über die Kennzeichnung
der Juden vom 1.9.41 (RGBl.I S.547).

Bezug: Fernmündliche Unterredung vom 3.2.1942

Anlagen: 5.

Als Anlagen übersende ich wunschgemäß
die bisher von hier zu der Pol.Verordnung über
die Kennzeichnung der Juden ergangenen Erlasse.

Im Auftrage:



Der Reichsführer SS und
Chef der Deutschen Polizei
im Reichsministerium des Innern
S IV B 4 940/41 - 3 4 -

Berlin, den 24. März 1942

Betrifft: Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom
1.9.1940.

Bezug: Bericht vom 22.1.1942 - I J Pol. 4 - 6 - 4/42-.

Der dortigen Ansicht, daß die Entscheidung des Oberstaatsanwalts in Köln zutreffend sei, vermag ich nicht beizutreten. Der § 3 der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden ist eng, niemals erweiternd auszulegen, da der Kreis der von der Kennzeichnung ausgenommenen Personen so klein wie möglich gehalten werden muß.

Würde man der Auslegung des Oberstaatsanwalts in Köln nach dem angeblichen Sinn der Ausnahmebestimmung folgen, so müßte man auch den als Juden geltenden Mischling von der Kennzeichnung ausnehmen, da ja auch durch seine Kennzeichnung die Familie auseinandergerissen wird, dass das aber niemals von dem Gesetz beabsichtigt ist, ist nicht anzuzweifeln, da am § 3 der Kennzeichnungsverordnung lediglich der jüdische Elternanteil erwähnt wird.

Sofern daher auch nur ein Abkömmling vorhanden ist, der als Jude gilt, hat der jüdische Elternanteil einer Mischehe das Judenkenzeichen zu tragen.

In Zukunft bitte ich Verstöße der vorliegenden Art ausschließlich der zuständigen Staatspolizeistelle zur Kenntnis zu bringen damit diese mit staatspolizeilichen Maßnahmen einschreiten kann.

Im Auftrage:

gez. Suhr.

An den Herrn Regierungspräsidenten, z.Hd. von Herrn Reg.Rat Lehm

Der Reichsminister des Innern

Berlin, den 4. September 1942

Pol. S IV B 4 b - 940/41 - 6 -S c h n e l l b r i e f .

An

a) alle Staatspolizei(leit)stellen,

b) den Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD,
Abwicklungsstelle der Zentralstelle für jüdische
Auswanderung Wien,W i e n II.,
Castellezgasse 35.c) den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD,
Zentralamt für die Regelung der Judenfrage in Böh-
men und Mähren,P r a g XVIII.,
Schillstraße II,

d) den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD

in P r a g XIX.,
Kastanienallee,

e) den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD,

in M e t z .

f) den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD,

in S t r a ß b u r g .g) den Kommandeur der Sicherheitspolizei und
des SD in Kärnten und Krain,in V e l d e s .h) den Kommandeur der Sicherheitspolizei und
des SD in der Untersteiermark,in M a r b u r g .

i) das Einsatzkommando Luxemburg,

in L u x e m b u r g .

W207516

./.

486227

- 2 -

Betrifft: Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1. September 1941 (RGBl. I, S. 547).

Bezug: Hiesiger Runderlaß vom 16. 2. 1942
- Pol. S. IV B 4 b - 940/41 - 6 -

In Ergänzung des obenbezeichneten Rund-
erlasses teile ich mit, daß Juden bulgarischer
Staatsangehörigkeit mit sofortiger Wirkung der
Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Ju-
den und den damit im Zusammenhang stehenden Maß-
nahmen, wie z.B. Verkehrs- und Verfügungsbeschrän-
kungen, unterliegen.

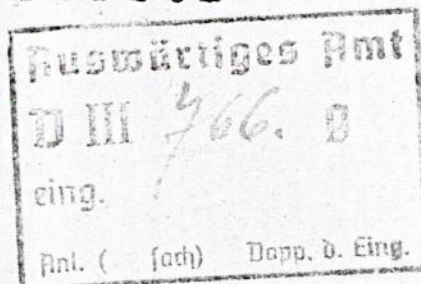
Ich ersuche, hiernach das Erforderliche
zu veranlassen.

K207515

Im Auftrage:

gez. Müller

Beglaubigt:
Kanzleiangestellte



Sicherheitshauptamt

Berlin, den 4. September 1942

4 b - 940/41 - 6

Abschriftlich

an das

Auswärtige Amt,

z.Hd.v. Herrn Gesandtschaftsrat Dr. Klingenfuss,

Berlin W 8.Wilhelmstr. 74/76,

unter Bezugnahme auf das dortige Schreiben vom 5. 8. 1942
D III 569 g - mit der Bitte um Kenntnissnahme übersandt.

Im Auftrage:

gez. Müller

Beglaubigt:

Kanzleiangestellte

486228